Heft 4 April 1988 6,- DM C 4143 E

Konkret

Politik & Kultur

- Lafontaine: Ein Herz spielt falsch
- § 218: Das neue Frauen-Strafrecht
- Frankreich: Le Pen marschiert
- Westliche Kommunisten: Lieber tot als rot?
- Herburger
- Diederichsen
- Ebermann
- Henscheid
- Piwitt

in konkret April 1988

von konkret

an konkret

Lechts und Rinks von Hermann L. Gremliza

Nachrichten aus der Oberprima von Detlef zum Winkel
Oskar Lafontaine hat einen Hit gelandet. Alle (bis auf ein paar griesgrämige Gewerkschafter) sind begeistert: Der Hoffnungsträger macht ihnen Hoffnung. Worauf eigentlich? Daß Lafontaine einmal Kanzler werden könnte und Möllemann sein Außenminister? Denn andere Perspektiven wird man in seiner jüngsten Schrift »Die Gesellschaft der Zukunft« nicht finden

Der Aufstieg des Oskar L. von Hans Jürgen Nordhoff

Kontroll-Rat-Gesetz von Verena Krieger
Die frauenfreundliche Frau Frauenministerin will dafür sorgen, daß die deutsche Frau mehr Kinder kriegt – ob sie will oder nicht. Gegen die Zwangsberatung verteidigen Frau Süssmuths Gegnerinnen das alte, miese Gesetz

Es wird ja alles wieder gut (gemacht) von Otto Köhler
Der Deutsche Bundestag spricht den Opfern der NS-Herrschaft sein Mitgefühl aus: Wolfgang Otto, der Mörder Ernst Thälmanns, erhält eine Pension von monatlich 1 700 Mark. Fast dreimal soviel – bis zu 5 000 Mark – können jetzt vergessene Opfer des NS-Staates kriegen: Als Einmalzahlung fürs ganze Rest-Leben

Buch des Monats: Historische Grüße mit ungewisser Zukunft von Thomas Ebermann; Günter Kolodziej
Peter G Bourne: Fielel Castro. Econ Verlag, Düsseldorf 1988, 360 Seiten, 39.80 Mark

Ein Staat räumt auf von Rolf Gössner
Überall im Land ermitteln Staatssicherheitsorgane wg. Bildung oder Unterstützung »krimineller Vereinigungen«. Nur in 6 Prozent der Fälle kommt es zu Verurteilungen. In 94 Prozent der Fälle wird »bloß« ausgeforscht und aufgemischt

Gerichtsszenen aus Istanbul von Ömer Erzeren

Fortschritt: Rückschritt von Angela Davis; Theresia Degener; Oliver Tolmein
Interview mit Angela Davis: Wahlkampf in den USA: Es sieht so aus als gehe es bloß wieder um Pest oder Cholera. Eine fortschrittliche, gar linke Alternative scheint nirgendwo in Sicht. Für KONKRET fragten Theresia Degener und Oliver Tolmein die einst als Staatsfeindin Nr. 1 gesuchte Angela Davis noch den Chancen linker Opposition in den USA

General Koks von Georg Hodel
Jahrelang dealte der panamesische General Noriega Waffen und Kokain für die CIA. Jetzt wollen die USA ihren Ex-Freund loswerden. Doch gerade das macht ihn zum starken Mann in Panama

Das Ende als Chance von Georg Fülberth
Von Erfolg zu Erfolg schreiten die kommunistischen Parteien des Westens der Bedeutungslosigkeit entgegen. Woran das liegt und was da zu tun sei, versucht der Marburger Politikwissenschaftler und KONKRET-Autor Georg Fülberth in seinem Beitrag zu klären, der zuerst in Heft 12/87 der »Marxistischen Blätter« unter dem Titel »Das scheinbare Ende als Chance zur notwendigen Transformation« erschien.

Er ist Mitglied der DKP

Jetzt nicht, noch nicht, gar nicht von Thomas Neumann
Gorbatschows Reformpolitik und das Friedensarrangement mit den kapitalistischen Staaten haben die kommunistischen Parteien durcheinandergebracht. Auch in der DKP gärt es: Das Präsidium mußte einem Vorstandsmitglied eine »Verwarnung« aussprechen. Was sind die tieferen Gründe?

»Partei der Menschheit«? von Thomas Neumann
Nicht klampfende Kurzzeit-Genossen, sondern gestandene kommunistische Funktionäre, darunter Mitglieder des Parteivorstands, widersprechen dem »Weiter so«-Kurs der Führung Es wird spannend in der DKP

Chappi ohne Dose von Malte N. Castillo
Kaum haben sie ihren »Kürbiskern« eingehen lassen, wollen die westdeutschen Kommunisten eine neue Kulturzeitschrift gründen. Seit einiger Zeit kursiert in der DKP ein Papier, das die Konzeption der Zeitschrift beschreibt und Schlimmes erwarten läßt

Nachrichten

Bodenlos, nicht konstruktiv von Peter Dahl
Die Justiz der Weimarer Republik sperrte ihn ein, die Nationalsozialisten peinigten ihn zu Tode, bundesdeutsche Christ- und Sozialdemokraten schmähen sein Andenken, liberalen Historikern und Journalisten bleibt er verhaßt: Vor 50 Jahren erlag Carl von Ossietzky seiner KZ-Haft

Die Winterschlacht von Diedrich Diederichsen
Am Schauspielbaus Bochum hat Frank-Patrick Steckel die »deutsche Tragödie« inszeniert, die der frühere Expressionist und spätere DDR-Kulturminister Johannes R. Becher 1941/42 im Exil in Taschkent geschrieben hat – quasi live zur realen Winterschlacht um Moskau. Ein berechenbares Stück?

Der Effekt Le Pen von Lothar Baier
Die Medien lieben ihn, die etablierten Parteien benutzen seinen Erfolg und die liberale Intelligenz unterschätzt seine Bedeutung: Der Führer des rechtsradikalen Front National, Jean-Marie Le Pen, marschiert

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Geben ist seelischer von Franz Lerchenmüller
Es geht um Geld. Um Geld, das jemand freiwillig herausrückt, um Menschen zu unterstützen, die er bemitleidet, oder um die Verwirklichung einer Idee zu fordern, die er für richtig hält: um Spenden also. Damit auch um den, der spendet und um den, der das Geld erhält, das Spenden-Opfer

Ödiwessi von Christel Dormagen
Loriots erster Kinofilm hatte am 9. März zeitgleich im Westen und im Osten Berlins Premiere. Je eine Berlinerin aus West und Ost waren für KONKRET dabei

Ossipussi von Maja Winterstein
Gelächter und Beifall satt auch in Berlin/Hauptstadt. Loriot als Wiedervereiniger durch gesamtdeutschen Humor?

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Antworten aus florentinischem Nebel von Günter Herburger

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/88, S. 4

von konkret

Was fehlt? In diesem Heft:

Erstens das Streitgespräch. Als Thema war vorgesehen: Naher Osten – Rebellion in den besetzten Gebieten – Perspektiven israelischer und palästinensischer Politik. Gesprächspartner: Abdalla Frangi, Leiter des PLO-Büros in Bonn, und Henryk M. Broder, jüdischer Journalist, wohnhaft in Jerusalem. Das Gespräch scheiterte an (Broders) Terminschwierigkeiten. Keine Ausrede – denn Anfang April wird das Gespräch nun stattfinden. Abdruck im nächsten Heft.

Zweitens der angekündigte Beitrag über den Prozeß, den Franz Josef Strauß gegen den (auch KONKRET-)Karikaturisten Rainer Hachfeld angestrengt und gewonnen hat. Die Beschreibung dieses Stücks justizieller Willfährigkeit mußte ebenfalls verschoben werden.

In einem klugen Aufsatz zur Pornografie-Debatte schreibt Susanne Mayer in der »Zeit«:

Und schon zeigt sich, wie es um die Gleichheit von Mann und Frau bestellt ist. Wer die Macht hat. Es ist der alte Kampf, es sind die alten Strategien: lächerlich machen. Na, was soll denn schon an nackten Frauen schlimm sein? KONKRET wartet mit einem Männer-Pin-up auf. Ist doch ganz harmlos!

Gemeint ist offenbar das KONKRET-Titelbild 1/88, auf dem – zur Illustration des Themas »Innerlinke Abrüstungsdebatte« – eine wehrlose Männerfigur, mit dem Gesicht zur Wand, in der Haltung eines von Polizisten nach Waffen Durchsuchten schemenhaft abgebildet war. Ein Pin-up? Strategie des Lächerlich-Machens? Oder bloß eine journalistische, die den Seitenhieb auf KONKRET braucht, um bei den liberalen Herren »Zeit«-Redakteuren Benevolenz für einen feministischen Artikel zu kaptivieren? Das wäre aber ein bißchen billig, Frau Mayer. Schade.

Die Geschäftsführerin des Münchner Backkollektivs »K.O.Back« wurde wegen »fahrlässiger Verbreitung von Druckerzeugnissen strafbaren Inhalts« zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie im Schaufenster der »Kollektiven Vollwertbäckerei« zwei Plakate zur Volkszählung ausgestellt hatte – eines davon war die Kopie der Anleitung »Wer nichts sagen will, muß handeln« aus KONKRET 4/87.

Reisende, meidet Bayern!

In Hamburg ist alles anders Da leitet die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht ein Ermittlungsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur von KONKRET ein, weil er durch den Abdruck des Beitrags »Reicht der gewaltlose Protest?« von Günter Anders (KONKRET 6/87) gegen den Strafgesetz-Paragrafen 126 (Androhung von Straftaten) verstoßen habe. Der Staatsanwalt fordert den verantwortlichen Redakteur auf, dazu Stellung zu nehmen. KONKRET-Anwalt Helmuth Jipp antwortet mit einem Schriftsatz, der die Unsinnigkeit des Vorwurfs beschreibt. Der Staatsanwalt antwortet:

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Das gegen Ihren Mandanten eingeleitete Ermittlungsverfahren ist gemä,ß § 170 II StPO eingestellt worden.
Hochachtungsvoll

gez. Lund, Staatsanwalt

Grund zur Freude? Aber nicht doch: Ergibt nämlich bereits das Ermittlungsverfahren, daß der Beschuldigte nichts verbrochen hat, was zu einer Anklage reicht, dann trägt nicht die Staatskasse, sondern der zu unrecht Beschuldigte seine Anwaltskosten. In diesem Fall: 628,14 Mark für Gebühren, Auslagepauschale und Fotokopien. Man könnte auch sagen: Der Redakteur wurde zu 21 Tagessätzen à 30 Mark freigesprochen.

Bei der Telefax-Übermittlung des Beitrags »Ich habe gelesen« von Diedrich Diederichsen (KONKRET 3/88) sind einige Textstellen verlorengegangen: Wir tragen die Richtigstellungen nach:

In der Goethe-Passage mußte es heißen: »...wo der postmoderne Agnostizismus in seiner ganzen Verzweiflung vergessen zu machen scheint, was man alles ohne Zweifel objektiv wissen und lernen kann.« Das Serres-Zitat am Schluß heißt richtig: »Wir sind in uns selbst vergraben; unablässig und nutzlos senden wir Gebärden, Zeichen und Töne aus. Niemand hört zu. Jeder spricht, niemand versteht; die direkte oder wechselseitige Kommunikation ist ein Fehlschlag. Einer doziert gelehrt; er ist langweilig wie seine letzte Vorlesung, ihn kümmert nicht, ob man ihm zuhört, ein anderer ist jovial und gibt

sich überlegen; damit die Aufmerksamkeit nicht erlahmt, würzt er das Zuhören mit seinem Humor; ein dritter, Choleriker, reckt seine ganze kleine Gestalt empor und terrorisiert seine Umgebung...«

Weil die Anfragen sich häufen:

Die Festschrift zum Arno Schmidt-Preis 1988 (Preisträger: Karlheinz Deschner) ist ab Anfang Juni im Buchhandel zu beziehen – oder direkt beim Auslieferer: Antiquariat Dieter Gätjens, Brahmsallee 28, 2 Hamburg 13, Tel. 41 80 09.

Zum ersten Mal in diesem Heft:

Musikplaudertasche – die Musikkolumne von Eckhard Henscheid und Jens Thierfelder. Damit auch im Reich der Klänge endlich eine Ruh' ist.

Konkret 04/88, S. 6

an konkret

Rüber

KONKRET 3/88 »Sankt Bertolt« von Uwe Klußmann

Manche (u. a. zitierter Wiglaf Droste von der taz) meinen ja, man sollte Krawczyk wieder zurückschicken nach drüben. Das finde ich aber auch nicht in Ordnung. Ich finde, wir schicken ihnen Peter Maffay rüber und denn sind wir wieder quitt.

Kirsten Levsen, Kiel

Mitgefühl

KONKRET 3/88 »Kahl macht ernst«

Kahls »tapferer Tätowierer« hat mein Auge erfreut! Wie mag es ihm ergangen sein? Ihm gilt mein ganzes Mitgefühl! (Daß ihr ihn mir nicht zur Kur nach Samoa schickt!)

Erika-Anna Kola, Kiel

Schwester?

KONKRET 2/88 Zur Pornografie-Diskussion (Interview mit Alice Schwarzer)

Als eine von 15% naiv gehaltenen KONKRET-Leserinnen will ich nur bemerken, daß Pornografie und Sexismus – erst recht in dieser ausufernden Form – nicht zu diskutieren sind ohne das zugehörige bürgerliche Männlichkeitsideal, das gerade in Feministinnenkreisen häufig unreflektiert durchschlägt.

So ist z. B. von Alice zu erfahren, daß Männer (»old-boy«-Linke), die keine zehn Geliebte haben, arm oder potenzschwach sind. Und käme die »elende Kreatur«, die trotz hängender Eier und dreckiger Unterhose noch hinter Frauen herblökt, mit prallem Sack und Schiesser-men-fit an, sähe die Sache schon anders aus.

Oder wie ist das zu verstehen, Schwester?

Andrea Schön, Darmstadt

Blasphemie

KONKRET 3/88 »Christentum: 2000 Jahre sind genug« Hermann L Gremliza, u.a.

Das März-Heft macht deutlich, wohin Gremlizas Wege führen, deren Begradigung er in der Karl Kraus-Preisrede angekündigt hat. Die Religion zu denunzieren, in ihren klerikalen Talaren ebenso wie in ihren modischen grünen Klamotten, das ist eine so notwendige wie selten gepflegte Übung. Ihre Dringlichkeit wird nur unterstrichen, wenn sich falsche Freunde erneut von richtiger Aufklärung abwenden, was zu erwarten ist. Gerade diejenigen werden keinen Dank sagen, die mit einer Hoffnung aufs Ungefähre zufrieden sind; deren Drang nach oberflächlicher Verbrüderung es ihnen nicht erlaubt, die religiösen Nebel zu lichten, die ihnen seit der ersten Politisierung in der Evangelischen Studentengemeinde, nein, vielmehr seit der ersten Vorstellung des abendländischen Menschenbildes durch Eltern, Lehrer und Pfarrer, durchs Nachdenken über ein menschenwürdiges Leben hindurchwabern. Und die folglich mehr meditieren als leben und vorwärtsgehen.

Christian Fischer, Köln

Meisterhaft und bitter notwendig dieser gute Artikel von H. L. Gremliza. Hoffentlich setzt er eine längst überfällige Aufklärungswelle in Gang.

Wann endlich werden K. H. Deschners Bücher in Schulen verwendet? Zeit wär's! (als Religionsunterricht!)

Klaus Türk, Braunschweig

Als überzeugter und bekennender Christ möchte ich entschieden gegen die im o.g. Titelblatt veröffentlichte Blasphemie protestieren.

Dr. med. Roger Clark, Hameln

Tausende faschistoider Deutschlehrer haben Schüler mit Goethe traktiert – war Goethe deshalb faschistoid? Gehört deshalb »Goethe abgeschafft«? Soll uns etwa wegen all der feigen Pfaffen, der Inquisitoren-Schlächter oder ein paar grüner Spinner die Bibel nichts mehr zu sagen haben, nur weil in ihr der Begriff »Klassenkampf« nicht vorkommt? Ist die »Zivilisation abzuschaffen«, weil sie seit Jahrhunderten die Kontinente ausbeutet? Ist die »Auflklärung abzuschaffen«, weil die Naturwissenschaften als Teil der Aufklärung dazu beigetragen haben, uns an den Rand der Katastrophe zu bringen? Es sind doch auch nicht die Schergen Stalins oder die Millionen Spießer in der DDR, an denen der Sozialismus und seine Entwicklungschancen zu messen sind! ! So wie es zwischen Kunst und Kunstgewerbe, zwischen Wallraff und Goethe gewaltige Unterschiede gibt, so gibt es sie auch zwischen Pfarrersweibergeseiber und der ernsthaften, rückversicherungslosen Suche nach Gott, nach Erleuchtung! Es geht auch hier, unter anderem, um die »Freiheit von den Zwängen der falschen Allgemeinheit«. . . !

Lothar Riemenschneider, Hamburg

Wenn Ihr meint, Kirche und organisiertes »Christentum« zur Sau machen zu müssen, dann tut es ruhig; man kann es Euch ja nichteinmal übelnehmen, denn das meiste, das Ihr schreibt, stimmt.

Übelnehmen kann man Euch aber, daß Ihr nicht differenzieren wollt, und dadurch wird, was Ihr so klug schreibt, schief. Zu differenzieren wäre zwischen Christentum einerseits und Kirche samt dogmatischer Religion andrerseits. Denn was sich spätestens seit Konstantin »Kirche« nennt, ist ebensowenig oder ebensoviel »Christentum« wie eine stalinistische Partei »Marxismus« ist. Christentum gibt es nicht als und nicht durch sondern immer nur trotz Kirche – und manchmal wunderbarerweise auch in ihr.

»Jedes Stückchen Emanzipation der Menschheit, noch das bescheidenste, ist nicht mit sondern gegen Religion und Kirche erkämpft worden.« Richtig, Herr Gremliza. Und das gilt auch für jedes Stückchen richtig verstandener Christlichkeit, die nämlich mit menschlicher Emanzipation identisch ist. Sie bedeutet das Menschwerden Gottes in allen Menschen und nicht mehr nur in einzelnen Kaisern, Priestern, Gurus und Vorsitzenden (oder auch verantwortlichen Herausgebern).

Tilman Hachfeld, Pastor, Lugano

2000 Jahre sind genug, NEIN, viel zu viel. Hierzu das Epigramm von Erich Kästner (18.04.58)

Neues vom Tage

Da hilft kein Zorn, da hilft kein Spott! Da hilft kein Fluchen und kein Beten! Die Nachricht stimmt: Der Liebe Gott ist aus der Kirche ausgetreten!«

W.-D. Muswieck, Barsinghausen

Schade, lieber Hermann L., jetzt ist es zu spät, zu spät, um noch in jenem Moskauer Museum nach Lage und Zustand des Genossen Wladimir lljitsch zu schauen. Wenn schon, dann hätte man es zum Vergleich schon vor der Veröffentlichung deiner sich (religions-)kritisch gebärdenden Gedanken tun müssen. Was du und Jan P. abgeliefert haben – den 'bunten' Niemitz einmal vorne vor gelassen – verdient es wohl nicht, marxistische Analyse genannt zu werden.

Sag selbst, einen jeden, der eine ideologische Formation unabhängig von den gesellschaftlichen Strukturen, in denen sie sich bewegt und unabhängig von der gesellschaftlichen Dynamik, die sie freisetzt, beurteilt, würdest du einen Ontologen schimpfen! Zurecht! Auch die Religion ist nicht 'an sich'! So töricht es einerseits von dir ist, ihr ominöses 'Wesen' in einem Erniedrigung heischenden Allmachtsanspruch zu sehen, so müßig wäre die Gegenbehauptung meinerseits von der solidarischen Subjektwerdung aller gewährleistenden Religion. Ich belaß es also bei der Anfrage, ob du wirklich keinen Unterschied zwischen einer anachronistischen Volkskirche, einer Bürgerkirche und einer befreiungstheologisch ausgerichteten Basiskirche wahrzunehmen vermagst?

Du entpuppst dich so ganz und gar als der weiße, gebildete und aufklärerische Durchschnittseuropäer, der z. B. die Befreiungstheologie lediglich noch als Agentur einer verlogenen (Kirchen-)»Macht des Bösen« sehen kann und nicht mehr als geronnene religiös-politische Befreiungserfahrung der von den Unterdrückungsmechanismen am meisten Entmenschlichten.

Die Praxis als erkenntnistheoretische Kategorie sollte doch gerade auch dir heilig sein!

Berthold Fahrendorf, Oldenburg

Daß die Geschichte des Christentums mit Gewalt und Unterdrückung durchsetzt ist, läßt sich nicht bestreiten.

Das Christentum aber damit gleichzusetzen und jeden Vereinsangehörigen einen Mörder zu schimpfen, ist so platt und dämlich, wie das Titelbild des letzten KONKRET.

Mit gleichem Recht ließen sich Marx und Luxemburg als Verbrecher abtun, weil sie das Pech hatten, Gründungsmitglieder eines Vereins zu sein, dem auch Stalin angehörte.

Ich finde es höchst erfreulich, wenn Christen die sozialrevolutionäre Komponente ihrer Religion wiederentdeckten und sich nicht länger mit der Verheißung eines paradiesischen Jenseits ruhigstellen lassen.

Wenn es Dir die Latten Deines Wahrnehmungsrasters nicht erlauben, wesentliche Unterschiede zwischen Höffner und Albertz, JP II umd Ernesto Cardenal zu entdecken, schreib' doch lieber Flugblätter.

Marc Rackelmann, Berlin

Verführt durch das hervorragende Titelbild und die dazugchörige Überschrift griff ich wiedermal zu KONKRET. Hermann Gremliza hielt, was das Titelbild versprach. Bravo! Doch leider sind die Ausführungen viel zu kurz geraten!

Ich hoffe, daß er am Ball bleibt, beispielsweise mit einer Betrachtung der (Deschner'schen! !) Kirchengeschichte.

Boris Reitschuster, Augsburg

Konkret 04/88, S. 8

Hermann L. Gremliza

Lechts und Rinks

Was Lafontaine letztlich mit seiner Intervention gewollt hat, wird die Gewerkschaften nicht mehr in Ruhe lassen... Denn die Gewerkschaften sind zu Hemmnissen jeder Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik geworden, die versucht, die Bedingungen des Wirtschaftens und Arbeitens den Änderungen der Technik und neuen Wünschen der Menschen anzupassen. Die Grenzen der Machtansprüche wollte Lafontaine jetzt ziehen.
Wirtschaftsredakteur B. in der »FAZ«

Lafontaines Intervention setzt die ureigenste Klientel der Sozialdemokraten, die Gewerkschaften, unter einen programmatischen Modernisierungsdruck.
Gewerkschaftsredakteur K. in der »TAZ«

Nein, es ist garnicht lustig, immer nur recht zu bekommen. Noch die bittersten Prognosen verdanken sich doch dem Wunsch, das böse Ende, das sie vorhersagen, durch die Vorhersage abwenden zu helfen. Und was tun die verlorenen Söhne, deren Vaterschaftsprozeß man so lange gegen ihren Willen geführt hat? Stürmisch umarmen sie den gerührten Papa: Wir wollen sein ein einig Volk von Modernen...

Zurück bleiben Erinnerungen an den Ausflug, den sie vor zwanzig Jahren angetreten haben – in jene fremde Welt der Marx-Grundkurse, der Klassenanalyse, der internationalen Solidarität; später der antiautoritär-spontaneistischen Tunix-Society; zuletzt der neuen sozialen Bewegungen. (Was ist eigentlich aus denen geworden? Vor fünf Jahren standen sie doch gerade vor der Eroberung aller Macht?) Nun aber beginnt der Ernst des Lebens: Vorbei das Klassenkampf-Spielen, das Theoretisieren, das kindische Einteilen der gesellschaftlichen Kräfte in rechte und linke – jetzt heißt es »Strukturen aufbrechen«, »Denkanstöße geben«, »Gruftis« von modernen Menschen scheiden. Demnächst skandieren der ehemalige antirevisionistische Vorsitzende der Jungsozialisten und der ehemalige Barrikadenkämpfer zusammen mit dem Bundesminister Bangemann vor dem HBV-Konzern: Kaufrausch ohne Pferdefuß/Nieder mit dem Ladenschluß!

Woran das liegt? Es ist nicht zu sagen, ohne für meschugge gehalten zu werden: am Imperialismus. Irgendwann auf ihrem mittelfristigen Marsch um und in die Institutionen haben die Rebellen aller Art zu ahnen, zu spüren und (einige) auch zu begreifen begonnen, daß es sich in dieser Bundesrepublik – trohotz aaalledem – ganz gut lebt, nämlich besser als anderswo, und daß dies irgendwas mit dem Erfolg der BRD-Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu tun hat, mit den sogenannten Exportüberschüssen, durch die viel Geld ins Land kommt, das natürlich, bedauerlicherweise, anderen weggenommen werden muß. Vor der Frage: Freiheit der Völker von Ausbeutung oder billige Orangen auf dem Wochenmarkt ging die internationale Solidarität in die Binsen. Wer wollte wirklich die bunte Konsumwelt gegen einen Lebensstandard nach DDR-Maßstäben eintauschen? Na also.

Und so machte man sich daran, mit den vorhandenen Mitteln, nach deren Herkunft nicht mehr gefragt wurde, weil man die Antwort ahnte oder schon kannte, die im Miefstil der Vergangenheit gehaltene Inneneinrichtung der BRD mit allerlei modischen Konzepten und Entwürfen aufzumöbeln. Das Vielfach preisgekrönte Design hieß »politische Kultur«. Solange nämlich alte Nazis hohe und höchste Âmter besetzt hielten, der Präsident des Ganzen gar ein früherer SA-Mann war, gebot ein Schamrest, das Bekenntnis zu »unserem Staat« nicht allzu demonstrativ abzulegen. Auch das ging vorbei. Und als erst ein soigniert-evangelisch-nachdenklicher Ex-Manager der chemischen Industrie – aus der selben Partei zwar wie sein Vorgänger und für die selbe Klasse tätig, aber eben: wie – zum höchsten Repräsentanten gewählt war, da durfte man endlich ja sagen, sogar ein bißchen stolz sein auf diesen Staat, der nun – nehmt alles nur in allem und Blüm in Chile dazu – auf dem besten Weg war.

Bis auf diese häßliche Geschichte mit den Opfern, die das »moderne Deutschland« produziert und die nicht so leicht übersehbar sind wie die Hungernden und Krepierten in Indien, Angola, Salvador...: zweieinhalb Millionen registrierte Arbeitslose, dazu noch einmal eine Million, die nicht mehr mitgezählt wird. Und die häßlichere Tatsache, daß unter der Herrschaft des Kapitals daran nichts zu ändern ist. Massenarbeitslosigkeit gehört zu dieser Gesellschaftsform wie die Folter zu Pinochet – es geht nicht ohne. Was Lafontaines Vorschlag, dem die geteilte Nation so ungeteilten Beifall spendet, bedeuten würde, mußte ausgerechnet Arbeitgeber-Präsident Murmann vorrechnen: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich hieße Einkommenseinbußen, Kaufkraftverlust und Schwächung der Binnennachfrage. Mit der von Murmann nicht ausdrücklich genannten Folge: weitere Entlassungen. Die absurde Vorstellung, die Unternehmer ließen sich durch Lohnverzicht zu Neueinstellungen verpflichten, hielt Murmann nicht einmal der Gegenrede für wert.

Und doch freut sich der Arbeitgeber-Präsident, freuen sich Strauß und Geißler, Klose und Willi Hoss, Springer, Burda, Bertelsmann. Nicht über den Vorschlag, der älter ist als die ältesten Enkel, sondern über den, der ihn jetzt aufgewärmt hat. »Ich predige das schon lange«, sagt zurecht Blüms Nürnberger Arbeitslosenzähler Franke, »aber wenn ein Sozialdemokrat sowas sagt, dann hat das natürlich eine ganz andere Wirkung.« Was mag das sein, das eine größere Wirkung hat, wenn es einer sagt, der nichts zu sagen hat, weil er weder in der Bundesregierung sitzt noch in der Verhandlungskommission von Gesamtmetall?

Lafontaine ist stellvertretender Vorsitzender der SPD, und dieser Partei gehören die meisten Funktionäre der Gewerkschaften an. Und jetzt, da die neuen sozialen Bewegungen sich verlaufen und die letzten Rebellen sich zum Mitmachen entschlossen haben, wird deutlicher als zuvor erkennbar, daß diese Gewerkschaften, seien sie noch so verkrustet, bürokratisiert, oft auch korrumpiert, die einzige nennenswerte gesellschaftliche Formation sind, die den Weg zum »modernen Deutschland«, zum urbanen, weltoffenen, schicken Musterstaat (des Imperialismus) noch blockiert, weil sie – eher ungewollt als gewollt – etwas organisiert und in seiner Identität erhält, was es in der modernen Gesellschaft nicht geben darf: die Arbeiterklasse. Daran etwas zu ändern, kann nur der Sozialdemokratie gelingen. Deshalb Straußens neckisches Wort, er wolle Lafontaine nicht zu sehr loben, um ihm und seinem Vorschlag nicht zu schaden.

Wie sich der Saar-Louis seine modernisierten Gewerkschaften vorstellt, ist dort nachzulesen, wo er sein Programm abgeschrieben hat: bei Fritz W. Scharpf, dem Direktor am Kölner Max-Planck-lnstitut für Gesellschaftsforschung. Sozialdemokraten und Gewerkschaften müßten, so Scharpf, die Fähigkeit entwickeln, »allen Arbeitnehmern durch höhere Steuern und durch den Verzicht auf Arbeitszeitbestandteile und Einkommenszuwächse den notwendigen Solidarbeitrag für die Teilhabe aller Arbeitswilligen am Arbeitsleben abzuverlangen« . Auch das Schweinewort von den »privilegierten Arbeitsplatz-Besitzern«, das Kohl und Blüm und Lafontaine so gern gebrauchen, fällt wieder. (Soll doch so ein »Besitzer« mal versuchen, »seinen« Arbeitsplatz zu verkaufen!) Kurzum: Arbeitslosigkeit ist nicht Produkt kapitalistischer Wirtschaftsweise, sondern Schuld gewerkschaftlicher Politik. Diese muß sich ändern, und zwar so, daß sie den »Sozialismus in einer Klasse« (Scharpf) verwirklicht. Aus dem Absurden übersetzt: daß die Gewerkschaften aufhören, die Arbeiter zum Kampf um Arbeit und Lohn gegen die Unternehmer zu führen, und sich darauf zu beschränken, die zugewiesenen Rationen solidarisch unter die Arbeiter zu verteilen – als Sozialhilfsverein auf Gegenseitigkeit.

Letzte Meldung: Was der eine stellvertretende Vorsitzende kann, kann der andere auch: »Johannes Rau hat signalisiert, daß die SPD bereit ist, Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1989 für eine zweite Amtsperiode wiederzuwählen. Otto Schily (Grüne), Anke Fuchs (SPD), Ernst Albrecht (CDU) und Hildegard Hamm-Brücher (FDP) unterstützen den Vorstoß.« Lechts und rinks: das »moderne Deutschland«.

Konkret 04/88, S. 10

Detlef zum Winkel

Nachrichten aus der Oberprima

Oskar Lafontaine hat einen Hit gelandet. Alle (bis auf ein paar griesgrämige Gewerkschafter) sind begeistert: Der Hoffnungsträger macht ihnen Hoffnung. Worauf eigentlich? Daß Lafontaine einmal Kanzler werden könnte und Möllemann sein Außenminister? Denn andere Perspektiven wird man in seiner jüngsten Schrift »Die Gesellschaft der Zukunft« nicht finden

Vorsicht! Ein jeder ergreife geeignete Schutzmaßnahmen. Die Sozialdemokraten fliegen wieder so tief. Wo wird die Bruchlandung passieren? Oskar kommt. Und wenn er sagt, er kommt, geht er prompt. Denn der Rückzieher ist einprogrammiert.

Der saarländische Ministerpräsident hat nach der letzten Bundestagswahl gekniffen, als Chancen bestanden, dem Versprechen einer »Runderneuerung« der SPD Taten folgen zu lassen. Ähnlich kühne Konsequenz demonstrierte er, als seine Parteifreunde ihren Vorsitzenden kurzerhand aus dem Amt rülpsten: Lafontaine war vorübergehend nicht zu sprechen.

Spätestens 1990 steht das unappetitliche Schauspiel bei der sozialdemokratischen Kandidatenkür erneut bevor. So emsig der linke Streber an seinen Ambitionen strickt, so lautlos wird er sich wieder in den Wartestand begeben, wenn feststeht, was man ungern eingesteht: Daß bei der nächsten Wahl nichts zu gewinnen sein wird. Der Oskar muß ja geschont werden. Dem Hoffnungsträger darf kein Verliererimage anhängen. Er soll die Tore aus der zweiten Reihe schießen, bis der Ball einmal auf dem Elfmeterpunkt liegt. Das rät ihm seine Werbeagentur. Und solchen Rat befolgt man, wenn man »die auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Marketingmethoden, die in den Entwicklungsabteilungen großer Unternehmen gang und gäbe sind, auf gesellschaftliche und politische Zielsetzungen hin zu verallgemeinern« sucht, wie es sich der verhinderte Napoleon vorgenommen hat. Vom Enkel zum Ekel ist es nicht weit.

Oskar Lafontaine ist der bedauernswerte Zögling einer Partei, die immer wieder Mitleid erregt, das sie nicht verdient hat. Wie egal ist es geworden, ob nach Karsten Voigt, Norbert Gansel, Wolfgang Roth, Gerhard Schröder usw. noch ein ehemaliger Ober-Juso seinen kurzen Marsch durch die Institutionen zurücklegt. Wie durchschaubar ist das Manöver, das Lafontaine jetzt exerziert, aber keineswegs im Alleingang: Wiederannäherung an die FDP und Beerdigung der rotgrünen Option. Würde die Bonner Baracke dekretieren, daß sozialliberal wieder schick sein soll, sie würde vermutlich nur ein müdes Achselzucken des Parteivolks ernten. So aber erscheint das Genschern als frecher, ja »provokativer« Vorstoß, eine ganz linke Sache und Aufbruch zu total neuen Ufern, und der Vorstand kann sich noch ein Weilchen zieren, damit die Parteilinke im Schlepptau des »innovativen« Vize mal ein Erfolgserlebnis hat.

Hach, ist das raffiniert gedacht. Wie hier zwei Streiche mit einer Fliege geschlagen werden. Angesichts der geballten Professionalität werden die grünen Realos bestimmt vor Neid erblassen. Aber nicht aufgeben, Jungs und Damen, sondern von den Jusos lernen! Nämlich daß gewisse Grundregeln des Marxismus bei allem Abschied von demselben unbedingt beherzigt werden müssen: Oben ist rechts und links ist unten.

Vorne hingegen ist weder die Ökologie noch der Sozialstaat, sondern das Marketing. Griffig in den Talkshows, Fan-Post in den Wäschekörben und ein Hamburger Promotionmagazin, das darüber berichtet, bahnbrechend, weil gezeigt werden konnte, daß es möglich ist, den deutschen Schlager inhaltlich zu unterbieten. Der »Spiegel« ließ ein publizistisches Bambi für Oskar drucken:

Demnach hat der jüngste Ministerpräsident für sein Trommeln an der Saar lauter Einsen im Abitur bekommen, und die humanistische Sturmleiter nahm er im Karriereschritt. Mit seltener Selbstironie muß er immer beweisen, daß er der Bessere ist. Seine physikalische Hochbegabung paart sich mit Heimatverbundenheit. Der Emanzipator überzeugt als lebensfroher Feminist, wenn er saftig am Tresen schwätzt. Als Vorsänger im Kirchenchor wie in der Friedensbewegung perfektionierte er seine Interessen wissenschaftlich. Der Bücherfresser ißt gern gut, wenn er nach getaner Ausholzung der ihm unterstehenden Stahl-, Kultur- und Gesundheitspolitik vor laufende Kameras tritt. Geistige Höhenflüge mit Stallgeruch und eine Prise ehrbarer Selbstzweifel, die ihn in der dünnen Bonner Gipfelluft anhauchen: Dann grübelt Oskar Lafontaine über ein ganz persönliches Schicksal, das ihn ins Kanzleramt zwingt – schlagender Beweis dafür, daß das Karma von Napoleon nicht unbeschadet über die historischen Runden gekommen ist. Das Saftigste: Vor diesem Mann hat Heiner Geißler Angst. Der »Spiegel« war dabei.

Oskar hat ein Schlüsselerlebnis gehabt. Es geschah auf einer Fahrt in Frankreich, und die Nacht war klar und trocken. Zwanzig Kilometer lang sah er die Lichter von Autos vor sich, um nach einer Viertelstunde beim Vorbeifahren zu beobachten, daß sich ein Auffahrunfall ereignet hatte. Erschrocken fragte sich der Politiker, ob ihm nicht Gleiches widerfahren könne. Denn in der Gesellschaft ist es genauso wie beim monotonen nächtlichen Geradeaus. Lange vorher blinken die Warnlichter, und trotzdem fährt man auf. Eine interessante Erfahrung machte er auch auf Schweizer Straßen.

Dort wiesen die Autofahrer Verkehrssünder mit der Lichthupe zurecht, weil sie bei der Festlegung der Höchstgeschwindigkeiten plebiszitär beteiligt waren. Verantwortung wächst mit der Partizipation.

Verständlich, daß es den Analytiker gedrängt hat, das alles einmal aufzuschreiben? und nun gilt er unter seinesgleichen als Philosoph (Hermann Rappe, IG Chemie). Da die Arbeitszeitverkürzung unabhängig vom Lohnausgleich für die staatliche Elite, den Kanzler ausgenommen, irreal bleiben muß, wird er wohl zum Diktiergerät gegriffen haben. Das erklärt die eine oder andere Wiederholung der »Gesellschaft der Zukunft«. Macht nichts, so prägen sich die Leitworte wenigstens ein. Gesellschaftliche Verantwortungsethik, verantwortungsbewußte Kooperation, verantwortliches Miteinander, Utopie der Freiheit, Bescheidenheit und Vernunft, Reformen von innen. Neuer Fortschrittskonsens, Aufklärung, Solidarität. Familienfreundliches Berufsleben, berufsfreundliches Familienleben, dann gibt es keinen Ehekrach mehr, und es ist doch sowieso egal, wer in der Küche steht. Sicherheitspartnerschaft, Überwindung des Nationalstaats, europäische Einigung. Die multiplen Kombinationsmöglichkeiten, die sich aus dieser Grundausstattung ergeben, reichen für ein ganzes Politikerleben.

Hurtig überspringt der ausgebildete Naturwissenschaftler das minenreiche Gelände zwischen dem physikalischen und dem politischen Denken, schwingt sich zu Soziologie und Philosophie empor und findet Anschluß an die Legion von Friedensforschern und Ökowissenschaftlern, die mit feierlichen Sätzen über Mensch-Natur-Technik-Arbeit das schlechte Gewissen des Bürgertums besänftigen. Das Resultat ist moralisch hochanständig, so hat man sich den Gemeinschaftskundeunterricht im bischöflichen Konvikt des Eifelstädtchens Prüm vorgestellt.

Die wissenschaftlich-technische Revolution ist ein Produkt der Aufklärung. Sie hat sich verselbständigt, weil der liberale Freiheitsbegriff individualistisch ist und die Solidarität mißachtet. Trotzdem ist Naturromantik fehl am Platz, weil die Arbeit zum Menschen gehört wie die Technik zur Arbeit. Die Vernunft gebietet es, sie zu stoppen, wo sie die Gesellschaft beherrscht statt umgekehrt. Die Technik natürlich, nicht die Arbeit. Die Linke muß das Projekt Moderne retten, indem sie mit einer neuen normativen Technologiepolitik interveniert. Wer wäre besser dazu in der Lage als die SPD, der wir das Soziale an der Marktwirtschaft verdanken?

Dieser programmatische Wurf wird von einem edlen Zitatenpotpourri begleitet: Plato-Kant-Goethe, Laplace-Camus-Canetti, Buber-Jonas-Habermas, Heine-Tucholsky-Polt, Kennedy-Schmidt-Biedenkopf, Lukacs-Bebel-Marx. Meist beifällige, aber auch ein paar kritische Bezüge. Pointiert und offenherzig die Kritik am Sozialchauvinismus von Bebel und anderen Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende. Merkwürdig verschachtelt die Kritik an Marx, dem es eigentlich nicht an Angriffsflächen fehlt.

Der Marxismus, so Lafontaine, ohne das Urheberrecht auf diese Entdeckung zu beanspruchen, sei ohne die geistige Tradition des jüdischen Volkes nicht richtig zu begreifen. »Unverkennbar trägt das Marxsche Proletariat die Züge des Volkes Israel, das von seinem Gott aus Ägypten in ein Land geführt wurde, wo Milch und Honig floß. Vielen sozialistischen Utopien haftet ein ähnlicher Erlösungscharakter an.« Dies lehnt Lafontaine unter Berufung auf Albert Camus ab, »der im Sozialismus verweltlichtes Christentum sah«. Die Argumentation wird dadurch etwas wirr. Stringent wäre gewesen, dem Marxismus »verweltlichtes Judentum« vorzuhalten. Auch dafür hätte man Zeugen finden können, nur sind sie nicht zitierfähig.

Noch erstaunlicher wird das Knäul, wenn der Autor seine Kritik neutestamentarisch untermauert und Hans Küng zustimmt: Erlösung sei die Angelegenheit Gottes, Emanzipation diejenige der Menschen. Und führe uns nicht in Versuchung, dem Leid der Menschen mit Wissenschaft und Technik zuleibe zu rücken. Sonst ergeht es uns wie dem armen Prometheus. Ich darf zusammenfassen: Griechentum ja, Christentum ja, wohlverstanden natürlich, verweltlichtes Christentum nein, Judentum nein, weil Milch und Honig für alle die Umwelt zerstören, verweltlichtes Judentum auch nein. Aufklärung wo?

Hat unser Philosoph genau bedacht, an welche abendländische Tradition er seinerseits anknüpft? Ist es für einen Sozialdemokraten nicht etwas seltsam, den Marxismus als jüdisch und genau besehen auch die jüdische Religion als kommunistisch zu kritisieren – anstatt es als Kompliment zu begreifen? Soll das vielleicht ins neue SPD-Programm?

Erfrischende Eindeutigkeit findet sich in Lafontaines Zeilen zur Außenpolitik. Hier konkretisiert sich das alles überragende Prinzip des »Miteinander statt gegeneinander« zunächst in der bekannten Sicherheitspartnerschaft zwischen den Blöcken. Aber eben nur zunächst. Westlicherseits ist gestalterische Politik im nationalstaatlichen Rahmen nicht mehr machbar, weswegen wir die europäische Einigung brauchen. So ist auch die Verteidigung als »Kernstück« des souveränen Gemeinwesens von den nationalen Budgets nicht mehr zu bezahlen. Folglich wird der »Aufbau eines europäischen Verteidigungssystems« zum Durchbruch, und die Gelder für den Militärapparat hätten »einen weiteren positiven Sinn: Wir würden uns damit nicht nur Sicherheit erkaufen, sondern dazu auch noch die politische Einigung Westeuropas.«

»Deutschland und Frankreich weisen den Weg«, und gemeint ist bestimmt die Bundesrepublik. Gemeinsam mit Dregger plädiert der Stratege für die deutsch-französische Sicherheitsunion. Seinem Kollegen aus Fulda eilt er noch voraus, wenn er bereits Modelle für den »Oberbefehl in Europa«, womit bestimmt wieder Westeuropa gemeint ist, entwirft: »Im Falle eines deutschfranzösischen Zusammengehens sollte der Oberbefehl alternieren. Die französische Atomstreitmacht kann dabei

außer Betracht bleiben, da die Entscheidung darüber bis zu einer politischen Einigung Europas einzig und allein dem französischen Präsidenten vorbehalten ist.« Stil und Duktus orientieren sich bereits am zukünftigen Koalitionspartner. Kanzler Lafontaine und Außenminister Möllemann – wir sehen herrlichen Zeiten entgegen.

Solche Utopien sind machbar im Sinne Bebels, maßvoll im Sinne Platos und vernunftgemäß im Sinne Kants, des Preußen. Beim Durchlesen des abgetippten Manuskripts muß dem Verfasser an dieser Passage etwas aufgefallen sein, und er fügte hinzu: »Davon abgesehen, bleibt die atomare

Abrüstung die wichtigste Aufgabe der Politik.« Danke, Oskar! On a compris.

Ostar Lafontaine, Die Gesellschaft der Zukunft, Hoffmann und Campe, Hamburg 1988, 272 Seiten, 36 DM.

Konkret 04/88; S. 12

Hans Jürgen Nordhoff

Der Aufstieg des Oskar L.

Nach dem Scheitern aller Versuche der SPD, den Oskar zu verleihen (sogar die CDU winkte ab), überschlagen sich die Ereignisse.

Der Saar-Landtag beschließt die 58,5-Minuten-Woche mit verschärftem Lohnverzicht für alle Regierungsmitglieder. Dadurch werden allein an der Saar 40 neue Arbeitsplätze für Ministerpräsidenten geschaffen und sofort besetzt. Die 40 wählen den bisherigen alleinigen Amtsinhaber L. zu ihrem Ratsvorsitzenden. Der handelt:

28. April, 9.00 Uhr L. verhängt den Wohlstand über das Saarland.

28. April, 9.01 Uhr Der Ausstieg aus der Tarifenergie wird nationale Pflicht.

28. April, 9.02 Uhr L. verabschiedet den letzten Arbeitslosen Saarbrückens per Handschlag in den Lohnverzicht.

28. April, 9.03 Uhr Öffentliche Verbrennung von Gehaltserhöhungen durch breite Bevölkerungsschichten in St. Ingbert.

28. April, 15.30 Uhr Der allgemeine Lohnverzicht löst einen Sturm auf die Geschäfte in Völklingen aus.

28. April, 15.35 Uhr In Neunkirchen und St. Wendel werden die ersten 350 Kaufrausch-Ausnüchterungszellen ihrer Bestimmung übergeben.

29. April, 9.01 Uhr Erster Konjunkturboom an der Saar.

29. April, 9.47 Uhr Zweiter Konjunkturboom an der Saar.

29. April, 10.30 Uhr Margaret Thatcher bittet L. um Information: »How did you do it, Oskar?«

1. Mai Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ernennt L. zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

2. Mai, 13.00 Uhr Der Rat der 40 Saar-Ministerpräsidenten erteilt L. Vollmachten für weitere bahnbrechende Aktivitäten zur Abrüstung und zum Atomkraft-Stopp.

2. Mai, 13.01 Uhr L. hebt die Generalmobilmachung der Knappenkapelle der Saarbergwerke auf.

2. Mai, 13.02 Uhr Die Hoheitsgewässer des Saarlandes werden für alle Schlachtschiffe und Flugzeugträger gesperrt.

2. Mai, 13.03 Uhr L. verfügt die umgehende Stillegung sämtlicher Nuklearanlagen im Stadion des FC Homburg.

8. Mai (Muttertag) Mitglieder des Bundesverbandes der Deutschen Industrie beschließen eine Aufstockung der Auslands-Investitionen von derzeit 150 Milliarden Mark um zehn Prozent.

10. Mai Kohl bietet L. seine Männerfreundschaft an.

11. Mai Auf Vorschlag des Bischöflichen Konvikts zu Prüm (Eifel), L's ehemaliger Schule, wird dieser vom Papst seliggesprochen.

12. Mai Himmelfahrt

Konkret 04/88, S. 13

Verena Krieger

Kontroll-Rat-Gesetz

Die frauenfreundliche Frau Frauenministerin will dafür sorgen, daß die deutsche Frau mehr Kinder kriegt – ob sie will oder nicht. Gegen die Zwangsberatung verteidigen Frau Süssmuths Gegnerinnen das alte, miese Gesetz

Seit über einem Jahr war der Gesetzentwurf bekannt. Immer wieder kündigte Rita Süssmuth seine Veröffentlichung an. Durch eine ungeplante Indiskretion in der »Taz« kam er dann endlich ans Tageslicht. Seither wird in der Koalition öffentlich zur Klärung gebracht, was bis dahin nur hinter den Kulissen ausgehandelt wurde. Doch der Theaterdonner trügt. Im Prinzip ist die Sache längst abgekartet. Das »Beratungsgesetz« wird kommen.

In den Koalitionsvereinbarungen zu Beginn der Legislaturperiode wurde bereits im wesentlichen festgeschrieben, welche Verschlechterungen der Abtreibungspraxis das Gesetz im einzelnen enthalten sollte. Der nun öffentlich gewordene Vorentwurf enthält insofern nur wenig Neues, als er in weiten Teilen vom bayerischen Beratungs-Gesetz einfach abgeschrieben wurde. Ärzte müssen sich künftig »fortbilden«, um Indikationen zum Schwangerschaftsabbruch stellen zu dürfen. Beratungsstellen müssen den Frauen zur Austragung der Schwangerschaft raten, und können zum Beratungsgespräch auch Eltern, Arbeitgeber und Ehemann heranziehen. Ein Abbruch darf von den Krankenkassen nur bezahlt werden, wenn er dem Statistischen Bundesamt gemeldet wurde.

Die Maßnahmen dienen in erster Linie dazu, den Instanzweg, den abtreibungswillige Frauen auch heute schon durchlaufen müssen, noch schikanöser und umständlicher zu gestalten. Zwar wird kein offener zusätzlicher Druck auf die betroffenen Frauen ausgeübt, doch der Zugriff auf dem Umweg über Ärzte und Beratungsstellen erweist sich als effektiver: Die haben erstens etwas zu verlieren und zweitens nur begrenzt Anlaß, ungewollt schwangeren Frauen in ihrer Notsituation wirklich helfen zu wollen.

Deshalb wird das Beratungsgesetz über die zusätzliche Schikane hinaus auch tendenziell wieder Zustände wie in der Zeit der völligen Illegalität von Abtreibung zur Folge haben: Ärzte, die aus Gründen des Imageverlustes Angst vor der Meldung ans Statistische Bundesamt haben, lassen Frauen bar bezahlen – oder mit sexuellen Dienstleistungen. Und noch mehr Ärzte lassen lieber ganz die Finger vom unangesehenen Geschäft. Dann bleibt – wie schon heute in vielen Regionen in der Bundesrepublik – vielen Frauen nur der Weg ins Ausland.

Allerdings ist da bei weitem noch nicht das Ziel aller Träume des militanten Lebensschützerlagers in der Union. So fordern die »Christdemokraten für das Leben« (CDL) – mit ihrer gnadenlos reaktionären Vorsitzenden Johanna Freifrau Gräfin zu Westfalen vorneweg – eine drastische Verschärfung des Paragraphen 218, weit über die Abschaffung der Notlagen-Indikation hinaus. Der Hardlinerflügel in der CDU wächst und erhält nicht wenig Schützenhilfe von Klerikalen sowie von rechtsradikalen Lebensschutzorganisationen, denen die angebliche Laschheit der CDU in der Abtreibungsfrage so sehr stinkt, daß sie in Baden-Württemberg sogar mit einer eigenen Partei für den Landtag kandidieren. Diejenigen in der CDU, die wie Rita Süssmuth und Heiner Geißler lieber mit »positiven« Maßnahmen à la Stiftung »Mutter und Kind«, Erziehungsgeld und »Aufklärungs«kampagnen Abtreibungen verhindern und die Geburtenrate steigen lassen wollen, geraten dagegen zunehmend in die Defensive.

Dies ist wohl auch der Grund dafür, daß der nun vorliegende Entwurf eines Beratungsgesetzes schärfer ist, als in den Koalitionsvereinbarungen ursprünglich vorgesehen. Neu sind ein paar Kleinigkeiten – wie zum Beispiel das angedrohte drakonische Bußgeld von bis zu 10.000 Mark für Ärzte, die sich nicht an das Gebot der nunmehr zweijährigen (!) »Fortbildung« halten mögen. Neu ist auch die Zielbestimmung des Gesetzes, wonach die Beratungsstellen künftig die schwierige Aufgabe haben sollen, in Frauen, die abtreiben wollen, den Wunsch zum Kind zu »wecken«. Neu – und besonders übel – ist schließlich, daß den Bundesländern die Möglichkeit offengehalten wird, weitere Verschärfungen nach Belieben einzuführen. Konkret geht es z. B. um Bayern, das neben der personellen auch die räumliche Trennung von Beratung und Indikationsstellung fordert und damit Pro Familia-Beratungsstellen endgültig den Garaus machen will.

»FDP, SPD und Grüne« seien gegen das Beratungsgesetz, hieß es in der Tagesschau. Jeder Pups, den die FDP derzeit zu diesem Thema läßt, genießt die allergrößte Aufmerksamkeit und wird von der linksliberalen Öffentlichkeit als Anzeichen entschiedenen Widerstandes gegen das Beratungsgesetz gewertet. Davon kann allerdings überhaupt nicht die Rede sein. Die Liberalen stehen ungebrochen zu den Koalitionsvereinbarungen, was angesichts der zahlreichen Koalitionskräche, die sie in anderen Fragen vom Zaun brechen, zumindest bemerkenswert ist. Gehandelt wird nur noch über Detailfragen. So soll z. B. die Ärzteschaft nach dem Willen der FDP nicht ganz so hart angefaßt werden. Der Freibrief für die Bayern ist ebenfalls nicht nach ihrem Geschmack. Und schließlich paßt der allzu offensichtliche Zwangscharakter des Beratungsgesetzes nicht recht ins liberale Weltbild. Deshalb wird über die Zielformulierung – also ob der Wille zum Kind nur »gestärkt« oder auch »geweckt« werden soll – in der Koalition noch gestritten.

Zwar forderte eine Vertreterin der FDP-Fraktion, im Beratungsgespräch dürfe der Frau nicht eine bestimmte Entscheidung nahegelegt, sondern sie solle befähigt werden, eine Entscheidung eigenverantwortlich zu treffen, doch diese Auffassung – ernst genommen – führte das gesamte Beratungsgesetz ad absurdum. Deshalb werden auch keine konkreten Forderungen aus dieser Position abgeleitet. So handelt es sich bei allem Sträuben der FDP letztlich nur noch um kosmetische Maßnahmen mit der Funktion, die eigenen Prinzipien noch einmal betont zu haben.

Die Sozialdemokratinnen unterdessen hoffen auf eine große Koalition der Frauen im Parlament und benutzen das Beratungsgesetz vor allem dazu, Frauenbewegung und Gewerkschafterinnen in Sachen § 218 wieder auf Linie zu bringen. Angesichts der drohenden Gefahr, so verkündeten sie, gelte es alle Kräfte gegen das geplante Gesetz zu versammeln und alle strittigen Fragen, die den Widerstand spalten könnten, hintanzustellen. Klar, was damit gemeint ist: Die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 soll fallengelassen werden.

Dieses Bündnis existiert aber ohnehin nur als Phantom und kann deshalb auch schlecht gespalten werden. Gespalten werden kann höchstens die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), die sich über die Streichungsforderung nicht einig werden kann, und gespalten werden können SPD und Gewerkschaften – schließlich haben IG Metall und andere Einzelgewerkschaften sich, sehr zum Unwillen der SPD-Oberen, die Position der Frauenbewegung zum § 218 in den letzten Jahren zu eigen gemacht.

Unverdrossen argumentieren indessen die SPD-Frauen (und natürlich auch die Gewerkschaften) damit, daß nun ausgerechnet der § 218 vor dem Angriff der Rechten geschützt werden müsse. Da wird auf einmal ein Paragraph zur Errungenschaft erklärt, der seit über zehn Jahren bekämpft wird, weil er letztlich nichts anderes als die Fortsetzung des alten Abtreibungsverbots mit anderen Mitteln ist. Daß nicht die betroffene Frau, sondern ein Arzt darüber entscheidet, ob das Austragen ihrer ungewollten Schwangerschaft zumutbar ist oder nicht, daß Frauen, die zur Abtreibung entschlossen sind, zwangsweise ein Beratungsgespräch absolvieren müssen – all dies schreibt der Paragraph 218 vor und wird nicht erst durch das Beratungsgesetz neu formuliert.

Das geplante Gesetz sei nur das längst überfällige Ausführungsgesetz zum Paragraphen 218, argumentierte kürzlich dne FDP-Frau im Bundestag. Recht hat sie. Denn der alte Strafrechtsparagraph ist die ideologische und juristische Grundlage für aü das, was da kommen mag. Das Beratungsgesetz ist nicht etwa, wie die Sozialdemokratinnen uns gerne weismachen wollen, ein Angriff auf den Paragraphen, sondern es vervollkommnet ihn.

Dadurch wird das Beratungsgesetz nicht harmloser, wird es nicht weniger schlimme Auswirkungen haben. Aber es ist ein Grund mehr, sich nicht auf die (selbst)betrügerische Politik einzulassen, die einen neuen Minimalkonsens erzwingen will, um ein fiktives Bündnis zu schmieden.

Gegen die Zwangsberatung mit dem offenen Druck zum Kind kann nicht die Zwangsberatung mit der sanften Tour gesetzt werden; gegen das Entscheidungsrecht von zwangsweise auf Lebensschütz«-Linie gebrachten Ärzten über Fortsetzung oder Abbruch einer Schwangerschaft kann nicht das Entscheidungsrecht von einer ohnehin in ihrer Mehrheit reaktionären Ärzteschaft gesetzt werden. Es kann nur gegen das Prinzip der Fremdbestimmung und Entmündigung von Frauen das Prinzip der selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Entscheidung von Frauen gesetzt werden.

Stellt sich abschließend nur noch die Frage, wie lange die Grünen wohl noch brauchen werden, um Regierungsfähigkeit auch in dieser Frage zu beweisen. Schließlich handelt es sich hier einmal mehr um die einmalige Gelegenheit, an der Bildung eines gesellschaftlichen Konsenses beteiligt zu sein, der besagt: Kontrollierende Beratung, beratende Kontrolle über Frauen muß sein; über die Details kann gestritten werden.

Konkret 04/88, S. 16

Otto Köhler

Es wird ja alles wieder gut (gemacht)

Der Deutsche Bundestag spricht den Opfern der NS-Herrschaft sein Mitgefühl aus: Wolfgang Otto, der Mörder Ernst Thälmanns, erhält eine Pension von monatlich 1 700 Mark. Fast dreimal soviel – bis zu 5 000 Mark – können jetzt vergessene Opfer des NS-Staates kriegen: Als Einmalzahlung fürs ganze Rest-Leben

Das war konsequent und diesen Leuten angemessen: Im Dezember letzten Jahres wies der Deutsche Bundestag die in ihn gesetzte Zuversicht zurück, daß er sich einer Tatsache bewußt sei. Nämlich der »Tatsache, daß bislang Gruppen ganz oder teilweise aus dem Kreis der Entschädigungsberechtigten ausgeschlossen waren, denen nun eine Entschädigung für ihre Verfolgung durch den Nationalsozialismus zukommen muß.« Ein entsprechender Antrag der Grünen wurde von der CDU/CSU/FDP-Mehrheit im Bundestagsinnenausschuß weggestimmt und durch die zynische Formel ersetzt: »Der Deutsche Bundestag spricht allen Opfern der NS-Gewaltherrschaft sein Mitgefühl aus.« Und er sei sich »bewußt, daß das Leid und die Schäden der NS-Verfolgung und des NS-Unrechts nicht mit Geldleistungen wiedergutgemacht werden können«.

Noch ehrlicher hatte es der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag Hermann Fellner formuliert, als er knapp zwd Jahre zuvor seinem Antisemitismus Freilauf gab und verkündete, »daß die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert«.

Fellner konnte das beweisen. 1970, erst sechzehn Jahre zuvor. hatte der republikbekannte Wohltäter Eberhard von Brauchitsch im Auftrag von Friedrich Flick Entschädigungszahlungen an die ehemaligen Sklavenarbeiter seines Hauses endgültig abgelehnt, weil er »nicht zu erkennen« vermochte, daß »im vorliegenden Zusammenhang humanitäre oder moralische Gründe« das Haus Flick veranlassen könnten, »irgendwelche Zahlungen zu leisten«. Trotzdem meldete sich 1986 schon wieder der ehemalige Ankläger Robert Kempner für den immer noch überlebenden Rest der Zwangsarbeiter zu Wort, als Friedrich Karl Flick seinen Konzern für über fünf Milliarden Mark an die Deutsche Bank verkaufte. Um den »Geruch von Schweiß und Blut von den neuen Aktien zu nehmen«, forderte Kempner fünf bis acht Millionen – ein Promille – für die nie entschädigten Sklavenarbeiter. »Die Juden sollten uns durch solche Forderungen nicht in Verlegenheit bringen«, sagte Fellner damals mit gutem Grund und machte sich ebenso begründet sofort zum Sprecher von Flick und Bundesdeutschlands größter und mächtigster Bank: »Ich sehe für einen Anspruch der Juden bisher weder eine rechtliche noch eine moralische Grundlage.«

Das Geld aus den jüdischen Kassen hatten sich gerade die Deutschen, die später christlich wählten, umstandslos bei den großen Arisierungen angeeignet. Und den Gesetzentwurf dazu hatte Flicks Rechtsanwaltskanzlei 1938 ausgearbeitet, damit sich der Konzern die schönsten Brocken schnappe. Später im Nachfolgestaat sorgte Flick-Generalbevollmächtigter Wolfgang Pohle als nebenamtlicher Schatzmeister der CSU dafür, daß das von Flick den Juden geraubte Geld auch in ihren allerchristlichsten Kassen klimpern konnte.

Die Wiedergutmachung, wie man voll Eufamie den Versuch nannte, die Opfer der NS-Verbrechen für ihre Leiden zu entschädigen, war eine der Deutschen Bundesregierung von den Westalliierten aufgezwungene Maßnahme. Die Ablösung des Besatzungsstatutes und die Souveränität der Bundesrepublik, das hatten sie Adenauer versichert, gebe es nur gegen die Zusicherung einer Wiedergutmachung.

Die war dann auch so beschaffen wie die Souveränität dieser Republik. Kommunisten wurden von der Wiedergutmachung ebenso ausgeschlossen wie Homosexuelle. Roma und Sinti als »Zigeuner« sowieso, die Opfer des nach wie vor nicht völlig abgeschafften Nazi-Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, die Sterilisierten, die Angehörigen der unter der Bezeichnung »Euthanasie« – guter Tod – ermordeten Geisteskranken und Gesunden, Prostituierte und Swing-Jugendliche, die ins KZ gesperrt wurden – sie alle bekamen nichts, genausoviel wie fast alle Sklavenarbeiter der deutschen Industrie.

Erst nach der von Fellner ausgelösten Antisemitismuswelle sorgte die Deutsche Bank dafür, daß Flick von seinen 5 Milliarden das Ein-Promille-Trinkgeld von fünf Millionen gab. Aus Furcht, man könne die Rolle der Deutschen Bank bei den Arisierungen erneut in aller Welt diskutieren.

Zugleich gab es eine neue Debatte über die »Zweite Verfolgung«, die aus der sogenannten Wiedergutmachung entstanden war. Das meinte nicht die Arisierungsgewinner, von denen einige nach dem Krieg ihren Raub zurückgeben mußten – die wurden als »Restitutionsgeschädigte«, als Opfer der Wiedergutmachung, durch das Reparationsgesetz von 1969 großzügig entschädigt. Nein, Opfer der zweiten Verfolgung waren, wie es sich im Globke-Staat Adenauers von selbst verstand, die Opfer der ersten Verfolgung. Sterilisierte mußten, wenn sie Entschädigung einklagen zu können glaubten, oft vor denselben Richtern antreten, die sie damals schon als »biologisch minderwertig« abgeurteilt hatten. Und Kommunisten hatten Glück, wenn sie in den fünfziger Jahren zwecks Aburteilung auf Richter stießen, die aus einer anderen Kammer des Sondergerichtes stammten, daß sie vor 1945 justizförmig behandelt hatte.

Das sollte jetzt alles anders werden. Man wollte endlich der vergessenen und verachteten Opfer des NS-Staates gedenken, ihnen auch eine Entschädigung zukommen lassen. Doch von den großen Versprechungen blieb nur ein Almosen für die Überlebenden – 300 Millionen bis 1991, weniger als der schließlich auch noch funktionsunfähige Satellit gekostet hatte, den die Bundesregierung 1987 zugunsten des privaten Kommerzfernsehens ins Weltall schickte. Die SPD hatte bis 1990 700 Millionen beantragt. Doch weil von den Opfern des NS-Staates, die sich infolge der erlittenen Schädigungen nicht selbst unterhalten können, noch viel zu wenige gestorben sind, schmetterten die Koalitionsparteien den SPD-Antrag ab, diesen Menschen den bescheidenen Betrag von 1000 Mark im Monat zu zahlen – wenn Flick ausgeht, braucht er an einem Abend weit mehr, damit er sich angemessen unterhalten kann.

Und die Witwen des obersten Blutrichters Roland Freisler und des Exekutors der Endlösung Heydrich beziehen aus der Tätigkeit ihrer Ehegatten Pensionen in Höhe von 1800 und über 2000 Mark, die man ihnen allenfalls dann aberkannt hätte, wenn sie nach dem Mißerfolg der NS-Herrschaft in die DKP eingetreten wären.

»Wir zollen den Opfern des Nationalsozialismus nicht nur unsere Anerkennung und unseren Respekt. Nein, wir haben Grund, ihnen dauerhaft in Dankbarkeit verbunden zu bleiben.« So sprach Johannes Gerster, einer der wenigen Unionsabgeordneten, die sich für die NS-Opfer einsetzen, Anfang Dezember in der Bundestagsdebatte über die abschließende Entschädigung der NS-Opfer. Doch dann stimmte er am 24. Februar im Innenausschuß mit seiner Fraktion alle Änderungsanträge nieder, mit denen die Opposition versuchte, wenigstens die minimalen Forderungen der bisher von einer Entschädigung ausgeschlossenen NS-Opfer durchzusetzen. Die Regierungsmehrheit im Ausschuß sagte Ja zu den vom Bundeskabinett beschlossenen »Richtlinien über Härteleistungen an Opfern von NS-Unrechtsmaßnahmen«. Richtlinien, die als »abschließende Regelung« nicht nur nach Einschätzung der Grünen »ungebrochen die unsägliche Tradition des bisherigen Härte-Almosen-Fonds fortsetzen, gegen den die Verfolgten doch seit Jahren Sturm gelaufen sind«.

Mit beachtlicher Konsequenz und bemerkenswerter Energie wiesen die Koalitionsparteien im Innenausschuß jeden Antrag von SPD und Grünen ab, der bisher nicht entschädigten Opfern des NS-Staates einen unzweideutigen Rechtsanspruch gegeben hätte.

Abgelehnt der Antrag, daß als Unrecht auch nach dem NS-Gesetz verhängte Strafen gelten, die mit den rechtsstaatlichen Grundsätzen der Bundesrepublik nicht vereinbar sind. Stattdessen – so schnell darf in dieser Republik nicht Unrecht sein, was für die Mordrichter Hitlers rechtens war – gelten nach dem NS-Gesetz verhängte Strafen nur dann als Unrecht, wenn sie »als übermäßig bewertet werden müssen«, wobei auch noch Zeit- und insbesondere Kriegsumstände berücksichtigt werden müssen – zuungunsten der Opfer natürlich. Ein »ordentlich« verurteilter Deserteur hätte keine Chance.

Abgelehnt der Antrag, daß auf die Beihilfe ein Rechtsanspruch bestehe – und das unabhängig von Staatsangehörigkeit und derzeitigem Wohnsitz. Stattdessen hat die Mehrheit ausdrücklich festgeschrieben: »Auf die Beihilfe besteht kein Rechtsanspruch. Der Antragsteller muß die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) haben.« Wenn er von den Nazis zwangsausgebürgert wurde und nach dem Krieg keine Lust zeigte, sich vom Globkestaat wiedereinbürgern zu lassen – sein Pech. Aber da er ohnedies keinen Rechtsanspruch gehabt hätte, braucht sich auch keiner über diese zusätzliche Schikane zu beklagen.

Abgelehnt der Antrag, daß alle in der NS-Zeit zwangsweise sterilisierten Personen grundsätzlich einen Anspruch auf laufende Beihilfen haben und ausnahmsweise eine einmalige Kapitalzahlung in Höhe von 20.000 Mark erhalten können. Stattdessen gibt es »eine Zuwendung bis zu 5000 DM«. Aber natürlich nicht für jeden der im Auftrag des Staates verstümmelten Menschen. Gewinnvoraussetzung in diesem Glücksspiel um eine Entschädigung ist, daß »die Opfer erhebliche Gesundheitsschäden erlitten haben« *und* »sich gegenwärtig in einer Notlage befinden« *und* »ohne Verschulden die Antragsfristen nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz versäumt« haben *und* »keine gesetzlichen Leistungen erhalten haben«. Wer da durchkommt – gegen den gibt es immer noch die Abhilfe des mangelnden Rechtsanspruchs .

Abgelehnt der Antrag auf laufende Beihilfe und auf regelmäßige Heilbehandlung, insbesondere Kuren. Stattdessen gibt es höchstens 5000 Mark, ein für allemal, und wer damit nicht zufrieden ist, weil er glaubt, im KZ Gesundheits-Schäden erlitten zu haben, der hätte dann eben auch so konsequent sein müssen, daß er inzwischen verstorben und damit seiner Sorgen ledig wäre. Und nur – daraus hat die Bundesregierung einen eigenen Paragraphen ihrer Richtlinien gemacht – in ganz »besonderen Ausnahmefällen«, in denen »außergewöhnliche Umstände« die »Gewährung« einer weitergehenden Hilfe »erforderlich« machen, können auch laufende Leistungen »gewährt« werden. Aber bitte immer ohne Rechtsanspruch. Vor allem muß dabei berücksichtigt werden die »Art und Schwere des Hergangs der Unrechtshandlung«, wenn es denn wirklich eine war, sowie die »Stärke und Dauer ihrer Auswirkungen«.

Abgelehnt der Antrag, die Ausschlußklausel für Kommunisten endlich zu streichen. Und damit gehen diejenigen, die als erste ins KZ gesteckt wurden und dort, wenn sie überlebten, am längsten saßen, wieder leer aus. Denn die Mehrheit beschloß: »Die Beihilfe ist bei Vorliegen der Tatbestände der Paragraphen 6 oder 7 BEG zu versagen.« Das heißt: Wer nicht auf der »freiheitlichen, demokratischen Grundordnung« steht, kriegt nichts oder muß zurückzahlen (»Zu Unrecht

gewährte Leistungen sind zurückzufordern«). Von dieser Regelung sind nicht die Rentenbezieher unter den ehemaligen KZ-Wächtern betroffen, sondern Kommunisten und alles, was man dafür halten möchte. Schließlich waren die Nazis ja – nach neuesten Forschungsergebnissen – nur eine Kopie der Kommunisten. Und da wäre es noch schöner, wollte man das Original für das entschädigen, was die Kopie ihm angetan hat. Andersherum, bei falscher Anwendung des Original-Kopie-Theorems, wäre es natürlich unangemessen, wollte man dem Original – den Kommunisten – so hohe Unterhaltszahlungen zukommen lassen wie der erfolgreichen Kopie: den NS-Tätern.

Abgelehnt der Antrag, Beihilfen auch an Witwe(r)n oder Lebenspartner zu leisten, wenn sie von den gegen ihren Partner gerichteten Unrechtsmaßnahmen oder deren Auswirkungen erheblich mitbetroffen sind. Stattdessen bekommen Unverheiratete überhaupt nichts, auch wenn sie den Partner vierzig Jahre gepflegt haben. Und Verwitwete nur dann, wenn der oder die Verfolgte zu Lebzeiten einen Antrag stellte.

Und abgelehnt der Antrag, daß über die Anträge ein Beirat entscheiden soll, in dem die Verfolgtenorganisationen mitbestimmen. Stattdessen dürfen sie nur »mitwirken«, die Entscheidungsgewalt liegt bei der Oberfinanzdirektion und damit beim Bundesminister für Finanzen. Hildegard Hamm-Brücher von der FDP-Fraktion, die jetzt die ser Regelung zustimmte, hatte vorher den »zähen und hinhaltenden Widerstand Stoltenbergs gegen eine Entschädigung der bisher 'vergessenen' Opfer« gewürdigt.

Allen Änderungsfragen der Opposition von Grünen und SPD zum Trotz beließ es die schwarzgelbe Mehrheit im Innenausschuß bei den Almosen für die immer noch nicht weggestorbenen Naziopfer. Helmut Kohl aber versprach mit den Worten »Ich folge nicht dem Zeitgeist« schon zwei Tage später mehr, sehr viel mehr Geld. Im Juni werde »Kassensturz« gemacht und dann gebe es genug Mittel – für den Rüstungs-Etat. Den auch künftig vergessenen Opfern jener verabscheuungswürdigen Gewaltherrschaft, die er links wie rechts gleichermaßen ablehnt, schenkt der Kanzler die Zuversicht: »Unsere Söhne werden moderne Waffen behalten!«

Konkret 04/88, S. 22

Thomas Ebermann; Günter Kolodziej

Buch des Monats: Historische Grüße mit ungewisser Zukunft

Peter G Bourne: Fielel Castro. Econ Verlag, Düsseldorf 1988, 360 Seiten, 39.80 Mark

Die Geschichte handelt weise. Just in dem Moment, als »Cuba reif war für einen Fidel Castro«, erblickte jener das Licht der Welt. Dem Knaben waren neben der »verzehrenden Leidenschaft«, seine »Fingerabdrücke auf den Seiten der Geschichte zu hinterlassen«, all jene erlesenen Eigenschaften mit in die Wiege gelegt worden, die aus einem Normalsterblichen einen »einmaligen und beispiellosen Führer« machen.

Was für ein Mann! »Großgewachsen«, von »äußerstem physischen Wagemut, erstaunlichem Charisma und seltener Überlebensfähigkeit«, ausgestattet mit einem »hypnotisierenden Charme und enzyklopädischem Wissen« konnte Fidel gar keinen anderen Beruf ergreifen als den, eine »überwältigende, überlebensgroße, aufsehenerregende Persönlichkeit« zu werden.

Aber, so weiß der Biograph zu berichten, »zur historischen Größe gehören nicht nur die Eigenschaften des Individuums«, sondern auch das Glück und die Umstände. Zum Beispiel ein Vater, der »gelegentlich ein Tyrann« – dem jungen Fidel exakt jenes Maß an Widerstand gegen »Autoritätsfiguren« einimpfte, das ihn Jahre später zum Führer der blockfreien Staaten werden ließ. Seine Mutter verband »wie die Mütter so vieler erfolgreicher Männer Wärme und Zuneigung mit hohen Ansprüchen«, und eine ganz glückliche Fügung ließ Fidel als uneheliches Kind auf die Welt kommen: »Es gibt in der Historie viele Beispiele für Menschen, die anscheinend deshalb dazu getrieben werden, Größe zu erringen, weil sie glaubten, die Gesellschaft lehne sie ab oder sie trügen auf Grund ihrer Illegitimität ein besonderes Stigma – man denke nur an T.E. Lawrence, Adolf Hitler oder Juan Peron.«

Wer lange genug in der »Historie« sucht, findet sicher auch die eine oder andere Figur, die das gleiche Ergebnis als legitimer Erstgeborener mit einer dem Trunk verfallenen Mutter sowie einem Softie väterlicherseits erzielt hat. Andererseits bietet ein prügelndes Elternteil noch lange keine Gewähr gegen eine lebenslange Existenz als Sozialhilfeempfänger.

Die teleologische Geschichtsschreibung, alle Ereignisse und Lebensumstände so zu arrangieren, daß sie quasi zwangsläufig das vorher gewußte und gewollte Resultat hervorbringen, ist die adäquate 'wissenschaftliche' Methode zur Untermauerung der stockkonservativen Botschaft, daß der Besitz von Macht außergewöhnliche individuelle Gaben voraussetzt und deshalb auch prinzipiell *gerecht ist,* was sich vor allem jene hinter die Ohren schreiben sollen, die keine haben. Die Lässigkeit, mit der Peter G. Bourne, nach eigenem Urteil ein mit »Politik und internationalen Angelegenheiten befaßter Psychiater«, den Vergleich von Castro und Hitler vollzieht, ist also alles andere als ein Ausrutscher. Ihn interessiert in der Tat weder der Genosse Castro noch gar die kubanische Revolution, sondern er hat den Revolutionär zum Gegenstand seines biographischen Interesses gemacht, um *an ihm* sein inhaltsleeres Ideal des politischen Erfolges *an sich* abzufeiern.

Der Umstand, daß seine Wahl ausgerechnet auf den in Amerika verhaßten Castro fiel, ist auch nur mäßig spannend. Zum einen hat Castro die schöne Eigenschaft, eine Marktlücke zu sein (»seit mehr als fünfzehn Jahren erschien keine umfassende Biographie mehr über ihn«), und ein gutes Geschäft läßt kein vernünftiger Amerikaner aus; zum anderen hatte Bourne als Assistent Jimmy Carters die Interessen der US-Administration in der Region zu vertreten, was erstens für die richtige Sichtweise bürgt und ihn zweitens als »Kenner« ausweist.

Gleichwohl fühlt er sich im Vorwort bemüßigt, den möglichen Verdacht auszuräumen, schon »mit der Wahl Fidel Castros zum Gegenstand einer Biographie« diesem zu einer »ungerechtfertigten Anerkennung« verholfen und damit amerikanischen Interessen geschadet zu haben. Er beteuert seine Absicht zu »größtmöglicher politischer Unabhängigkeit«, ein Versprechen, das einzulösen ihm nicht schwerfällt, da ihn eh nur interessiert, wie Castro sich hat *durchsetzen* können. So schildert er auf fast 400 Druckseiten minutiös die Techniken der politischen Konkurrenz aus der Sicht des Siegers.

Seine Ideologie, daß Führung *der* politische Zweck ist, die Frage wozu bestenfalls eine zweitrangige Rolle spielt, dichtet er dem wehrlosen Castro als ureigensten Wunsch an und läßt diesen von Kindesbeinen an nach Führung streben. Schon in der Schule war Fidel eine »Ausnahmeerscheinung... eine Selbsteinschätzung, die er mit sich hinaus nahm in eine größere Welt.« Zum Jüngling gereift, begann er das Studium der Rechtswissenschaft und »vom ersten Tage auf dem Campus an sah er sich selbst als Führer.« Bis zum Erbrechen beschreibt Bourne, wann sich Castro mit wem wo getroffen hat, um über nichts anderes als die Möglichkeiten und Hemmnisse seines politischen Fortkommens zu reden. Und weil sich ein Amerikaner die Revolution nur als kubanische Variante eines ordentlichen Präsidentschaftswahlkampfs vorstellen kann, verdanken sich auch politische Entscheidungen von nicht unbeträchtlicher Tragweite gesundem Effizienz- und Karrieredenken.

»Sein direktes Engagement für einen bewaffneten Aufstand als einzige Lösung für Kuba fand erst statt, nachdem ihm der Weg zu einer politischen Karriere über Wahlen versperrt war.« Und: »Trotz der Versicherung seiner Absicht, seine Wahl dazu zu nutzen, gleichsam von innen heraus revolutionäre Reformen einzuleiten, muß man sich doch fragen, ob er auch weiterhin denselben Drang gespürt hätte, die kubanische Gesellschaft von oben bis unten neu zu gestalten, wenn er auf konventionellem Weg zur Macht gelangt wäre.«

Wer gegen Ausbeutung ist, um an die Macht zu kommen, hat logischerweise nichts mehr gegen Ausbeutung, wenn er auch ohne ihre Beseitigung an die Macht gelangt ist. So nutzt einer den Umweg über Fidel Castro, um die Wahrheit über das Selbstverständnis bürgerlich-demokratischer Politiker auszusprechen.

KampfgenossInnen Castros wie auch seine politischen Gegner tauchen in Bourne's Biographie einzig in der Funktion auf, die historische Grôße des Helden zu dokumentieren. Erstere, indem sie ihm hingebungsvoll »dienen«, so als hätten sie selber gar kein materielles Interesse an der Revolution, letztere, indem sie durch vermeidbare »Fehler« Castros Siegeszug begünstigten.

Zur Beweisführung bedient sich Bourne immer wieder der *Kammerdienerperspektive,* die dem lesenden Publikum Spannung und den Schein von Authentizität, dem Autor aber, da weder beweis- noch widerlegbar, glänzende Möglichkeiten zur Feier seines Menschen- und Politikbildes eröffnet.

Ein Beispiel: Am Vorabend des gescheiterten Überfalls auf die Moncada Kaserne weilt Bourne mitten unter den revolutionären Kämpfern. »Castro machte eine Pause und stellte dann fest: 'Ihr habt Euch alle der Bewegung freiwillig angeschlossen – und das gleiche soll auch für diesen Überfall gelten. ' Erst schwiegen alle, dann erhob sich ein Flüstern. Die meisten von ihnen, das wußte Castro, würden ihm überall hin folgen, selbst in den Tod...« Noch in seiner Revolutionsfolklore offenbart der Autor seinen Traum vom idealen Verhältnis des Volkes zu seinem Führer: selbstlose Hingabe.

Hellhörig wird der Psychiater Bourne, wenn *zwei* Große aufeinandertreffen. Castro und wahlweise Batista, Che Guevara, Chrutschow oder einer der jeweiligen US-Präsidenten. Solche Konstellationen dienen der Bebilderung des politischen Lehrsatzes, daß ein von der Geschichte zur Führerrolle auserkorener Mann praktisch nichts falsch machen kann, außer diese an einen anderen zu verlieren. Bei Batista half ein wenig das Glück und die psychische Gespaltenheit des Gorillas: »...hemmte ihn (Batista) aber auch sein verzweifelter Wunsch, die Ruhe aufrechtzuerhalten und sich nicht durch exzessive Brutalität das Wohlwollen der Menschen zu verscherzen.« Ein schlechter Witz angesichts der von Bourne selber detailliert beschriebenen Unterdrückungsmethoden gegen Oppositionelle, Folter und Mord inbegriffen.

Eine potentielle Gefahr stellen auch die Guten in den eigenen Reihen dar. Che Guevara erhielt in einer militärischen Übung die besten Noten. Daraufhin Bourne über und mit Fidel: »Als Castro sich erstaunt zeigte über diesen Erfolg, bestätigte ihm der alte Haudegen, daß Guevara zweifellos der beste Mann von allen war. Wenige Menschen haben Castro näher gestanden als Guevara, aber sein vorsichtiges Aushorchen (!?) Bayos könnte darauf hinweisen, daß er damals so etwas wie Eifersucht auf Guevara empfand (...), der sich nun auf Gebieten auszeichnete, die Castro als seine ureigenste Domäne ansah (...). Ganz abgesehen von der Tatsache, daß Guevara sich großer Beliebtheit bei den Männern erfreute.«

So etwas kann auf die Dauer nicht gut gehen, wie die Geschichte beweist, denn Che ging nach der Revolution in den bolivianischen Urwald, wo er alleiniger Chef war.

Wer von dem Buch jetzt immer noch nicht genug hat, wird bei der Lektüre noch weitere Variationen dieses Grundmusters finden. Und kann nachlesen, wie der Autor in, wir erinnern uns, »größtmöglicher politischer Unabhängigkeit« das segensreiche Einwirken des US-Imperialismus auf die kubanische Revolution beschreibt. Der Invasion in der Schweinebucht lag der »grundlegende Fehler« zugrunde, daß »alle Planungen« sich durch eine »schwerwiegende Mißachtung der Geschichte, des Nationalstolzes und der Politik Kubas« auszeichneten, »die in der verhängnisvollen Fehleinschätzung gipfelten, das kubanische Volk sei bereit, sich gegen Castro zu erheben, wenn es zu einer von den Vereinigten Staaten unterstützten Invasion militärischer Kräfte käme.« Solche »Fehler« kann nur attestieren, wer mit der US-Regierung grundsätzlich der Auffassung ist, jede Karibik-lnsel als Vorhof und legitime Interessensphäre Amerikas zu betrachten. So zieht der Autor denn auch am Ende seines Werkes den Schluß, daß Fidel zwar ein ganz Großer ist, aber einer, der auf der falschen Seite steht. »Zugleich làßt sich wohl kaum leugnen, daß Castro in seinem brennenden Verlangen nach historischer GrOße den verzweifelten Wunsch der Menschen nach verbesserten Lebensbedingungen vernachlässigt hat.«

Da niemand auf Dauer ungestraft den imperialistischen Weltfrieden stören darf, malt Bourne die Zukunft Castros in düsteren Farben. »Und doch könnten jene psychischen Eigenschaften, die ihn dazu getrieben haben, mehr als dreißig Jahre lang diktatorisch über seine Landsleute zu herrschen und sich unter Einsatz seiner Ellenbogen auf die Weltbühne zu drängen, am Ende als die Schwächen angesehen werden, die verhindert haben, daß ihm jene weltweite Akzeptanz zuteil wird, die er sich so sehnlich gewünscht hat.«

Vielleicht hilft ein noch Größerer demnächst auch ein wenig nach. Schließlich finden in Amerika dieses Jahr Präsidentschaftswahlen statt.

Konkret 04/88, S. 24

Rolf Gössner

Ein Staat räumt auf

Überall im Land ermitteln Staatssicherheitsorgane wg. Bildung oder Unterstützung »krimineller Vereinigungen«. Nur in 6 Prozent der Fälle kommt es zu Verurteilungen. In 94 Prozent der Fälle wird »bloß« ausgeforscht und aufgemischt

Wie die letzten Monate zeigen, sind Käufer/innen eines bestimmten Reiseweckerfabrikats, die sich beruflich oder privat kritisch mit sog. »anschlagsrelevanten Themen« beschäftigen, in den Augen von BKA, Bundesanwaltschaft und Ermittlungsrichtern verdächtig, Mitglieder einer »terroristischen Vereinigung« zu sein, der »Revolutionären Zellen« beispielsweise oder der »Roten Zora«.

Mit diesem »Anfangsverdacht« ist ein einzigartiges staatliches Repressionsarsenal eröffnet, mit dessen Hilfe politisch oppositionelle Szenen, Gruppen und politisch verdächtige Individuen in großem Stil ausgeforscht, kriminalisiert und nötigenfalls auch isoliert werden können – zentral gesteuert von BKA und Bundesanwaltschaft sowie mit Sonderermächtigungen ausgestattet dank einem Paragraphen, der es in sich hat: dem Paragraphen 129a Strafgesetzbuch (»Bildung terroristischer Vereinigungen«).

Ursprünglich propagandistisch auf die Mitglieder von bewaffneten Gruppen, wie etwa der RAF, sowie auf ihre »Unterstützer« gemünzt, bald aber auch auf sog. Sympathisanten des Terrors, offenbarte der Paragraph 129 a schon frühzeitig seine vielfältigen Anlagen: Spätestens etwa seit Beginn der 80er Jahre haben wir in der Anwendungspraxis eine verstärkte Ausweitung auf einen wachsenden Kreis von politisch aktiven Personen und Gruppierungen zu verzeichnen. Gleichwohl ist der 129 a seit Anfang 1987 mit Zielrichtung auf die militanten Widerstandsformen der Anti-AKW- und Friedensbewegung nochmals wesentlich erweitert, das Gründen und die Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« zum Verbrechen hochgestuft worden (Strafrahmen von einem bis zu zehn Jahren).

Mit seiner fast grenzenlosen Anwendungsbreite sind darüber hinaus weitreichende Konsequenzen für die staatliche Ermittlungstätigkeit verbunden, die bereits grundsätzlich in der Konstruktion des Paragraphen angelegt sind. Denn diese Vorschrift dient als Anknüpfungsnorm, als Schlüssel für ein weitverzweigtes, kaum noch überschaubares System von Sonderbefugnissen, die es Polizei und Staatsanwaltschaft erlauben, sog. terroristische Umfelder weit im Vorfeld des Verdachts und strafbarer Handlungen großflächig auszuforschen: Überwachung des Telefon- und Postverkehrs, Großrazzien, Durchsuchungen ganzer Wohnblocks, Einrichtung von Straßen-Kontrollstellen, Schleppnetzfahndung, Identitätsfeststellungen selbst gegenüber Unverdächtigen, massenweise Datenspeicherungen und Datenabgleich, Festnahme auch von prinzipiell Unverdächtigen, Untersuchungshaft auch ohne die traditionellen Haftgründe Flucht- bzw. Verdunkelungsgefahr; darüber hinaus können die Häftlinge auch unter den Sonderbedingungen der Isolationshaft gefangen gehalten werden, elementare Verteidigungsrechte werden eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt durch Überwachung des Schriftverkehrs mit den Verteidigern, durch Trennscheiben und durch die Erleichterung des Verteidigerausschlusses.

Ein »Trost« bleibt den Betroffenen: Der Generalbundesanwalt wird sich im Zweifel persönlich um sie kümmern, denn bei ihm liegt in solchen Fällen die gesetzliche Zuständigkeit für Ermittlung und Anklageerhebung. Den speziell »auserlesenen« und »zuverlässigen« Richtern der Oberlandesgerichte, »mit ihrer besonderen Sachkunde und breiter Erfahrung auf diesem Gebiet« – so heißt es in einschlägigen Gesetzeskommentaren – obliegen in solchen Fällen Gerichtsverhandlung und Aburteilung. Das nennt sich dann der »gesetzliche Richter«, den das Grundgesetz fordert. Böse Zungen sprechen von Sondergerichtsbarkeit, weil diese Spezialregelungen des politischen Strafrechts bewirken, daß den betroffenen Angeklagten zumindest eine Instanz verlorengeht, und sie zum anderen eine machtbündelnde Zentralisierung bewirken, die es der obersten Ermittlungsbehörde, also dem »General« Rebmann erlaubt, Verfahren an sich zu ziehen und bundesweit die jeweils genehmen Gerichte auszuwählen.

Diese Befugniserweiterungen haben sich die Ermittlungsbehörden bereits im Zuge der »Antiterror«-Gesetzgebung der 70er Jahre bescheren lassen. Sie machen aus dem Straftatbestand der »terroristischen Vereinigung« einen fungiblen Ermittlungs- und Ausforschungsparagraphen, eine Art »Wunderwaffe« im staatlichen »Anti-Terror-Kampf«. Und diese erweist sich als hochexplosiv, kann sie doch verheerende Auswirkungen entfalten auf die politische Kultur, auf politisch-oppositionelle Diskussionszusammenhänge und Kommunikationsstrukturen sozialer Bewegungen, auf militante, aber auch gewaltfreie Widerstandspotentiale.

Wie dieses Sonderinstrumentarium in der Ermittlungspraxis zur Anwendung kommt, zeigt nicht nur die Geschichte mit dem Wecker, sondern auch eine ganze Reihe anderer Ermittlungsfälle der letzten Zeit, deren Bewältigung dank 129 a mit unverhältnismäßigem Aufwand betrieben werden kann. So werden beispielsweise die tödlichen *Startbahn-Schüsse* auf zwei Polizisten vom November 1987 zum Anlaß genommen, monatelang den autonomen Widerstand einer ganzen Region aufzumischen. Die Ermittlungsbehörden begnügen sich also nicht etwa damit, allein nach dem Todesschützen zu fahnden, wie in anderen Todesschuß-Fällen, sondern konstruieren flugs eine »terroristische Vereinigung«, welcher der

Hauptbeschuldigte Andreas E. als »Rädelsführer« zugeordnet wird und der mindestens zehn weitere Mitglieder angehören sollen. Dieser »Gruppe E.« werden außer Polizistenmorden auch eine Reihe von Sachbeschädigungen, wie etwa Anschläge auf Strommasten und Baufirmen, angelastet. Als »Satzung« der angeblichen Vereinigung wird ein Papier angesehen, das die Polizei bei einer Hausdurchsuchung entdeckt haben will, und in dem quasi als »Vereinsziele« neben Anschlägen auch die »Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen die Polizei« festgeschrieben sei.

Mit dieser abenteuerlichen, kaum überprüfbaren Konstruktion ist über den frisch erweiterten 129 a jener Dietrich gefunden, mit dem der Einbruch in die politisch verdächtigten, für die Staatsschützer so schwer erfaßbaren Szenen des Widerstands gegen die Startbahn-West ermöglicht werden soll. Das vorläufige Resultat: eine wahre Repressions-, Razzien-, Verhör- und Verhaftungswelle – aber der Todesschütze ist immer noch nicht gefunden, lediglich der Hauptverdächtige E., dem die Taten jedoch bisher nicht nachgewiesen werden können.

Doch hierauf kommt es eigentlich auch gar nicht so sehr an. Denn da, wo im konkreten Einzelfall den Ermittlungsbehörden und Gerichten ein individueller Tatnachweis gegen den Beschuldigten partout nicht gelingen will, lediglich das eine oder andere Indiz vorhanden ist, da kann über die Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« zu einer nicht normierten, gleichwohl »bewährten« Beweisvereinfachung gegriffen werden: zur sog. Kollektivitätsthese, einer kollektiven Haftungskonstruktion, wonach alle, die einer »terroristischen Vereinigung« angehör(t)en, für alle von dieser Vereinigung begangenen Taten zu haften haben, gleichgültig, ob sie im Einzelfall davon wußten bzw. diese billigten oder nicht.

Die Gefahr, daß mit Hilfe des 129 a oder auch des 129 (»kriminelle Vereinigung«) ganze soziale Bewegungen kriminalisiert und staatlicher Verfolgung ausgesetzt werden, hat sich bereits seit längerer Zeit abgezeichnet. Schon Anfang der 80er Jahre gerieten Teile derAnti-AKW-Bewegung in Terrorismusverdacht, was zu umfangreichen Ermittlungen u. a. im norddeutschen Raum führte. Im Wendland, wo sich Sabotageaktionen gegen den Bau des geplanten Atommüll-Zwischenlagers häuften, sammelte eine 40köpfige Sonderkommission des Landeskriminalamtes Hannover (»SOKO 602«) Mitte der 80er Jahre monatelang systematisch Daten über Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg – angeblich um eine »kriminelle Vereinigung« ausfindig zu machen. In der eigens eingerichteten SPUDOK-Datei waren schließlich mehr als 2.000 Einwohner abgespeichert – das ist mehr als jeder/r 25. Einwohner/in des Landkreises, und das bei insgesamt etwa 25 laufenden Ermittlungsverfahren nach 129 StGB. Dieser ungeheure Aufwand der offenen und geheimen Informationserhebung, -speicherung und -verarbeitung diente nicht in erster Linie der Aufklärung konkreter Situationen, sondern vielmehr dem Versuch, die Struktur des wachsenden wendländischen Widerstands gegen das »nukleare Entsorgungszentrum« zu erfassen und die »aufmüpfig« gewordene Bevölkerung mittels Kriminalisierung zu spalten.

Ähnliche Kriminalisierungswellen können im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) bei Wackersdorf registriert werden. Hier mußten in jüngerer Zeit ominöse »Verbindungslinien« zwischen WAA-Gegnern und RAF herhalten, um die volle Anwendung des 129a-Instrumentariums öffentlich zu rechtfertigen.

Kaum ein Politikfeld bleibt von 129/129a-Ermittlungen verschont, sobald sich mehr oder weniger organisierte radikale Opposition regt und Ansätze von Widerstandsaktivitäten sichtbar werden. Das zeigte sich sowohl bei der staatlichen Bekämpfung der *Hausbesetzer-Bewegung,* wo Anfang der 80er Jahre Hunderte von Ermittlungsverfahren nicht nur wegen Hausfriedensbruchs, sondern nach Paragraph 129 eingeleitet und etliche Hausbesetzer entsprechend verurteilt wurden, als auch bei der Behandlung von militanten *Tierschützern.* Diese versuchten, mit Brandanschlägen und Tierbefreiungsaktionen öffentlich auf die organisierte Tierquälerei in bundesdeutschen Versuchslaboratorien aufmerksam zu machen. Verfolgt wurden sie daraufhin von Bundesanwaltschaft und BKA wegen Bildung einer »terroristischen Vereinigung«. Die Befreiungsaktionen mußten die Täter mit monatelanger U-Haft büßen. Später schlug das Herz der Richter offenbar im Einklang mit der herrschenden deutschen Tierliebe, denn sie sprachen in diesen Fällen ausnahmslos vom 129a-Vorwurf frei.

Abgesehen von solchen Niederlagen der Bundesanwaltschaft – wichtig für die Ermittlungsbehörden ist und bleibt die Inanspruchnahme der großzügigen Ermittlungsbedingungen des 129 a. Daß zu diesem Zweck notfalls wild und willkürlich konstruiert wird, haben wir gesehen – daß jedoch schon mal organisatorische Hilfestellung vom Staatsschutz zu erwarten ist, wenn nun beim schlechtesten Willen keine »terroristische Vereinigung« in Sicht ist, das verwundert dann doch ein wenig. Gleichwohl – der folgende Fall entspringt bundesdeutscher Wirklichkeit:

Stuttgart-Stammheim, Anfang der 80er Jahre. Die beiden RAF-Verteidiger Müller und Newerla sind angeklagt der »Unterstützung« einer »terroristischen Vereinigung«, der RAF, sowie der Werbung für dieselbe – ein Schicksal, das eine ganze Reihe von RAF-Anwälten im Laufe ihrer Verteidigertätigkeit ereilte. Regelmäßig besuchten nun zwei zunächst unerkannte Zuhörer die laufenden Verhandlungen im Stammheimer Gerichtsgefängnis. Sie gaben sich als »Sympathisanten« der Angeklagten aus und knüpften persönliche Kontakte zu anderen sympathisierenden Prozeßbesuchern. In Wirklichkeit handelte es sich um die beiden verdeckten Polizeiagenten des baden-württembergischen Landeskriminalamtes, »Ralf Hiller« und »Hans-Joachim (Hajo) Krauth«, die sich – versehen mit neuen Lebenslegenden – auf diesem geheimpolizeilichen Wege Zutritt verschafften zur sog . Sympathisantenszene .

»Hiller« und »Krauth« vermittelten ihren jeweiligen Gesprächspartnern einen kampferprobten und technisch versierten Eindruck, präsentierten bei Gelegenheit Schußwaffen, prahlten mit Sprengstoffanschlägen und versuchten damit gezielt, ein ganz bestimmtes Opfer aufzubauen und in den Sog von Gewalt-Aktionen zu ziehen: den Kölner Theo P., Mitglied der »Schwarzen Hilfe« und Anti-AKW-Aktivist, der in den Augen der Agenten hinreichende Militanz, technisches Verständnis und nicht zuletzt die gehörige Portion »Verführbarkeit« zeigte.

So regten Hiller und Krauth nach mehrmaligen Anläufen schließlich an, eine »Revolutionäre Zelle« aufzubauen und Anschläge auf Leitungsmasten von Atomkraftwerken zu verüben. Sie setzten P. wegen einer bereits begangenen Straftat unter massiven Druck und drängten ihn schließlich zur Ausführung eines großen Plans, in den sie ihn längst einbezogen hatten: Es war vorgesehen, das Bundesamt für Verfassungsschutz in die Luft zu jagen; ein PKW mit 50 Kilogramm Industriesprengstoff sollte über Funk gezündet werden; mit Toten mußte bei Realisierung dieses Vorhabens gerechnet werden.

Spätestens dieser Vorschlag machte Theo P. stutzig; er wandte sich an einen Rechtsanwalt und versuchte, auf dessen Rat hin, den Kontakt zu »Hiller« und »Krauth« vorsichtig abzubrechen. Theo P. wurde kurze Zeit später festgenommen. Der Haftbefehl lautete auf Verdacht der Bildung einer »terroristischen Vereinigung«. Der tatprovozierende Einsatz der Agenten, der auf die Gründung einer »terroristischen Vereinigung« gerichtet war, ermöglichte es den Behörden, über 129 a mit seinen Sonderermächtigungen das Ermittlungsverfahren nicht auf Theo P. zu konzentrieren, sondern auf einen großen Teil der Kölner oppositionellen Szene auszudehnen, um diese umfassend auszukundschaften.

Das Ermittlungsverfahren gegen Theo P. aufgrund 129 a StGB wurde später wieder sang- und klanglos eingestellt – es hatte offenbar seine Funktion erfüllt.

Auch *»Kronzeugen«* erfüllen den Behörden mitunter den Traum, großangelegte Ermittlungen nach 129 a durchführen zu dürfen. Ihnen, die regelmäßig selbst in strafbare Handlungen verstrickt sind, winkt, so sieht es der 129 a vor, Strafrabatt oder gar Straffreiheit für den Fall, daß sie sich den Ermittlern offenbaren. In den letzten Jahren sind einige solcher Fälle bekannt geworden. Nur zwei Beispiele aus jüngster Zeit:

-

Die Ergebnisse einer Fahndung nach dem terroristischen Phantom »antifa-Gruppe« in Wuppertal füllte nach über vierjährigen exzessiven Observationen, Lauschangriffen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen von Adressenmaterial, Kalendern, Briefen und Tagebüchern schließlich insgesamt 150.000 Seiten. Diese Ermittlungsakten wurden zu einer 300 Seiten starken Anklageschrift gegen neun Personen eingedampft. Das Oberlandesgericht Düsseldorf weigerte sich zunächst, diese 129 a-Anklage mangels »fester Gruppenbildung« und »organisierter Willensbildung« zuzulassen; doch ein Beschluß des Bundesgerichtshofes führte schließlich 1987 zur Eröffnung des Gerichtsverfahrens. In der Zwischenzeit zauberte die Generalstaatsanwaltschaft nämlich einen »Kronzeugen« aus dem Hut, der zwar »aus Sicherheitsgründen« nicht vor Gericht erscheinen könne, aber mit seinen belastenden Aussagen seitenlange Protokolle gefüllt und die Existenz einer »terroristischen Vereinigung« behauptet hatte. Dieser »Kronzeuge« war, so stellte sich heraus, einer der Angeklagten, dem bereits eine Haftstrafe wegen Haschisch-Schmuggels drohte und der deshalb – wie er später in einem Widerruf zugab – »aus panischer Angst vor dem Knast« die belastenden Aussagen gegen die neun Angeklagten erfunden hatte. Die Anklagekonstruktion fiel damit in sich zusammen. Das Verfahren endete am 4. November 1987 nach fast achtjährigen intensiven »Terrorismus«-Ermittlungen mit Freispruch.

-

Belastende Aussagen des ehemaligen Strafgefangenen Dirk St., der sich zuvor als V-Mann in verschiedene politische Szenen eingeschlichen hatte, löste Ende 1987 bundesweite Razzien aus. Obwohl dieser »Kronzeuge« nach Auffassung von Hamburger Sicherheitsexperten als »Aufschneider« und »Spinner« anzusehen ist, basierten selbst Haftbefehle ausschließlich auf seinen Aussagen. So wurde beispielsweise die Offenbacher Studentin Andrea B. fast zwei Monate lang in Isolationshaft gehalten wegen – so der Haftbefehl – des Verdachts der Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« die in mehreren Städten der Bundesrepublik existiere. Aufgrund der Aussagen von Dirk St. durchsuchte die Bundesanwaltschaft sowohl bundesweit Gefängniszellen von politischen Gefangenen als auch die Wohn- und Büroräume der Hamburger Rechtsanwältin Ute Brandt. Mit dieser Aktion und der Beschlagnahme von Verteidigerakten und -post brach die Staatsanwaltschaft in die prinzipiell geschützte Vertrauenssphäre zwischen Strafverteidigerln und Mandanten ein. Ute Brandt vertritt politische Gefangene und unterstützt öffenlich die Forderung ihrer Mandanten nach Zusammenlegung mit anderen Gefangenen und Aufhebung der Isolationsbedingungen, was durchaus zu ihren anwaltlichen Pflichten gehört. Ihr wird deshalb »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung« und »Werbung für die RAF« vorgeworfen.

Damit ist eindeutig der *Bereich der freien Meinungsäußerung* tangiert, in dem sich wohl die meisten Ermittlungs- und Gerichtsverfahren nach 129 a abspielen. Schon in den 70er Jahren betrafen 70 Prozent der Anklagen und Verurteilungen die »Begehungsformen« der »Unterstützung« und »Werbung«. In den 80er Jahren dürfte sich dieser Trend noch verstärkt haben. Die Inhalte der inkriminierten Meinungsäußerungen, die ohne 129 a nicht ohne weiteres verfolgbar wären, befassen sich zumeist mit Hungerstreikerklärungen und den Haftbedingungen der politischen Gefangenen. Schon die Feststellung, in

der Bundesrepublik gebe es »politische Gefangene«, kann zum Verbot von Veranstaltungen führen. Im Zusammenhang mit solchen Verboten wurden auch schon, so etwa 1987 in München, Straßen-Kontrollstellen rund um den Veranstaltungsort eingerichtet, an denen alle Passierenden verpflichtet sind, ihre Identität feststellen und sich sowie mitgeführte Sachen durchsuchen zu lassen. Diese Möglichkeit zu Vorfeld-Massenkontrollen eröffnet ebenfalls der Paragraph 129 a; sie können inzwischen auch mit der seit 1987 legalisierten »Schleppnetzfahndung« kombiniert werden, was eine bessere Bewältigung der anfallenden Datenmassen zuläßt. Auch ohne jeden Anfangsverdacht können auf dieser Grundlage personenbezogene Daten samt Daten der Kontrollumstände erhoben und dann bis zu neun Monaten gespeichert werden. Während dieser Zeit dürfen die erfaßten Daten verarbeitet und mit anderen Datenbeständen abgeglichen werden – zum Zweck der »Verdachtsgewinnung« und »Verdachtsverdichtung«.

Unzählige Fälle von »Unterstützer und Werber«-Ermittlungsverfahren kriminalisieren bloße Meinungsäußerungen und ihre Verbreitung durch »terroristisches« Plakatekleben und Parolensprühen (z.B. »RAF«, »Zusammenlegung der Gefangenen. . .«), durch Flugblätter und Zeitschriften (Stadtzeitungen, »radikal«, »Zusammen kämpfen« u.v.m.) sowie durch Buchpublikationen (in letzter Zeit: der Gedichtband »der morgenröte entgegen...« sowie Bakker Schuts »Das Info. Briefe von Gefangenen aus der RAF«).

Auch bei dieser Art von 129a-Ermittlungen ist weniger entscheidend, was im Einzelfall »hinten raus kommt« (Kohl), ob also das jeweilige Verfahren überhaupt gerichtlich eröffnet wird und dann auch mit einer Verurteilung endet – die Gerichte urteilen da neuerdings durchaus uneinheitlich – , von wesentlich entscheidender Bedeutung für die Ermittler ist vielmehr nur das eine: mit dem Terrorismusverdacht über 129 a als Kristallisationskern ein einzigartiges komplexes Sonderrechtssystem zu aktivieren, um mit diesem Instrumentarium in die anvisierten Szenen einbrechen, im großen Stil Kommunikationsstrukturen knacken und »Soziogramme des Widerstands« erstellen zu können. Diese Art von Widerstandsbekämpfung ist repressiv und präventiv zugleich.

Der geschilderte Ausforschungscharakter des 129a-Sonderrechtssystems läßt sich auch statistisch belegen: Ein Vergleich der Ermittlungsverfahren wegen 129 a der Jahre 1982 bis 1986 mit den hieraus resultierenden Aburteilungen (= Freisprüche und Verurteilungen) ergibt folgendes Bild: Nur in durchschnittlich 6 Prozent der abgeschlossenen Ermittlungsfälle ist es zu einer entsprechenden Aburteilung gekommen (zum Vergleich: Die Anklagequote – also das Verhältnis von Abgeurteilten zu Tatverdächtigen, gegen die ermittelt wurde – liegt bei der allgemeinen Kriminalität im Schnitt bei 44 Prozent). Umgekehrt bedeutet dies, daß in rund 94 Prozent der Fälle das Ermittlungsverfahren nach 129 a überhaupt zu keiner Anklage geführt hat bzw. eingestellt wurde.

Der unverhältnismäßige Ermittlungsaufwand steht also in der Mehrzahl der Fälle in keinem Verhältnis zum Endergebnis. Das mag einerseits beruhigend sein, doch von entscheidender Bedeutung sind der politische Flurschaden, der mit dieser Staatssicherheitspolitik angerichtet wird, sowie die Auswirkungen dieser staatlichen Anschläge auf die Integrität einer Vielzahl von Beteiligten und Unbeteiligten: die traumatischen Folgen von Hausdurchsuchungen, Bespitzelungen und insbesondere der Isolationshaft im Zuge der oft jahrelangen Ermittlungsverfahren.

Konkret 04/88, S. 28

Ömer Erzeren

Gerichtsszenen aus Istanbul

Istanbul. 20. Januar 1988. Staatssicherheitsgericht im Touristenviertel Sultanahmet. Angeklagt sind Familienangehörige politisch Gefangener, die im Herbst 1987 den Hungerstreik ihrer gefangenen Schwestern, Brüder und Kinder unterstützt hatten. Der Hungerstreik richtete sich gegen die Folter und die menschenverachtenden Bedingungen in den türkischen Gefängnissen. Eine der Hauptforderungen ist die Abschaffung der Einheitskleidung in den Gefängnissen, die das Symbol für die Entwürdigungen in den Knästen ist: Wasch- und Toilettenverbot, Ratten in den Zellen, Prügel und Elektroschocks. Um den Hungerstreik der Gefangenen zu unterstützen, versammelten sich damals die Familienangehörigen vor den Toren der Gefängnisse. Die Polizei prügelte sie auseinander. Ein Teil wurde verhaftet und steht jetzt vor Gericht.

Istanbul. 10. Januar 1988. Zehn Tage vor dieser Gerichtsverhandlung erklärt die türkische Regierung, sie werde die Anti-Folter-Konvention des Europarates unterzeichnen. Die bürgerlichen Medien in der BRD werteten dies als weiteren Beweis für die Demokratisierung in der Türkei.

Konkret 04/88, S. 30

Angela Davis; Theresia Degener; Oliver Tolmein

Fortschritt: Rückschritt

Interview mit Angela Davis: Wahlkampf in den USA: Es sieht so aus als gehe es bloß wieder um Pest oder Cholera. Eine fortschrittliche, gar linke Alternative scheint nirgendwo in Sicht. Für KONKRET fragten Theresia Degener und Oliver Tolmein die einst als Staatsfeindin Nr. 1 gesuchte Angela Davis noch den Chancen linker Opposition in den USA

Für sozialen Widerstand sind die USA das Land der eng begrenzten Möglichkeiten. dabei gäbe es nahezu unbegrenzt zu tun: gegen die US-Interventionen in Zentralamerika und im Nahen Osten, den sich verschärfenden Rassismus, sprunghaft wachsende Obdachlosigkeit, Abbau geregelter Arbeitsverhältnisse.

Einen Erfolg immerhin haben außerparlamentarische Kräfte allerdings letztes Jahr errungen: Ronald Reagans Wunschkandidat, der durch rassistische, frauenfeindliche und auch ansonsten äußerst rechte Positionen profilierte Richter Bork wurde nicht in den Obersten Gerichtshof berufen. Die Schärfe der Auseinandersetzungen, die ein halbes Jahr lang die Schlagzeilen und Hintergrundseiten der US-Zeitungen füllten, ist nur durch die besondere Bedeutung des Obersten Gerichtshofes zu erklären: In den USA kommt der Rechtsprechung eine sehr viel größere Bedeutung zu als der Gesetzgebung. Wesentliche Fortschritte der Bürgerrechtsbewegung, zum Beispiel die Aufhebung der Rassentrennung in US-Schulen, wurde durch Urteile erreicht.

Möglich wurde der überraschende Erfolg der Bork-Gegner, weil es gelungen ist, Bewegungen, die seit Jahren weitgehend isoliert voneinander kämpfen, gegen einen gemeinsamen Gegner zu vereinen. Ob diese Entwicklung ein Einzelfall bleibt, oder ob sie ein Anfang war, ist derzeit schwer abzuschätzen. Im Kampf gegen die Obdachlosigkeit, von der Millionen US-Amerikaner betroffen sind, zeichnet sich eine derartige Koalition beispielsweise nicht ab. Andererseits ist das politische Gewicht der ebenfalls ein recht breites politisches Spektrum umfassenden Regenbogenkoalition, die auch den Wahlkampf von Jesse Jackson als Präsidentschaftskandidat der Demokraten unterstützt, im Vergleich zum Wahlkampf 1984 gewachsen. Und in Chicago gelang es einer ebenfalls stark von linken Kräften beeinflußten Bündnisbewegung, der sogenannten Washington Coalition, den schwarzen Bürgermeister Harold Washington gegen den Widerstand der einflußreichen Konservativen im Amt zu halten.

Eine der intellektuellen Leitfiguren der US-Linken ist seit Anfang der Siebziger Jahre Angela Davis. Sie wurde 1944 geboren, als die USA noch ein Apartheid-Regime waren. Sie mußte in eine segregierte Schule gehen. In den Bürgerrechtskämpfen der 50er Jahre sammelte sie erste politische Erfahrungen. Sie studierte an der Sorbonne, an der Frankfurter Universität und 1967 bei Herbert Marcuse in San Diego Philosophie. 1968 wurde sie Mitglied der Kommunistischen Partei und war dort anfangs in einer schwarzen Fraktion aktiv. Weltweit bekannt wurde sie 1970, als das FBI nach ihr fahndete, weil sie angeblich dem inhaftierten schwarzen Revolutionär George Jackson Waffen besorgt hatte, die bei einem Befreiungsversuch, (bei dem Jackson erschossen wurde) verwendet worden sein sollen.

Am 13. Oktober 1970 wurde sie verhaftet. Unter anderem aufgrund des international organisierten Protestes wurde sie am 4. Juni 1972 freigesprochen. Davis ist bis heute in der KP aktiv. 1980 war sie Vizepräsidentschaftskandidatin der Partei. Zur Zeit lehrt sie an der San Francisco State University.

KONKRET: Hat der Erfolg der Kampagne die Nominierung von Richter Bork für die Bewegungen in den USA insgesamt Bedeutung?

Angela Davis: Für die Reagan-Administration war es gar keine Frage, daß ihr Kandidat Bork nominiert werden würde. Und kaum jemand in den USA hielt es für wahrscheinlich, daß sich die Bork-Opposition durchsetzen könnte. Aber in der Anti-Bork-Kampagne haben sich, was hier sehr selten gelingt, Gruppen aus dem gesamten fortschrittlichen Spektrum zusammengefunden: Schwarze, Schwule, Lesben, Ökologlnnen, Gewaltfreie... Daß diese Bewegung so stark wurde, kam überraschend. Daß Bork vor allem im Süden bekämpft wurde, ist ein anderes wichtiges Moment der Kampagne: Senatoren, die selbst Bork-Anhänger waren, haben sich dort dem Druck ihrer überwiegend schwarzen Wählerschaft gebeugt. Das wäre vor zwanzig Jahren nicht vorstellbar gewesen: damals war der Voting Right Act, der vielen Schwarzen überhaupt erst ermöglichte, ihr Wahlrecht auszuüben, gerade zwei Jahre in Kraft, und die Schwarzen waren noch weit davon entfernt, ihre Rechte kollektiv auszuüben.

KONKRET: Insofern mag die Anti-Bork-Kampagne ein Fortschritt sein. Aber ist nicht die Tatsache, daß ein rechtsradikaler Richter wie Bork überhaupt für dieses Amt nominiert werden konnte, ein Rückschritt?

Davis: Wir sollten Nixon nicht verharmlosen: er hat einige Richter an den Obersten Gerichtshof gebracht, die Bork in wenig nachstehen. Aber damals war es eben nicht möglich, dagegen eine Massenbewegung zu mobilisieren.

KONKRET: Du meinst also tatsächlich, daß die Situation für die Bewegungen heute – nach knapp zehn Jahren Reagan-Administration – besser ist als Ende der sechziger Jahre, als es immerhin eine hochaktive Friedensbewegung, militante

schwarze Gruppen, eine entwickelte radikale Linke gab?

Davis: Diese Schlußfolgerung würde ich so nicht ziehen. Aber wir müssen sehen, daß das Bewußtsein in großen Teilen der Bevölkerung und in der Linken heute sehr viel komplexer und differenzierter geworden ist. Der Diskussionsstand in den Bewegungen insgesamt ist sehr viel höher als in den Sechzigern und in den frühen Siebzigern. Trotzdem ist die Situation objektiv schlechter geworden. Die Civil Rights Commission zum Beispiel ist praktisch nicht mehr funktionstüchtig. Die Einhaltung der Civil Rights wird vom Staat nicht nur nicht überwacht, die Reagan-Administration hat sich sogar zum Ziel gesetzt, die Errungenschaften der Civil Rights-Bewegung möglichst weitgehend abzuschaffen. Besser ist die Situation andererseits, weil den Bewegungen heute viel stärker bewußt ist, daß sie zusammenarbeiten müssen. Eine Kooperation zwischen Arbeiterbewegung und Schwarzen-Bewegung wäre beispielsweise in den Sechzigern nicht vorstellbar gewesen – heute ist sie vielerorts Realität. Ähnlich sieht es mit der Frauenbewegung aus. Die Lage heute ist also besser, obwohl sie schlechter ist.

KONKRET: Daß du soviel von Bewegungen und deren Zusammenarbeit sprichst, finden wir erstaunlich. Wir in der BRD haben oft den Eindruck, daß die Bewegungen in den USA nur noch rudimentär vorhanden sind. Und die Anti-Bork-Kampagne scheint uns das nicht überzeugend zu widerlegen, weil ihr politisches Ziel, einen offensichtlich rechtsradikalen Richter nicht an den Obersten Gerichtshof kommen zu lassen, doch sehr beschränkt war.

Davis: Da muß ich widersprechen. Sicherlich war die Anti-Bork-Bewegung eine Einpunktbewegung, an der sich auch viele bürgerliche Liberale beteiligt haben. Aber die Linke hat für die Orientierung der Kampagne eine enorme Rolle gespielt. Und das Ziel der Kampagne mag nicht besonders radikal erscheinen – daß es erreicht worden ist, ist aber eine Bedingung gewesen, um hierzulande als Linke überhaupt halbwegs effektiv weiterarbeiten zu können. Denn wir dürfen uns nichts vormachen: wäre es nicht gelungen, Bork zu besiegen, hätten die Rechten die politische Uhr in diesem Lande hier weit, weit zurückdrehen können. Jetzt haben wir dagegen mit dem Erfolg im Rücken eine gute Ausgangsbasis, um mit diesem linken Bündnis auch andere Themen, beispielsweise das riesige Problem der Obdachlosigkeit anzugehen.

Und wenn ihr von außen auf die politische Situation in den USA schaut, ist es zwar verständlich, daß es so aussieht, als sei hier wenig in Bewegung. In den Jahren der Reagan-Administration haben sich aber auch Massenbewegungen entwickelt, die diesen ersten Eindruck korrigieren müßten: Es gibt breiten Widerstand gegen das US-Engagement in Zentralamerika, gegen die Contra-Unterstützung, es hat die größten Friedensdemonstrationen in der Geschichte der USA gegeben. Auch daß Reagan das INF-Abkommen unterzeichnet hat, ist direkt auf diese Entwicklung zurückzuführen.

KONKRET: Da haben wir unsere Zweifel. Schließlich hat Reagan in dem INF-Vertrag fast alles erreicht, was er erreichen wollte. Die Zugeständnisse mußte Gorbatschow machen, gerade weil die Friedensbewegungen, in den USA wie in Westeuropa, eben nicht so stark waren: SDI beispielsweise ist in den Vertrag nicht einbezogen...

Davis: Sicher mußte die Sowjetunion Zugeständnisse machen. Und sicher hat die Friedensbewegung noch einen weiten Weg vor sich. Aber sie hat eindeutig Druck auf die Reagan-Regierung ausüben können – und das ist ein wichtiger erster Schritt.

KONKRET: Auf der Marxistischen Konferenz Ende letzten Jahres hast du gesagt, die kommenden Wahlen seien ein Referendum über Reaganomics, und du würdest die Kandidatur von Jesse Jackson als Präsidentschaftskandidat der Demokraten unterstützen, weil es ihm gelingen könnte, viele Leute zur Teilnahme an der Wahl zu motivieren, die sich sonst ihrer Stimme enthalten würden. Ist das zur Zeit die Perspektive für die US-Linke: die Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen zu erhöhen?

Davis: Zuerstmal: ich denke, daß die Jackson-Kampagne sehr wichtig für dieses Land ist. Ich trage sie aber nicht mit. Ich bin Kommunistin, und ich unterstütze die Demokraten nicht. Aber ich finde es wichtig, im Wahlkampf zur Kenntnis zu nehmen, wo es fortschrittliche Entwicklungen und Trends gibt und wo nicht. Die Auseinandersetzungen und Debatten im Umfeld der Wahlen sind ein wesentliches Feld politischer Betätigung, aber eben nur *ein* Feld. Wir müssen darüber hinaus, und das ist beileibe nicht das gleiche, Aktivitäten auf einer Massenbasis entwickeln. Da sind wir dann wieder bei der Anti-Bork-Kampagne, deren Dynamik und Erfolg ohne den jahrzehntelangen Kampf um die Beteiligung der Schwarzen am Wahlprozeß nicht denkbar gewesen wäre.

Der Kampf um das Stimmrecht und die Möglichkeit, sich an den Wahlen zu beteiligen, war übrigens schon immer ein wesentliches Anliegen der Afro-Amerikaner. Heute gibt es in den USA etwa 6000 Schwarze, die in irgendwelche Ämter gewählt worden sind: Das ist ein großer Erfolg für unseren Befreiungskampf. Gleichzeitig müssen wir aber auch sehen, daß nicht jeder dieser gewählten Schwarzen auch wirklich fortschrittliche Positionen vertritt. Außerdem kam beispielsweise jemand wie Harold Washington, der Bürgermeister in Chicago war, nicht nur aus der Schwarzen-Bewegung, sondern war auch Gewerkschafter – und daß er Bürgermeister in einer der wichtigsten Städte der USA geworden ist, war natürlich ein wichtiger Erfolg. Wir können also bei den Wahlen nicht gewinnen, aber sie bieten uns die Möglichkeit, die Koalitionen zu bilden, die zur Erreichung weitergehender Ziele wichtig sind.

KONKRET: Reagan tritt ab, nachdem er viele seiner Wähler, etwa die Farmer im Mittleren Westen, tief enttäuscht hat. Aber deren Wut richtet sich weniger gegen die Verursacher ihrer Misere, als beispielsweise gegen rassische Minderheiten.

Davis: Das ist leider richtig. Rassismus hat Konjunktur – gerade in den letzten sieben Jahren hat sich vieles verschlimmert. Vor allem rassistisch motivierte Gewalt hat wieder schlimme Dimensionen angenommen: der Mord an Michael Griffith durch einen weißen Mob in Howard Beach vor New York ist einer der spektakulärsten Fälle gewesen, oder die Schüsse auf die vier jungen Schwarzen in einer U-Bahn, die der Weiße Bernard Gitts abgefeuert hat. Es gibt zahllose solcher Attacken: Gerade eben hat das Zentrum für Demokratische Erneuerung vom Nationalen Kirchenrat eine Studie vorgestellt, in der der wachsende Rassismus während der ersten sechs Jahre der Reagan-Administration analysiert wird. Die Studie führt über 1100 Gewalttaten gegen Farbige auf: Morde, Bombenanschläge, Schüsse, größere Überfälle... Rassismus ist nach wie vor eines der größten Probleme in den USA.

KONKRET: Und was für eine Rolle spielt die Justiz im Kampf dagegen?

Davis: In der Verfolgung der Gewaltkriminalität eine ziemlich unrühmliche. Leute wie Gitts kommen, wenn sie überhaupt verurteilt werden, mit äußerst geringen Strafen weg. Dafür werden in New York täglich mehr Schwarze verhaftet als in Südafrika...

KONKRET: Rechtsprechung und Gesetzgebung haben ja auch die sogenannte Affirmative Action durchgesetzt: Quotenregelungen und Benachteiligtenprogramme z.B. an den Colleges und Universitäten. In der öffentlichen Diskussion wird jetzt verstärkt argumentiert, daß dieser Erfolg der Bürgerrechtsbewegung eine Ursache für den wachsenden Rassismus sei. Farbige würden dadurch offensichtlich bevorzugt. Das führe dazu, daß manche Schwarze für sich großen Wert darauf legen festzustellen, daß sie »regulär« und nicht über die Benachteiligtenprogramme z. B. an einer renommierten Uni wie Berkeley angenommen worden sind.

Davis: So eine Interpretation stellt die Intention der Programme auf den Kopf. Das wird natürlich von denen, die diese Offensive gestartet haben, bewußt gemacht, um deren brisanten Kern zu entschärfen. Die Programme bevorzugen ja nicht individuelle Personen, sie versuchen eine über die Jahrzehnte, ja sogar Jahrhunderte kumulierte kollektive Benachteiligung gesellschaftlicher Gruppen und Klassen auszugleichen. Zu Beispiel, daß ich als Schwarze, wenn ich in die Schule komme, in der Regel in eine schlecht ausgestattete, überfüllte Schule in einem Ghetto gehe und damit schon mal viel schlechtere Chancen habe, jemals einen Level zu erreichen, der mir den Zugang zum College ermöglicht. Deswegen müssen die Benachteiligten-Programme noch viel weiter ausgebaut werden: Es reicht nicht aus, daß, wie es heute ist, die Leute über Quoten ans College kommen, sie müssen dort auch eine

Chance haben, ihre Defizite aufzuarbeiten, den neuen, hohen Ansprüchen allmählich zu genügen und und und. Daß durch die Programme Rassismus ausgelöst wird, halte ich für eine Schutzbehauptung – der Rassismus war auch vorher und noch viel schlimmer gegenwärtig.

KONKRET: Aber die Opposition, die derartigen Programme und Quotenregelungen entgegengebracht wird, und die wachsende Intensität des Rassismus zeigen doch auch eine Grenze solcher, sagen wir mal reformistischer Strategien an. In den 60igern gab es ja auch einen starken militanten Flügel der Schwarzenbewegung, für den Namen wie Malcolm X oder Huey Newton stehen – hat der mit seiner Skepsis gegenüber Integrationsbemühungen nicht recht behalten?

Davis: Das ist mir zu einfach. Jede Bewegung hat ihre jeweils historisch bedingten Phasen, und die Militanz der frühen Sechziger ist heute nicht wiederholbar. Ich habe den Eindruck, daß wir heute Zeuge einer ganz anderen, neuen Militanz werden. Die schwarze Bewegung ist sich heute der Tatsache bewußt, daß sie Bündnispartner braucht. Ein Blick auf die Jesse-Jackson-Kampagne und die damit verbundene Regenbogenkoalition zeigt, daß es da Fortschritte gegenüber den Sechzigern und auch den Siebzigern gibt. Andererseits fällt heute das Bewußtsein über die Notwendigkeit von Massenengagement hinter den damals bereits erreichten Stand zurück. Es gab damals z. B. kaum jemand im Süden und in den großen Städten, der nicht mit der Black Panther Party in irgendeiner Art und Weise sympathisierte. Dieses massenhafte Engagement brauchen wir wieder. Aber die Herausforderung des Rassismus ist, das macht es schwerer, mittlerweile komplexer geworden. Sicher gibt es noch viele, zu viele »alte« Probleme: kriminelle Übergriffe der Polizei, die Situation in den Knästen ist heute z. T. schlimmer als während der Knastrevolten in Attica und San Quentin. Aber es hat sich auch etliches verändert: in den Sechzigern mußten wir um das Wahlrecht der Schwarzen kämpfen, in den Achtzigern gibt es schwarze Bürgermeister in großen wichtigen Städten. Wie gehen wir mit deren Politik um? Wie verhalten wir uns z. B. gegenüber einem Bürgermeister wie Wilson Good in Philadelphia, der ein von Schwarzen besetztes Haus von der Polizei bombardieren und angreifen läßt, wie das dort vor zwei Jahren geschehen ist?

Plötzlich müssen Schwarze dafür kämpfen, daß ein schwarzer Bürgermeister von seinem Posten entfernt wird. So eine Situation konnte es vor zwanzig Jahren nicht geben, heute gehört das, wenn auch nicht immer so spektakulär, zu unserem Alltag: es gibt z. B. etliche Schwarze in der Reagan-Administration – und das nicht nur in untergeordneten Positionen. Unser Befreiungskampf hat also Türen aufgestoßen, und einige Wege, die durch sie beschritten werden können, führen in die falsche Richtung. Deswegen denke ich, daß wie uns heute in einer Übergangsperiode befinden, in der wir die Lektionen

der Vergangenheit gründlich lernen müssen, um uns auf den militanten Kampf in der Zukunft einzurichten.

Konkret 04/88, S. 34

Georg Hodel

General Koks

Jahrelang dealte der panamesische General Noriega Waffen und Kokain für die CIA. Jetzt wollen die USA ihren Ex-Freund loswerden. Doch gerade das macht ihn zum starken Mann in Panama

Es war an einem regnerischen Septembertag im Jahre 1985, als die zweimotorige Cessna 441, Kennzeichen »N730US«, gejagt von Helikoptern der US-Zollfahndung, auf der »Interstate 75« unweit des »Hialeah«-Außenquartiers von Miami notlandete. Kaum kam die Maschine auf dem Notstreifen der Autobahn zum Stillstand, da kletterte der Pilot, ein Hauptmann der panamesischen Nationalgarde, wie sich herausstellte, auch schon hastig aus dem Cockpit und schlug sich in die Büsche. Zurück auf der »Interstate 75« blieb der rund eine Million Dollar teure Silbervogel, an dessen Bord die Fahnder 900 Kilo Kokain mit dem sagenhaften Handelswert von 120 Millionen Dollar entdeckten.

Mit der Sicherstellung der Cessna, als deren Eigentümerin die in Miami registrierte Firma »DIASCA« identifiziert werden konnte, begann sich ein Kriminalfall zu entwickeln, der jetzt nach vielen Jahren im Sande verlaufener Untersuchungen eine politisch brisante Wende genommen hat: Nämlich die Aufdeckung der notorischen Drogenschiebergeschäfte des US-Geheimdienstes CIA und des mit ihm über Jahre hinweg verbündeten »starken Mannes« am Panamakanal, General Manuel Antonio Noriega.

Die lukrativen Geschäftsverbindungen zwischen dem General und dem mächtigen Drogenkartell von Medellin in Kolumbien waren für die US-Administration kein Geheimnis. Im Gegenteil: Solange sich diese des geschäftstüchtigen Generals bedienen konnte, spielte es keine Rolle, daß er nebenher Millionen scheffelte.

Daß der »Fall DIASCA« nun zum »Fall Noriega« wurde, ist dem Ableben jenes prominenten US-Geheimdiplomaten zu verdanken, der bis zuletzt seine schützende Hand über Noriega gehalten hatte, um zu verhindern, daß die Welt von den finsteren Machenschaften des Nationalen Sicherheitsrates und der CIA in Zentralamerika erfährt: William Casey, Boß der mächtigen Geheimdienstzentrale der USA und Drahtzieher der sogenannten »Iran/Contra«-Affäre. Auf dessen Empfehlung hatte nämlich Justiz-Minister Edwin Meese sämtliche Untersuchungen, die das von dem ehemaligen Mitarbeiter des US-Sicherheitsrates Oliver North aufgebaute illegale Contra-Versorgungsnetz in Gefahr hätte bringen können, auf's Eis legen lassen.

So auch den »Fall DIASCA«. Dan Moritz, Agent der US-Drogenabwehr (DEA), hatte sich erfolgreich bei DIASCA eingeschlichen und betätigte sich als deren Geldwäscher. Die Gelder kamen aus Panama. Sein Kontaktmann dort: Floyd Carlton. Sowohl Carlton wie auch jener flüchtige Hauptmann der panamesischen Streitkräfte namens Anthony Azpruia, der am 23. September 1985 die mysteriöse Cessna auf der »Interstate 75« abgesetzt hatte, fungierten als Noriegas persönliche Piloten. Carlton war der Boden in Panama heiß geworden. Die Kolumbianer hatten es auf ihn abgesehen, nachdem er 530 Kilogramm Kokain für sich auf die Seite geschafft hatte. In der Hoffnung, sich die kolumbianischen Mafiosi vom Hals zu schaffen, lief er zur US-Botschaft in Panama, um den dortigen DEA-Beamten seine Dienste als Informant anzubieten. Doch die Begegnung verlief nicht so, wie sich Carlton das vorgestellt hatte. Der 38jährige Noriega-Vertraute erzählt: »Die Beamten waren skeptisch. Trotzdem sagten sie mir, ich solle alles erzählen, was ich wisse. Ich berichtete ihnen von Drogen- und Waffendeals, von Geldwäschen, Mordkomplotten. Als ich Noriega erwähnte, wurden sie ärgerlich. Das machte mich nervös«. So nervös, daß Carlton es vorzog, seinen Kontakt mit der US-Botschaft schleunigst wieder abzubrechen.

Irgendwie konnte sich Carlton wieder mit den Kolumbianern arrangieren. Doch im Juli 1987 schnappten ihn die Behörden in Costa Rica. Ein halbes Jahr später wurde er nach Miami ausgeliefert. Im Februar dieses Jahres wurde er schließlich aufgeboten, vor dem von John Kerry geleiteten US-Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten auszusagen. Wenige Tage zuvor hatte das US-Justizministerium seine Klage gegen Manuel Noriega vorgetragen. Carlton, so wurde in Washington bestimmt, dürfe vor dem Kongreßausschuß nur aussagen, wenn dabei über Noriega, nicht aber über andere Offiziere der panamesischen Streitkräfte gesprochen werde. »Wir wollen nicht, daß Unbeteiligte in den Fall gezogen werden«, entschieden die US-Justizbehörden. Damit wollte das Weiße Haus ganz offensichtlich verhindern, daß Carlton, der heute als Kronzeuge im »Fall Noriega« fungiert, über Dinge plaudert, die nach Meinung des Präsidenten und seines durch Korruptionsaffären und den Iran/Contra-Skandal schwer angeschlagenen Justizministers nicht vor den Kongreß gehören.

John Kerry, ein typischer Ostküstenliberaler, hatte im Zusammenhang mit der Iran/Contra-Affäre ohne nennenswerten Erfolg versucht, Licht in die Drogen- und Waffenschiebereien der exilkubanischen Szene in Miami zu bringen, die, wie sich alsbald herausstellte, die ganze Logistik des Contra-Versorgungsnetzwerkes von Oliver North und William Casey in den Händen hielt. Flugzeuge der in Miami niedergelassenen ehemaligen CIA-Luftfahrtsgesellschaft »Southern Air Transport« schafften nicht nur Waffen und Munition an die Front in Nicaragua. Auf dem Rückweg in die USA

transportierten sie tonnenweise Kokain nach New Orleans und Miami, das sie in Costa Rica, El Salvador oder Honduras an Bord genommen hatten. Die heiße Ware, die Kokainbarone von Medellin mit Kleinflugzeugen und Schiffen auf die Contra-Basen in den Nachbarländern Nicaraguas schaffen ließen, wurde entweder auf der Homestead-Luftwaffenbasis (Florida) oder auf dem 30 Autominuten von Miami entfernten Flugplatz von Fort Lauderdale »gelöscht«, während die Millionen aus dem Drogendeal praktischerweise bei den »Off shore«-Banken in Panama gewaschen wurden, da diese sich eines Bankgeheimnisses nach Schweizer Art mit Nummernkonto etc. erfreuen dürfen.

Die Tatsache wurde vom Iran/Contra-Ausschuß des US-Kongresses ebenso geflissentlich übersehen, wie der Umstand, daß Justizminister Meese auf Betreiben von Oliver North die Untersuchungen gegen »Southern Transport« einstellen ließ. Wenigstens vorübergehend. Denn als die Sache nach dem Auffliegen der Iran/Contra-Affäre ruchbar wurde, blieb Meese nichts anderes übrig, als den Fall weiter untersuchen zu lassen. Kerry ließ nicht locker. Auch dann nicht, als zwei seiner wichtigsten Zeugen ums Leben kamen. Nämlich der US-Söldner Steven Carr, der an der Südfront in Costa Rica auf der Seite der Contras mitgekämpft hatte und drei Tage, bevor er in den Zeugenstand treten sollte, an einer Überdosis Kokain starb, während Adler Beriman (»Barry«) Seal, der sich als DEA-Undercover-Agent bei »Southern Air Transport« eingeschlichen hatte, von bezahlten Killern der kolumbianischen Kokainbarone zur Strecke gebracht wurde.

Einer, der den Häschern entging, weil er bereits seit bald drei Jahren im Gefängnis sitzt, schaffte es dennoch, vor dem Kerry-Ausschuß auszusagen: Ramon Milian Rodriguez. Er galt als einer der tüchtigsten Geldwäscher des Medelliner Drogenkartells. Bis ins Detail enthüllte der Panameno die verschlungenen Transaktionen, mit Hilfe derer Oliver Norths Vertrauensleute Millionen aus dem Drogenhandel schöpften, um das Betriebskapital der Contra-Bosse aufzumöbeln und um Politiker, Journalisten und Militärs in Honduras, El Salvador und Costa Rica zu bestechen. Noriega erwähnte er nur in einem Nebensatz.

Die Reagan-Administration, die die Arbeit des Kerry-Ausschusses argwöhnisch verfolgte, unternahm alles, um dessen Untersuchungen in die ihr genehme Richtung zu lenken. Sie glaubte in der Person des ehemaligen Sicherheitsberaters von Noriega, Jose Blandon, dem Kerry-Ausschuß einen besonders interessanten Zeugen anbieten zu können. Blandon sagte sich Ende vergangenen Jahres heimlich von Noriega los. In Washington erklärte er sich bereit, alles Wissenswerte über die Machenschaften seines ehemaligen Dienstherrn zu erzählen – unter der Bedingung, daß er und seine Familie unter Polizeischutz gestellt würden. Die Administration frohlockte. Blandon zählte folgsam die Schandtaten seines ehemaligen Vorgesetzten auf: So zum Beispiel, wie Noriega die Wahlen im Jahre 1984 manipulierte, dessen Beteiligung am Mordkomplott gegen den Oppositionspolitiker Hugo Spadafora, die Waffen- und Drogendeals etc. Doch dabei ließ er es nicht bleiben. Den entsetzten Senatoren legte er auch dar, wie Elliot Abrams, Unterstaatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, zusammen mit Oliver North und ClA-Abteilungsleiter Duane Clarridge sich über Jahre hinweg des unliebsamen Generals bedient haben, um gegen das sandinistische Nicaragua zu konspirieren. Nach Darstellung von Blandon soll Noriega in Tateinheit mit dem US-Sicherheitsrat und der CIA und mit Wissen Abrams Mordkomplotte gegen sandinistische Führungspersönlichkeiten, Überfallaktionen auf nicaraguanische Frachtschiffe, Waffenbeschaffungsoperationen und Kokain-Deals arrangiert haben, um Reagans antisandinistische »Freiheitskämpfer« zum Sieg zu führen. Zum Bruch zwischen Noriega und seinen nordamerikanischen Partnern sei es 1985 gekommen, als diese einen Invasionsplan gegen Nicaragua präsentierten, an dem die am Kanal stationierten US-Streitkräfte des »Southern Command« beteiligt werden sollten. Dafür, so Blandon, wollte sich Noriega nicht hergeben.

Der »Plan Blandon«, wie die Montage des ehemaligen Noriega-Beraters als Zeuge für den Außenpolitischen Ausschuß des Senats bei Insidern genannt wurde, war ein Flop. Dies hielt jedoch den von blindem Eifer getriebenen Ränkeschmied Abrams nicht davon ab, gleich den nächsten zu produzieren. Diesmal versuchte er es mit einem Deal: Wenn sich Noriega freiwillig von der Macht zurückziehe, würden die Vereinigten Staaten von Amerika die Untersuchungen gegen den umstrittenen Militärchef fallen lassen, beschied er in Miami den heimlich hergereisten Präsidenten der Kanalrepublik, Eric Delvalle. Der Vorsitzende des Drogenausschusses des US-Repräsentantenhauses, Charles Rangel, war konsterniert. »Unglaublich, was sich da Abrams in den Kopf gesetzt hat«, klagte er, »ich verstehe nicht, wie man versuchen kann, derart in ein laufendes Justizverfahren einzugreifen«. Noriega hielt das Angebot von Abrams für mehr als einen schlechten Witz und verlangte zornig den Abzug der in der Kanalzone stationierten US-Truppen. Die Reagan-Administration und deren Proconsul in Panama, Botschafter Arthur Davis, hatten Delvalle schon seit dessen Amtsantritt gedrängt, Noriega in den Ruhestand zu schicken. Dieses Ansinnen hatte aber Delvalle stets zurückgewiesen. »Entlasse ich Noriega, entläßt er mich«, lautete seine realistische Einschätzung. Doch irgendwann Anfang Januar schien sich Delvalle die Sache noch einmal zu überlegen. Richard Armitage, Counterinsurgencyspezialist und PentagonVertreter im Nationalen Sicherheitsrat der USA war vor wenigen Wochen aus Panama zurückgekehrt, um das Terrain für den Sturz von Noriega zu checken. Sein Bericht erweckte den Eindruck, daß Noriega nicht mehr mit der 100prozentigen Loyalität seiner Militärs rechnen könne, und verbreitete das Gerücht, daß Noriegas Amtsvorgänger und Rivale, General Ruben Dario Paredes, die Militärs gegen ihn aufgehetzt habe. Und so machte sich ein unsicher gewordener Delvalle auf nach New York, um mit Jose Blandon, damals noch Leiter der dortigen diplomatischen Niederlassung seines Landes, die Möglichkeiten einer Absetzung Noriegas zu diskutieren.

Bei einem Geheimtreffen im Hause des ehemaligen Botschafters von Panama, Gabriel Lewis Galindo, in Miami erklärte Blandon vor versammelter Creme des Noriega-feindlichen Establishments: »Delvalle wird Noriega am 12. August in den Ruhestand schicken. Dann sind's nämlich genau fünf Jahre her, seit Noriega das Oberkommando über die Streitkräfte übernommen hat.« Noriega käme dann zu einem ehrenvollen Abgang, soll Delvalle gemeint haben. Doch der von den USA zum Oppositionsführer hochgepäppelte, aber farblose Chef der Christdemokratischen Partei, Ricardo Arias Calderon, legte sich quer. Noriega dürfe nicht so viel Zeit gelassen werden, um seine Machtbasis auszuweiten. Und so wurde die Sache noch einmal vertagt.

Noriega, der inzwischen Wind von der geheimen Absprache in Miami bekommen hatte, zwang Devalle, den abtrünnigen Blandon zu feuern. Was ihn immer auch bewogen haben mag: Mitte Februar reiste Devalle erneut in die USA. In Miami vereinbarte er mit Lewis Galindo, nach Washington zu reisen, um die Delegierten der »Organisation der Amerikanischen Staaten« (OAS) für eine Notsitzung zusammenzutrommeln. Dort würde er dann offiziell die Absetzung Noriegas verkünden. Doch diesmal steckte das US-Außenministerium zurück. Es mache sich schlecht, einen »Putsch« von Washington aus zu inszenieren. Schließlich kam die Sache, wie sie kommen mußte: Devalle, gestützt auf windige Geheimdienstinformationen und fragwürdige Versprechungen aus Washington, wagte die offene Konfrontation mit Noriega.

»General Manuel Antonio Noriega ist von seinem Amt abgelöst«, ließ Devalle am Abend des 25. Februar über Radio und Fernsehen verkünden, »seine Nachfolge wird der gegenwärtige Generalstabschef, Oberst Marcos Justines Fernandez, übernehmen«. Die Anhänger der rechtsbürgerlichen Sammelbewegung »Cruzada Civilista« stürmten auf die Straße, um die Absetzung des verhaßten Generals zu feiern. Doch der Jubel war von kurzer Dauer. Kaum hatten sie ihre Spruchbänder entrollt, da tauchten auch schon Soldaten auf und prügelten die Demonstranten auseinander. Die Antwort der Militärs war unmißverständlich: Nicht Noriega, sondern Devalle müsse gehen.

Auch der von Devalle designierte Nachfolger des Generals, Justines, schwor Noriega die Treue. Er habe keinen Moment lang daran gedacht, das Angebot anzunehmen. Noch in derselben Nacht entschied das 67 Abgeordnete umfassende Parlament mit 38 Stimmen, den Präsidenten und seinen Stellvertreter, Roderick Esquivel, abzulösen. Anstelle von Devalle bestimmte es den Noriega-treuen Erziehungsminister Manuel Solis Palma zum neuen Regierungschef. Mit dem 71jährigen Palma (er selbst gibt allerdings an, erst 66 zu sein), Gründer der weit rechts stehenden Splittergruppe »Partido Morilenista«, bekommen die Panamenos bereits den fünften Präsidenten innerhalb der letzten vier Jahre vorgesetzt.

Jetzt hat Panama mit einem Schlag gleich zwei Präsidenten. Beide sind nach einer fragwürdigen Prozedur ins Amt gelangt, fühlen sich nun aber gleichwohl als rechtmäßige Amtsinhaber. Nun herrscht hier die gespannte Erwartung, ob die USA, welche seit der Gründung der Kanalrepublik im Jahre 1903 über 20mal militärisch eingegriffen haben, in Ronald Reagans letztem Präsidentschaftsjahr neuerlich intervenieren. Oder gelingt es ihnen, die Militärs gegen den General aufzuhetzen oder gar Noriega mit etwas Geld und guten Worten den Ruhestand schmackhaft zu machen? Die Zeit drängt. Denn im nächsten Jahr soll in Panama wieder gewählt werden. Und wenn einer der Favoriten Washingtons die Stimmenauszählung gewinnen soll, muß die Administration bis dahin einen verläßlichen Freund an die Spitze von Panamas Armee gesetzt haben.

Noriega weiß, daß die pro-amerikanische Bürgeropposition dem einfachen Volk suspekt ist. Deshalb appelliert er immer wieder an die nationalistischen Gefühle seiner Landsleute. Auch wenn ihn das Volk nicht gerade liebt, so zweifelt es kaum an seiner Behauptung, die USA wollten die Hoheit über den Kanal wieder zurückerlangen. Aber an den Kanalverträgen, so die Stimmung bei der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit, darf nicht gerüttelt werden. Und so dreht sich alles um den Kanal und die 10 Kilometer breite Kanalzone, in der sich derzeit 50.000 US-Bürger tummeln. Mehr als die Hälfte davon, nämlich 32.000, tun beim »US Southern Command« ihren Dienst. Die gewaltige Kriegmaschinerie, die hier die Nordamerikaner aufgebaut haben, wirkt in Zeiten der allgemeinen Friedenssuche in Zentralamerika besonders provokativ. Ungewollt triR der von der Bürgeropposition gegen Noriegas »Guardia« geschürte Haß auch die hier stationierten US-Soldaten, die seit der Machtprobe zwischen den USA/Devalle und Noriega in Alarmbereitschaft stehen.

Mit dem 31. Dezember 1999 soll Panama gemäß den sogenannten Carter-Torrijos-Verträgen die volle Souveränität über die Wasserstraße erhalten. Bis dahin soll diese Institution von den USA und Panama gemeinsam betrieben werden, deren Regierungen sich im offenen Konfliktzustand befinden, seit im März 1986 der ultrarechte US-Senator Jesse Helms mit dem deklarierten Ziel nach Panama gereist war, das historische Vertragswerk erneut zur Diskussion zu stellen. Wahlkämpfer Ronald Reagan hatte bereits zuvor erklärt: »Der Kanal gehört uns, wir kauften ihn, wir haben dafür bezahlt.«

In der tristen Geschichte des durch die Kanalzone zweigeteilten Staates haben verschiedene Regierungen versucht, die Allmacht der USA zu beschneiden. Die US-Administration antwortete jeweils mit unbedeutenden finanziellen Zugeständnissen oder mit militärischen Interventionen. Aber erst dem populistischen Reformgeneral Omar Torrijos gelang es, die nationalistischen Bestrebungen seiner Landsleute nutzend, der Carter-Regierung eine Vertragsregelung abzuringen, die die Teilung Panamas – wenigstens auf dem Papier – aufhebt. Wollen die USA beispielsweise Truppen verlegen, müssen sie jetzt bei der Regierung Panamas um eine Bewilligung nachsuchen. Als 1985 Emissäre aus Washington zwecks einer

militärischen Invasion Nicaraguas ein solches Gesuch stellten, entschied Panamas Regierung im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der Contadora-Gruppe, das Ansuchen abzulehnen. Nun entdeckte man in Washington plötzlich, daß der zeitweilige Geschäftspartner Noriega kein ganz feiner Mensch sei – und weckte damit den im General schlummernden Anti-Imperialisten.

Mit dem Sozialreformer und Nationalisten Torrijos, der 1981 durch einen, wie die Panamenos glauben, vom US-Geheimdienst CIA arrangierten Flugzeugunfall ums Leben kam, hat Noriega, der wie sein Amtsvorgänger aus proletarischen Verhältnissen entstammt, indes nur das Letztere gemein. Als Torrijos gegen das faschistoide Regime von Arnulfo Arias putschte, kam ihm Noriega, der damals die Truppen der Chririqui-Provinz kommandierte, zu Hilfe. Torrijos dankte es ihm mit dem Posten des Geheimdienstchefs. In den 13 Jahren, in der Noriega diese Position bekleidete, wurde er zu einem der einflußreichsten Männer Panamas. Und zugleich zu einem der berüchtigtsten: Der ehemalige Ausbilder bei der »School of the Americas« des »US Southern Command« – besser bekannt als »Schule der Diktatoren« – war nicht gerade zimperlich im Umgang mit seinen politischen Widersachern. Die Linke bezichtigt ihn der Ermordung des revolutionären Studentenführers Floyd Britton im Jahre 1969 und zwei Jahre später des kolumbianischen Befreiungstheologen Hector Gallegos. Die Bourgeoisie wirft ihm die Massakrierung von Hugo Spadafora vor, der zwar einst auf Seiten der marxistischen Guerilla in Guinea-Bissau und später mit den Sandinisten gegen den Diktator Somoza kämpfte, der aber seinem damaligen Weggefährten Eden Pastora auch dann die Stange hielt, als dieser die Seite wechselte und den bewaffneten Kampf gegen Managua aufnahm. Noriega verstand es, die Dinge stets zu seinem politischen Vorteil zu richten. Als Torrijos mit Fidel Castro in freundschaftliche Beziehungen trat und die Sandinisten tatkräftig in ihrem Befreiungskampf unterstützte, versorgte Noriega den US-Geheimdienst CIA mit allerlei nützlichen Informationen über die Gegner Washingtons. In dieser Zeit schob ihm der US-Geheimdienst jährlich 200.000 Dollar zu. Dies entspricht ziemlich genau dem Jahresgehalt eines US-Präsidenten. Auch im Kampf um die Nachfolge Torrijos half die CIA etwas nach. Dank propagandistischer Unterstützung aus Washington gelang es Noriega, seinen Rivalen, General Ruben Dario Paredes, auszustechen. Als Noriega in Washington in Ungnade fiel, waren es Kuba und das sandinistische Nicaragua, welche vom Wissen des langjährigen Lohnempfängers der CIA profitieren durften.

Das jetzt von der US-Administration gegen ihn angestrengte diplomatische Kesseltreiben mag Noriega ebensowenig schrecken wie der mit US-Rat und -Tat im vergangenen Sommer ins Leben gerufene zivile Bürgerkreuzzug. Nicht nur hat der politische Überlebenskünstler, für dessen Entmachtung die Reagan-Administration angeblich bereits 300 Millionen Dollar verpulvert hat, seine neuen Allianzen mit den Sowjets, Fidel Castro und den Sandinisten gefestigt. Die vom Weißen Haus verhängten Wirtschaftssanktionen, welche unter anderem auch die Verweigerung der Kanalgebühren einschließt, hat den Unmut der Bevölkerung gegen die USA nur noch angefacht und die Linke, allen voran den nationalen Gewerkschaftsdachverband CONATA, in die Arme des umstrittenen Generals getrieben. Sogar Devalles »Partido Republicano« ist mit fliegenden Fahnen zu Noriega übergelaufen.

Konkret 04/88, S. 38

Georg Fülberth

Das Ende als Chance

Von Erfolg zu Erfolg schreiten die kommunistischen Parteien des Westens der Bedeutungslosigkeit entgegen. Woran das liegt und was da zu tun sei, versucht der Marburger Politikwissenschaftler und KONKRET-Autor Georg Fülberth in seinem Beitrag zu klären, der zuerst in Heft 12/87 der »Marxistischen Blätter« unter dem Titel »Das scheinbare Ende als Chance zur notwendigen Transformation« erschien. Er ist Mitglied der DKP

Nimmt man – was erlaubt ist – Wahlergebnisse als ungefähren Indikator für Masseneinfluß, so tendiert dieser für alle kommunistischen Parteien in den am höchsten entwickelten imperialistischen Ländern gegen Null oder ist schon längst dort angekommen.

In den USA hatten sie nie eine parlamentarische Bedeutung. Kommunistische Abgeordnete verschwanden in den fünfziger Jahren aus dem britischen Unterhaus und aus dem Deutschen Bundestag. Anderswo hielten sie sich länger. Doch 1985 und 1986 verloren die kommunistischen Partien ihre Mandate auch in Belgien und in den Niederlanden – nach sechzig Jahren. In Norwegen ist 1973 mal wieder ein Kommunist im Storting aufgetaucht, für kurze Zeit und als Abgeordneter eines Wahlbündnisses, das aus dem Kampf gegen den Eintritt dieses Landes in die EG hervorging, aber heute nicht mehr besteht. Etwa zur gleichen Zeit kam die dänische KP noch einmal ins Parlament und war die zweitstärkste Partei in Kopenhagen. Auch das ist inzwischen lange vorbei.

Mehr Aufsehen erregen die Zusammenbrüche der Großen. Die FKP, welche einst ein Viertel der Wähler hinter sich hatte, ist bei neun Prozent angekommen, mit offensichtlich weiter fallender Tendenz. Völlig parallel entwickelt sich der Schwund in Luxemburg, wo die Kommunisten lange Zeit eine ähnlich starke Oppositionsstellung hatten wie in Frankreich. Ein Rohrkrepierer wurde die spanische kommunistische Partei, deren Splitter sich kaum noch in einem Wahlbündnis zusammenfinden. In Finnland: einst eine starke KP mit fünfundzwanzig Prozent der Stimmen für das Wahlbündnis, in dem sie mitwirkte – jetzt gespalten und mit ständigen Stimmenverlusten.

Die Italienische Kommunistische Partei hat auf ihrem Parteitag 1986 klargemacht, daß sie sich als »linkssozialistische« Organisation versteht, welche sich zur »westeuropäischen Linken« – sprich: Sozialdemokratie – zählt. Nicht der Proklamation, aber den Fakten nach gilt dies wohl auch für die »Linkspartei – Kommunisten« in Schweden. Solche Umorientierungen gab es früher schon: Nach der gescheiterten Konterrevolution in Ungarn 1956 wollte die damalige Kommunistische Partei Dänemarks unter ihrem Führer Aksel Larsen nur noch Sozialistische Volkspartei heißen. Ähnliches geschah in den siebziger Jahren in Island. Versuche, in Schweden und in Großbritannien neue Organisationen zu gründen, die den Reformismus und die Kritik an der UdSSR, welche sich inzwischen in den älteren Organisationen dieser Länder durchsetzten, nicht teilten, führten nicht zu Spaltungen, sondern zur Absplitterung sehr kleiner Gruppen. Entlang der Stellung zur UdSSR verläuft eine deutliche Scheidelinie zwischen den verschiedensten kommunistischen Parteien der einzelnen Länder.

Von Einheitlichkeit kann hier weit weniger die Rede sein als etwa in der Sozialistischen Internationale der Sozialdemokraten oder auch in den Zusammenschlüssen der Konservativen und der Liberalen.

Vorläufiger Abschied von der Massenpartei?

Gehen diese Entwicklungen so weiter, dann ist absehbar, daß irgendwann die letzte kommunistische Partei in den dominierenden Ländern des Kapitals entweder verschwunden ist, nur noch als eine Art historisches Objekt erhalten bleibt oder – und das wäre allerdings das gerade Gegenteil zu solchen Absterbeprozessen – die Organisationen eine völlig neue Gestalt annehmen.

Meine These lautet, daß sie solche Transformationen in ihrer Geschichte mehrmals durchlaufen haben, wobei in der überblickbaren Zukunft nicht die kommunistische Massenpartei eine Perspektive haben wird, sondern allenfalls die kleine, theoretisch qualifizierte marxistische Organisation mit für längere Zeit eher außerparlamentarischen praktischen Ansatzpunkten, zumindest was die zentrale Ebene angeht.

Zur Verifizierung dieser Behauptung gehört allerdings auch eine Analyse der gegenwärtigen Zerfallsprozesse, deren Ursachen meist nur an der Oberfläche gesucht werden.

Falsche Ursachen-Erklärungen

Höchst gängig sind die Klagen frustrierter DKP-Dissidenten über Bunkerdenken ihrer Führung, über Unfähigkeit, gesellschaftliche Realität wahrzunehmen, Abwesenheit innerorganisatorischer Demokratie und Abhängigkeit von den sozialistischen Ländern. Ich halte von dieser Art Kritik nichts. Es wird immer wieder Situationen geben, in denen

Kommunisten dümmer, schwächer, häßlicher, uneffektiver, in Einzelpunkten sogar unmoralischer dastehen, als ihre dann halt klügeren, stärkeren, schöneren, moralischeren und wirksameren Gegner und Konkurrenten. Dauert das lange, dann wird man zur Sekte. Das ist schlimm, aber nur dann falsch, wenn es eine Alternative gibt. Nicht das Wahre, Schöne, Gute kann Kriterium für die Beurteilung einer kommunistischen Partei sein, sondern: ob es ihr gelingt, aus einer gegebenen, vorerst nicht veränderbaren Situation für rational nach wie vor begründete Positionen das herauszuholen, was ohne Verzicht auf diese Prinzipien erreichbar ist.

Selbst dort, wo die dissidentischen Kritiker recht haben, benennen sie doch nur Wirkungen, deren Ursachen mit dieser Art der Erklärung unerhellt bleiben. Distanz zu den sozialistischen Ländern und fröhliche innerparteiliche Diskussion zum Beispiel schützen keineswegs vor Minimalisierung. Beispiele: die kommunistischen Parteien in Großbritannien, der Schweiz und in den Niederlanden.

Gegenbeispiele: Portugal, Griechenland und Zypern, wo die enge Bindung an die UdSSR den Kommunisten überhaupt nicht genierlich ist. Sie stützen sich – so weit von hier aus überhaupt zu beurteilen – auf Arbeiterkategorien, die allerdings auf längere Sicht in ihrem Bestand zumindest dann bedroht sein können, wenn die Auswirkungen der EG hineinhauen, also in Griechenland und Portugal. In Portugal hat die Kommunistische Partei ihre stärksten Positionen nach wie vor unter den Landarbeitern des Alentejo, im Schiffbau, der Zementindustrie, in der – vergleichsweise kleinen – nationalisierten Stahlproduktion und ähnlichen Branchen, die allesamt in ihrer Existenz gefährdet sind. Vielleicht erklären sich dadurch schon Stimmenrückgange der letzten Zeit. Der Versuch der Partei, sich nicht in überkommenen Milieus festzukrallen und statt dessen im Norden des Landes sowie unter den Beschäftigten des tertiären Sektors Fuß zu fassen, kommt vielleicht gerade noch rechtzeitig: bevor das bisherige Terrain endgültig verloren ist. Hierin mag sie sich von der Mehrzahl ihrer Bruderparteien unterscheiden.

Doch zum Glück kommt niemand mehr – anders als in den siebziger Jahren – auf die Idee, sich an anderer Leute Stoff zu besaufen. Denn erstens: Die vergleichsweise stärksten kommunistischen Parteien der kapitalistischen Welt arbeiten heute in Ländern, die ihrerseits schon wieder zur ökonomischen Peripherie Westeuropas gehören und deren Bedingungen nicht auf die Zentren übertragen werden können (eher, was die Zerstörung von Arbeiterbewegung angeht, umgekehrt). Zweitens: Wichtiger als die Untersuchung nationaler Taktiken und die Frage nach Fortbestand oder Auflösung traditioneller Arbeitermilieus ist die Frage nach dem Gesamtzustand des kapitalistischen Systems, Land für Land und international. Und dieser ist fürs erste trotz allem eher stabil.

Voraussetzungen kommunistischer Massenparteien

Kommunistische Parteien, und damit haben wir endlich den Kern der Sache erreicht, sind grundsätzlich nur in zwei Situationen als Massenorganisationen denkbar:

Erstens in unmittelbar vorrevolutionären, in revolutionären und in akut nachrevolutionären Situationen, kurz: immer in direktem zeitgeschichtlichem Bezug zu einer Revolution. Beispiel: Deutschland 1918-1933.

Zweitens in Gesellschaften, deren prokapitalistische oder sozialdemokratische Parteien Reformlücken offenlassen, welche von den kommunistischen Parteien zur Ausweitung ihres Masseneinflusses genutzt werden können. (Als Sonderfall mag in vielen Fallen sogar der antifaschistische Widerstand gelten.) Das bekommt den Kommunisten allerdings auf Dauer nicht gut: Ihre Reformfunktion wird entweder von anderen Organisationen übernommen, und/oder sie werden selbst zu reformistischen Parteien. Beispiele: Frankreich und Italien von 1943-1987. Dieser subjektiv meist ehrlich erschuftete, objektiv aber nur geliehene, insofern also unechte (da nicht auf die Substanz kommunistischer Zielvorstellungen zurückführbare) Masseneinfluß der zweiten Art kann sich zuweilen auch nur auf Teilgebiete erstrecken: in den USA wahrend der dreißiger Jahre z. B. auf die Gewerkschaften; in der BRD, so behaupten manche, Anfang der siebziger Jahre vielleicht auf die Studenten- und Intellektuellenbewegung.

Außerhalb solcher Perioden können kommunistische Parteien niemals Massenorganisationen sein, sondern nur aktive Zirkel. Sie haben, so heißt es in einem sehr alten Text, »theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus«. Richtig, das war das Kommunistische Manifest.

Jeder einzelne Terminus dieses Zitats bedarf der Erläuterung, denn es muß geprüft werden, was das jetzt ist: Bedingungen, Gang, Resultate, Proletariat.

Reden wir von den »Bedingungen«, so sind zu ihrer Charakterisierung gegenwärtig zwei weitere Begriffe notwendig: Imperialismus und eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Sozialismus und Massenbedürfnissen.

Imperialismus und Arbeiterbewegung

Schon vor dem Ende des vorigen Jahrhunderts gelang es dem Kapitalismus in den am höchsten entwickelten Ländern, einen Teil seiner inneren Widersprüche ins Außenverhältnis zu verlagern. Dies schwächte den Klassenkampf im Innern ab. Zuerst beobachtete Friedrich Engels das 1885: »Die Wahrheit ist diese: Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols. Diese Vorteile wurden sehr ungleich unter sie verteilt; die privilegierte Minderheit sackte den größten Teil ein, aber selbst die große Masse hatte wenigstens dann und wann vorübergehend ihr Teil. Und dann ist das der Grund, warum seit dem Aussterben des Owenismus es in England keinen Sozialismus gegeben hat.«

Wer will bezweifeln, daß das, was Engels 1885 für Großbritannien feststellte, heute u. a. auch für die USA, Skandinavien und die Bundesrepublik gilt?

Marxismus und System der Bedürfnisse

Es kam aber noch toller. Denn das Weitere hatten weder Engels noch Lenin vorhersehen können: die Notwendigkeit einer Ablösung des Marxismus von einem traditionellen System der Bedürfnisse in den imperialistischen Ländern. »Traditionell« nenne ich dieses Bedürfnis-System, weil es seinen Ursprung in der industriellen Revolution und in der Entstehungsperiode des Proletariats hatte und in seiner Evidenz weitgehend auf diese Periode beschränkt ist.

Nehmen vir Deutschland als Beispiel: Von der industriellen Revolution bis zur Zeit des Faschismus waren für klassenbewußte Arbeiter – egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten – die Beseitigung des Hungers und die Lösung der Wohnungsfrage letztlich nur im Sozialismus denkbar, nicht aber im Kapitalismus. Für den Gesamtbereich der kapitalistischen Welt gilt dies auch heute noch – nicht aber für ihre hochentwickelten imperialistischen Zentren. Dort ist die Ernährungs- und die Wohnungsfrage zumindest vorläufig in einer Weise reguliert, die früher nur im Sozialismus möglich schien. Ähnliches gilt für diese Regionen in der Frauenfrage: Sie ist keineswegs gelöst, aber Teilemanzipations-Formen, die etwa in den USA und in der Bundesrepublik erreicht wurden, erschienen den Sozialistinnen früher wahrscheinlich innerhalb der Grenzen des Kapitalismus nicht möglich.

Die Verknüpfung zwischen Kapitalismus und Kriegsgefahr allerdings blieb erhalten, dieses Risiko hat sogar eine neue Qualität erhalten. Die Umweltzerstörung betrifft zwar auch den Sozialismus und die Entwicklungsländer – teilweise sogar wohl stärker als die hochentwickelten imperialistischen Zentren – , aber sie gehört in einen Ursachenzusammenhang, in dem der Kapitalismus als Ausgangspunkt dieser Schadens-Spirale gelten muß. Hunger und Elend in jeder Form herrschen in den kapitalistischen Entwicklungsländern: Dies gehört zum Preis für die Herrschaft des Kapitalismus in den Zentren. Für die Analyse dieser Tatsachen ist nach wie vor der Marxismus das geeignete Instrument, aber er ist hierzulande nicht mehr mit dem Bedürfnis-System, das ihm bis 1933 in Deutschland eine Massenbasis sicherte, zu verbinden.

Die Regulierung zwischen den beiden Hauptklassen, durch welche die Arbeiterklasse einen Abschlag auf ihre Forderungen erhielt und erhält, schuf sich ihre Institutionen, in denen Bourgeoisie und Proletariat kämpferisch gegeneinander antreten: Parlamente, Tarifverträge, Kommunalverwaltungen, Sozialversicherung, Arbeitsrecht, kurz: Ein Geflecht politischer Strukturen, in dem das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital zur Geltung kommt, wirkt auf die Ökonomie ein und scheint sie gar zu durchdringen. Nicht mehr die offene Schlacht wurde charakteristisch, sondern die Verschränkung, in der die Unterklasse tatsächlich Verbesserungen ihrer Lebenslage – wenngleich nicht Aufhebung ihrer Unterordnung – erreichte.

An diesem Vergesellschaftungsprozeß haben sogar kommunistische Parteien zeitweise mitgewirkt. Um seine Reformpolitik durchzusetzen, brauchte Roosevelt Gewerkschaften, die leninistische Partei der USA half ihm dabei. Als er dann noch, um die Freiheit des Handels gegen Japan und Hitler-Deutschland zu sichern, den Faschismus bekämpfte, hielt der Generalsekretär Earl Browder den Zeitpunkt für gekommen, die Partei aufzulösen – was sich wenige Jahre später als Irrtum erwies.

Die Formen kapitalistischer Vergesellschaftung, in denen eine Regulierung von Bedürfnissen der Arbeiterklasse erfolgt, können sehr verschiedenartig sein. Hier in Europa ist sie häufig in staatlichen und Selbstverwaltungsformen realisiert. In den USA läuft sie in weit höherem Maße über den Markt: Für das Herrenvolk vollbringt er jene Regulierungsleistung, für welche anderswo schon Demokratischer Sozialismus gebraucht wird.

In keinem Fall ist kapitalistische Vergesellschaftung aber Produkt der Kapitalistenklasse allein – ihre konkreten Formen werden dieser vielmehr immer wieder durch die Organisationen der Arbeiterbewegung aufgezwungen, führen zu neuen Widersprüchen, in denen die Bourgeoisie sich keineswegs souverän, bewegt, sondern unter dem Druck ihrer Gegenklasse steht.

Der Weg zu einer neuen Gesellschaftsform – Sozialismus – würde aber nur dann auf diese Weise geöffnet werden können, wenn die konkrete Form der Vergesellschaftung zugleich das kapitalistische Gesellschaftssystem nachhaltig destabilisieren würde. Deshalb warnen die Ideologen der Bourgeoisie lange vor dem möglichen Eintreten einer realen Gefahr vor dem »Chaos« (so etwa in der Bundesrepublik zwischen 1969 und 1974: Terrorismus + Radikale im öffentlichen Dienst +

Leistungsverfall im Bildungswesen + Inflation). Der Gegenschlag hebt die jeweils erreichte kapitalistische Vergesellschaftung niemals wieder völlig auf, reduzierte sie bislang aber immer so weit, daß sie den Kapitalismus nicht erschütterte, sondern stabilisierte.

Bekanntlich fehlte der Imperialismus in Marx' und Engels' Kapitalismus-Analyse noch weitgehend. Die Bearbeitung dieses neuen Phänomens der kapitalistischen Entwicklung ging bei Lenin einher mit der Schaffung eines neuen Parteitypus. Was aber wiederum bei ihm noch fehlen mußte, war die Wahrnehmung jener Formen kapitalistischer Vergesellschaftung, die sich in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern nach 1945 durchsetzten. Sein Konzept des Staatsmonopolistischen Kapitalismus enthielt nicht die Variante der kapitalistischen Vergesellschaftung nicht nur von oben, sondern – massenhaft – auch von unten. Das mußte Konsequenzen für die Parteiform haben.

Ein weiteres Faktum ist zu berücksichtigen: der Struktur-Umbruch in der Arbeiterklasse selbst: das Abschmelzen ihres traditionellen Kerns, die Einbeziehung großer Teile der Intelligenz in die ganz normale Lohnabhängigkeit einerseits, andererseits die Übernahme ihrer Lebensweise durch die Mehrheit der Klasse.

Es gibt keine kommunistische Partei der überkommenen Art, welche dieser neuen Komposition der Arbeiterklasse bisher gerecht würde. Wo diese mittlerweile schon alten Tatsachen nicht in eigene Reflexion und praktische Politik umgesetzt werden, wäre der Terminus »Partei der Arbeiterklasse« eine Lebenslüge.

Formwandel kommunistischer Parteien in der Vergangenheit

Nun ist aber der Formationswechsel – vom Kapitalismus zum Sozialismus – ein so fundamentaler Vorgang, daß man ihn nicht mit je einer einzigen historischen Form kommunistischer Parteien für allemal verbinden kann.

Schon Marx und Engels mußten das lernen. Ihr »Bund der Kommunisten« – am Vorabend der Revolution von 1848 gegründet – zerstob sehr bald in alle Winde. In die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« von Bebel und Wilhelm Liebknecht (1869) investierten sie – zwei Jahrzehnte später! – Hoffnungen, daß irgendwann daraus einmal eine kommunistische Organisation werden könne. Marx war schon acht Jahre tot, als das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie (1891) diese Erwartung zu rechtfertigen schien. Doch wieder Pustekuchen: Am Vorabend des ersten Weltkriegs waren die konsequenten Marxisten nur eine Art Sekte innerhalb der Partei.

Die Bolschewiki formierten sich eineinhalb Jahre vor der bürgerlichen russischen Revolution von 1905. Im Februar 1917 hatten sie erst 30.000 Mitglieder, ein Dreivierteljahr später waren es zehnmal mehr.

In Deutschland aber war der wachsende Masseneinfluß der KPD nicht nur ein Reflex auf die russische Revolution – die Neugründungen in anderen Ländern förderten nur Zwergorganisationen zutage – , sondern ergab sich auch aus der Tatsache, daß der »Griff nach der Weltmacht« mißlungen, das Reich auf einer unteren Sprosse der imperialistischen Hühnerleiter angelangt und die Hoffnung auf eine Mitbeteiligung der Arbeiterklasse an den Gewinnen der Bourgeoisie für die Katz war. Der Parteityp, der daraus resultierte, hätte heute allenfalls folkloristische Bedeutung, sein Revival würde lediglich zur Aufstellung einer Trachtengruppe führen.

Spätestens mit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1935) war klar, daß die Existenzbedingungen der kommunistischen Parteien sich geändert hatten. Ihr revolutionärer Anspruch leitete sich mehr als je zuvor aus dem internationalen System und der Stellung der Sowjetunion dort ab.

Die klassische Massenpartei mit unmittelbarer Umwälzungschance auf allein nationaler Grundlage war passé – falls es sie jemals gab. Denn selbst der Sieg der Bolschewiki resultierte mit aus der Zerrüttung des internationalen Systems im Weltkrieg. Die IKP und die FKP ab 1943 sind kein Gegenargument: Sie waren antifaschistische Reformorganisationen. Fortan haben alle Revolutionen ihre internationale Voraussetzung, zu der die Stellung der UdSSR gehört: Osteuropa, die Tschechoslowakei, halb Deutschland, China, Kuba, Vietnam. Wer es anders will, ist weniger klug als weiland Willy Brandt, der von »Weltinnenpolitik« nicht nur sprach, sondern sie zum Beispiel in Portugal auch praktizierte und dessen Combo wir vielleicht auch in Südafrika noch werden beobachten dürfen. Der dortige Kerenski Soares heißt Tutu. Das ist eben kapitalistische Vergesellschaftung auch im Bereich der internationalen Politik. Und Revolution wird auf der gleichen Voraussetzung beruhen.

Selbst die Westzonen nach 1945 sind noch ein Beispiel dafür: Die zeitweilige Massenbasis der KPD bis 1947 (Mitgliederstand damals: vielleicht 300.000) war ohne die Anti-Hitler-Koalition und die damit verbundenen Perspektiven einer neuen nationalen Entwicklung nicht denkbar. Deren Zerfall verband sich mit einer der ersten Großaktionen internationaler kapitalistischer Vergesellschaftung: der Einbindung eines neuen Weststaates als eines nachträglichen Siegers in die imperialistische Gemeinschaft. Die KPD (und dann auch die DKP) agierten nun unter Bedingungen, welche sich vom politischen System der Weimarer Zeit völlig unterschieden.

Dies kann wohl mit einer historischen Analogie erklärt werden. In seiner Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« stellte Marx 1852 fest, es gebe zwei einander entgegengesetzte Formen der Republik: entweder als »politische

Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft« oder als deren »konservative Lebensform«. In Frankreich ab 1848 sah er die »politische Umwälzungsform«, ähnlich könnten wir wohl das politische System von Weimar definieren. Die Vereinigten Staaten waren für Marx Republik als konservative Lebensform, weil da »zwar schon Klassen bestehen, aber sich noch nicht fixiert haben, sondern in beständigem Flusse fortwährend ihre Bestandteile wechseln und aneinander abtreten, wo die modernen Produktionsmittel, statt mit einer stagnanten Übervölkerung zusammenzufallen, vielmehr den relativen Mangel an Köpfen und Händen ersetzen, und wo endlich die fieberhaft jugendliche Bewegung der materiellen Produktion, die eine neue Welt sich anzueignen hat, weder Zeit noch Gelegenheit ließ, die alte Geisterwelt abzuschaffen«.

In den Westzonen nach Beginn des kalten Krieges und in der Bundesrepublik mußten die Konservativen lernen, daß dies – mit Modifikationen – sich in ihrem eigenen Land wiederholen konnte. Derlei zerstörte die Arbeitsbedingungen der KPD nachhaltiger als das Parteiverbot von 1956. Solche Bedingungen bestanden damals in Frankreich und Italien noch nicht, dort schmolz die marxistische Bewegung nicht ab, aber sie stagnierte.

Die kommunistischen Parteien in Westeuropa brauchten mindestens zwanzig Jahre, um eine Antwort auf die neue Herausforderung zu formulieren. Sie fiel nicht einheitlich aus.

Die Offensive der Linken ab Ende der sechziger Jahre

Zwei verschiedene Strategien wurden Ende der sechziger Jahre deutlich:

Erstens: Die Orientierung am Ziel der »Antimonopolistischen Demokratie«. Ihr lag die Theorie vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus zugrunde, für westeuropäische Verhältnisse am gründlichsten ausformuliert in den Schriften des Franzosen Paul Boccara und seines Kreises. Es ging darum, die Vorzeichen der kapitalistischen Vergesellschaftung gleichsam umzukehren: durch Ausschaltung des Monopolkapitals und Besetzung der ökonomischen und politischen Machtpositionen, welche dieses bislang eingenommen hatte, nun die Gesellschaft nach einer neuen Logik zu organisieren. Der reifste politische Entwurf dieser Politik – wenngleich schon wieder ein Kompromiß – war das gemeinsame Programm von Kommunisten und Sozialisten in Frankreich 1972.

Unter weit schwierigeren – genauer: aktuell aussichtslosen – Bedingungen versuchte die 1968 neukonstituierte DKP in der Bundesrepublik die gleiche Politik zu realisieren. Man kann davon ausgehen, daß die meisten kommunistischen Parteien in Westeuropa damals ein solches Konzept verfolgten, mochte dies angesichts ihrer Schwäche auch in der Regel nicht einmal richtig sichtbar werden.

Anders war die Strategie der italienischen Partei. Und damit sind wir beim zweiten Entwurf jener Jahre. Er ging von der Annahme aus, daß weder die Eigentumsverhältnisse noch die politischen Strukturen groß geändert werden müßten. Es genüge, die vorhandenen Institutionen, Staat, Parlamente und Medien mit Kommunisten, Gewerkschaftern und linken Intellektuellen aufzufüllen, und schon sei das Ziel erreicht.

Mochten beide Konzepte theoretisch verschiedenartig fundiert sein, so differierten sie in der Praxis gar nicht so sehr. Das machte Mitte der siebziger Jahre auch die zeitweilige Annäherung der IKP und da FKP auf dem Boden des »Eurokommunismus« möglich. Ursache dieser praktischen Konvergenz waren Machtverhältnisse, welche dem Konzept der »Antimonopolistischen Demokratie« damals nirgends eine Chance ließen. Darüber mochte die allgemeine Offensive der Linken in den Jahren 1968-1974 zunächst hinwegtäuschen: Regimekrise in Frankreich, Studentenbewegung in der BRD, »Heißer Herbst« der Gewerkschaften in Italien, Septemberstreiks 1969 in der Bundesrepublik, das Progamme Commun in Frankreich, die Reformoffensiven in gesellschaftlichen Teilbereichen Westdeutschlands, Radikalisierung der Labour Party und Sturz der konservativen Regierung nach einem Streik der Bergarbeiter in Großbritannien, der portugiesische Revolutionsversuch 1974/75: Hier war ein Kampffeld eröffnet, auf dem ein Durchbruch in Richtung Antimonopolistische Demokratie möglich schien.

Perspektiven

Die Offensive der Linken, die Ende der sechziger Jahre einsetzte, ist seit Mitte der siebziger Jahre vorläufig gescheitert. Die Fortschritte der Jahre 1968-1974 wurden zeitgenössisch oft euphorisch kommentiert, die Niederlage aber ist bis heute kaum ausreichend analysiert. Und doch wäre dies so wichtig, um die absehbaren Arbeitsbedingungen der kommunistischen Parteien in den führenden imperialistischen Staaten beschreiben zu können. Vorab werden sie von drei Tatsachen bestimmt sein:

Erstens: Die nichtrevolutionäre Situation in den dominierenden kapitalistischen Ländern erhält eine zusätzliche konterrevolutionäre Dynamik in der Systemauseinandersetzung (welche sich innenpolitisch vor allem im Antikommunismus auswirkt) und in immer neuen Schüben einer »Revolution von oben« mit Umwälzung der Produktionstechniken, regionalen Umgruppierungen, Vernichtung und Neuentstehung ganzer sozialer Schichten. Jede tatsächlich oppositionelle Bewegung ist in diesem Prozeß offensichtlich vorläufig, auf Übergang angelegt, dauerhafte

operative Orientierungen sind aktuell nahezu unmöglich. Kommunistische Parteien haben da vergleichsweise unscheinbare Aufgaben. Als Massenorganisationen gäben sie sich derzeit in der Substanz auf. Es gehe »um den Bestand einer militanten und geschulten kommunistischen Kernorganisation – die wohl mehr einer Kaderpartei glich – in einer für Revolutionäre widrigen Zeit«, so spricht, aus dem Grabe Heinrich Brandlers heraus, die Nürnberger »Arbeiterstimme«. Oder: »Wir brauchen längere Zeit des Kräftesammelns« – so Jörg Huffschmid in der UZ. Aktivität und »Loyalität in außerparlamentarischen Bewegungen und in den Gewerkschaften«, marxistische Systemkritik und – aus dieser abgeleitet – sozialistische Perspektive, schließlich Propaganda des realen Sozialismus: Dies sind seiner Meinung nach die zentralen Aufgaben der kommunistischen Partei hierzulande.

Diese Etappenbestimmung und die daraus abgeleitete Zielstellung ist zutreffend.

In einem hochvergesellschafteten Kapitalismus werden sich immer Leute und Bewegungen finden, die gescheite Vorschläge für immanente Reparaturen machen, so daß den Kommunisten die Versuchung, sich selbst zu Narren zu machen, da fremder sein müßte als woanders. Zugleich sollte allerdings die »Loyalität in außerparlamentarischen Bewegungen« qualitativ präzise definiert werden. Nachvollzug eines Minimalkonsens reicht ja wohl nicht aus. Erinnern wir uns noch einmal: Die Kommunisten seien der »entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder« – so steht es im Kommunistischen Manifest. Das ist mehr als Loyalität.

Zweitens: Ein stabiler Kapitalismus sammelt seine Opfer zunächst nicht, sondern er zerstreut sie. Deshalb erscheint er an der Oberfläche oft fast idyllisch. Im deutschen Biedermeier brach die industrielle Revolution durch. Die schlesischen Weber und der »Bund der Kommunisten« schienen verschiedenen Welten anzugehören – ebenso wie kurz nach der Jahrhundertwende die rebellischen Boxer in China, die aufständischen Hereros und Hottentotten und die wenigen Linken in der deutschen Sozialdemokratie. Eine marxistische Organisation, die sämtliche Formen der Gegenwehr (gerade auch die »zurückgebliebensten«) zu vernetzen vermag – das wäre eine kommunistische Partei in einer akut vorrevolutionären Situation, nämlich in einer tatsächlich authentischen Lesart von Lenins »Was tun«. Vorher kann es eben auch nur Vorformen geben, die sich dann zu Recht als kommunistische Parteien bezeichnen, wenn sie ihr wichtigstes Spezifikum festhalten: nämlich:

Drittens: Die Endlichkeit des Kapitalismus ist nichts Mystisches, sondern erkennbar in der Kritik der politischen Ökonomie auch seines gegenwärtigen Stadiums. Hier ist der letzte Identitätspunkt kommunistischer Parteien. Ihre Stärke und Schwäche bestimmt sich von der objektiv und subjektiv gegebenen Nähe oder Ferne zu dieser Möglichkeit. Das ist aber eine Frage ihrer aktuellen Chancen, nicht ihrer Existenzberechtigung. Eine neue revolutionäre Situation wird nicht zu einer massenhaften Wiederbelebung vergangener Politikformen führen. Dann werden die Kommunisten des klassischen Typs wohl meist nur ein Teil einer umfassenderen revolutionären Bewegung sein, in welcher sich andere Organisationen teils transformieren, teils völlig neu bilden. Auch das mag zu ihrer aktuell oft paradoxen Situation beitragen: Sie stehen für die revolutionäre Perspektive der bürgerlichen Gesellschaft aber sie haben ein »Monopol« in dieser Position nur während einer nichtrevolutionären Situation, welche zugleich ihre Schwäche bedingt.

Konkret 04/88; S. 46

Thomas Neumann

Jetzt nicht, noch nicht, gar nicht

Gorbatschows Reformpolitik und das Friedensarrangement mit den kapitalistischen Staaten haben die kommunistischen Parteien durcheinandergebracht. Auch in der DKP gärt es: Das Präsidium mußte einem Vorstandsmitglied eine »Verwarnung« aussprechen. Was sind die tieferen Gründe?

Für Hegel war der Staat die Verkörperung der sittlichen Idee. Gemeint hatte er Friedrich Wilhelm III. von Preußen. Der junge Marx erkannte in der Gleichzeitigkeit von theoretischem Überschwang und Opportunismus den Abgrund der bürgerlichen Seele und gab jede Beziehung zur politischen Lehre Hegels auf. Als »Leitfaden seiner weiteren Studien« diente ihm die Einsicht, daß die Genese der Menschen unabgeschlossen ist und bleiben wird, daß Menschen wie die übrige Natur geschichtlichen Veränderungen unterliegen, Gesellschaften Variationen der Naturgeschichte sind: »Alle Geschichtsschreibung muß von diesen natürlichen Grundlagen und ihrer Modifikation im Laufe da Geschichte durch die Aktion der Menschen ausgehen«, schrieben er und Engels in der »Deutschen Ideologie«. Von diesem Leitfaden haben sie sich bis zu Marx' Tod nicht mehr getrennt.

Marx entdeckte bei Hegel keine weitere Idee, die es ihm hätte antun können. Einzig dessen dialektische Methode fand er während der Niederschrift des »Kapitals« für seine Darstellung anregend. In Hegels Verwechslung von Sittlichkeit und Staatsführung sah er aber eine notwendige Verwirrung der bürgerlichen Gesellschaft, für die er den bemerkenswerten Begriff der »gegensätzlichen Form« fand.

Die Verachtung der hegelschen Königstreue hat der Marxismus von Marx nicht übernommen, noch weniger der Marxismus-Leninismus. Beiden Lehren ist Hegel peu à peu zum Vorläufer der eigenen Weltanschauung geworden; sie glichen sich ihm an. In der Politik, deren Primat ihnen unzweifelhaft ist, sehen Marxisten-Leninisten Kulminationen der menschlichen Vernunft und, wenn es um die eigene geht, der Sittlichkeit. Aus der Asche fliegt Phönix auf Phönix. Der politische Mensch des Marxismus hat keine Geschichte, er ist ein Geschöpf.

»Die Aufgaben unserer Zeit verlangen jederzeit ein hohes theoretisches Niveau der marxistisch-leninistischen Bildungsarbeit und ihre enge Lebensverbundenheit. Stets hat unsere Partei hervorgehoben, wie wichtig es ist, die Theorie und Methode von Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin zu beherrschen. Denn wie Lenin schrieb: 'Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist'«; Erich Honecker in seiner diesjährigen Rede vor den Ersten Sekretären der Kreisleitungen der DDR.

Der Satz Lenins findet sich in der deutschsprachigen Ausgabe seiner Werke, Band 19, Seite 3. Aber soll man allein darum glauben, daß Lenin einen so unsäglichen, bestenfalls tautologischen Satz gesagt und aufgeschrieben hat? Die Aussage verkehrt alle weiteren, die mit ihr begründet werden, in vollkommenen Unsinn. Honecker demonstriert es: Die Theorie soll beherrscht werden, weil sie sich selbst als allmächtig definiert. Zweifellos wäre das eine Offenbarung, und einer Gotteslästerung käme es gleich, wollte man sie kritisieren.

Wie kann man also Kritisches über Kommunisten schreiben, ohne ein Kritiker der Kommunisten zu werden, was gleichzusetzen ist mit ihrem Feind? Es geht nicht. Die kommunistische Welt ist hermetisch, luft-, wasser- und gasdicht; streng. Wer sie kritisiert, muß Selbstkritik üben, muß gegenüber der allmächtigen Wahrheit das eigene Versagen eingestehen, hat sich ihr in Zukunft noch strenger, noch besser, noch verstärkt hinzugeben. 'Noch' ist die erste Kategorie dieses Denkgebäudes.

Die zweite Kategorie heißt 'Jetzt'. Jetzt, wo die Anfeindungen von allen Seiten hereinströmen, muß man zusammenhalten, um ihnen besser widerstehen zu können. Noch nie in ihrer Geschichte war die Menschheit so herausgefordert wie gerade jetzt, noch nie waren die Chancen eines breiten Bündnisses mit den Kräften des Fortschritts so günstig wie jetzt. Jetzt ist nicht die Zeit der Fehlerdiskussionen. Jetzt nicht, noch nicht, gar nicht.

Trotzdem sind die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder durch die Bank in wenigstens zwei Fraktionen gespalten. Die eine meint, so wie bisher könne es nicht weitergehen, die andere findet, nur so gehe es weiter. Beide Seiten haben viele Namen: Reformer und Dogmatiker, Traditionalisten und Renovateure, Tapezierer und Restauratoren, Bunker und Sumpf; in der Bundesrepublik heißen sie Düsseldorfer und Hamburger. Ihr Streit ist gelegentlich unversöhnlich. Wer kann schließt den anderen aus. In den meisten Fällen geht das aber nicht, weil die Ungewißheit über die Stärke der eigenen Fraktionen groß ist; jede wächst naturgemäß mit ihrem Erfolg.

Der Streit wird jedoch auf einem gemeinsamen Nenner ausgetragen. Keine Fraktion stellt infrage, daß die streng hierarchisierte und ritualisierte kommunistische Organisation die allein wahre Form ist, in der sich die Avantgarde der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner bewegen kann – selbst wenn die Fraktionen dort sich wieder ausdifferenzieren, sobald die Rede darauf kommt, wer die Geführten sind, oder, bei den kleineren Parteien, wer sie sein könnten. Beide Fraktionen glauben an die Eindeutigkeit der Vernunft und an die Möglichkeit ihrer ebenso eindeutigen politischen

Repräsentanz. So lebt der jakobinische Rigorismus in den kommunistischen Parteien fort, vieler Ehren wert und um zweihundert Jahre gealtert.

Im vergangenen Jahr wurde der marxistische Historiker der Französischen Revolution, Walter Markov, gefragt, ob es nicht an der Zeit sei, eine kritische Geschichte des Sozialismus' unseres Jahrhunderts zu schreiben. Die Einschränkung auf das 20. Jahrhundert war rührend, sie ließe Marx und Engels ungeschoren. Aber Markov hielt selbst bei solcher Rücksichtnahme die Absicht für verfrüht und antwortete: »Viele Historiker fühlen wohl irgendwie das Bedürfnis, allmählich, nachdem die ersten zwei heroischen Vätergenerationen – von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gerechnet – dahingegangen sind und mit den Enkeln das dritte Geschlecht *jetzt* nachrückt, Ausschau zu halten nach einer kritischen Geschichte des Sozialismus im XX. Jahrhundert. Ich denke, daß es wahrscheinlich noch eine Weile dauern wird ... Schauen Sie: Warum sollte es eigentlich so furchtbar eilig sein damit; wenn wir *gerade jetzt* uns enorm den Kopf zerbrechen über einen 200. Geburtstag der Französischen Revolution, nachdem ihre Helden und Schurken inzwischen längst der kühle Rasen deekt und wir immer *noch* nicht sagen können: hier ist ihre kritische Geschichte, sozusagen die Sternstunde der Bourgeoisie, besser der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer revolutionären Aufgipfelung.«

Die Frage und die Antwort von Markov machen eine banale aber unvertraute Erkenntnis plastisch: Es gibt wirklich keine kritische Geschichte des Sozialismus, keine kritische Werkausgabe der Schriften Lenins oder irgendeiner anderen kommunistischen Persönlichkeit, keine kritische Parteigeschichte, dagegen immer neue Beschlußgeschichten, Monographien, Sammlungen von Reden und Aufsätzen, unvollständige Tabellarien. Der unglaubliche Satz, den ein anonymes Übersetzerkollektiv Lenin zugeschrieben hat, ist das Vademecum der Nichtkritik; Zitat aus der unkritischen Ausgabe seiner Werke, die sich damit, eine heilige Schrift, sanktionieren.

Dabei kann jeder Leser seiner Texte leicht erkennen, daß Lenins Methode, Aussagen zu verabsolutieren, Methode seiner politischen Praxis war, und darin der politischen Praxis im allgemeinen nicht fern. Der Augenblick politischer Entscheidung ist unwiderruflich, ihre Aussagen haben eine absolute Form, aber aneinandergereiht relativiert sich die momentane Zeitlosigkeit. Lenin war sowenig wie Marx ein Spießer, der den Augenblick gebeten hätte, zu verweilen.

Im Frühjahr 1985 sagte Gorbatschows Vorgänger Konstantin Tschernenko in seiner letzten Rede: »Der entwickelte Sozialismus befindet sich erst am Anfang seiner Entwicklung.« Unter den kommunistischen Parteien entstand ein wenig Unmut, mehr nicht. Aus der DDR lobte Kuczinsky Tschernenko für die Einsicht, und kein Hager sah sich genötigt zu widersprechen. Tschernenko galt als einer, der die merkwürdigen Reformideen seines ebenfalls nur kurze Zeit amtierenden Vorgängers Andropow konterkarierte. Der Satz hatte kein Gewicht. Als nach ihm Gorbatschow deutlicher wurde, fand er außerhalb der Sowjetunion bei einigen sozialistischen Regierungen Unterstützung, bei anderen das Gegenteil und bei wieder anderen nichts. Ähnlich verhielten sich die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern. Diejenigen unter ihnen, die bis zu Tschernenkos Tagen im kleinsten Verdacht an der SU Verrat des Sozialismus sahen, waren ebenso schockiert, wie in den sozialistischen Ländern die Regierungen, die keinen Tag bis zu Gorbatschows Amtsantritt hatten verstreichen lassen, ohne ihr Hurra nach Moskau hin zu rufen. Doch fingen sich alle schnell und sahen einen Weg, der es ihnen zu erlauben schien, die Gangart beizubehalten. Gorbatschows Politik galt nun als »Beweis der Reformfähigkeit des Sozialismus«. Man wollte den Kuchen zugleich haben und essen. In der folgenden Jahren überschatteten zum Glück des neuen Denkens die Abrüstungsverhandlungen das Entsetzen. Frieden oder Krieg bestimmten das Thema, nicht Fehler des Sozialismus. Die »Koalition der Vernunft« fragte nicht nach Parteilichkeit, Kapitalismus oder Sozialismus. Der Sozialismus, meinten die Sozialisten, zeige mit dem Friedenswillen seine genuine Fortgeschrittenheit. Im Kapitalismus, meinten sie, sei es »die Belebung der klassischen kapitalistischen 'Werte' wie Konkurrenz und Individualismus, die außenpolitisch Vorstellungen von einer friedlichen Form der Systemauseinandersetzung bestärkt« (DVZ/tat).

Nach den Verhandlungen zwischen den USA und der SU wirkte der Schock, den die SU sich und ihren Freunden zugefügt hatte, weiter. Der Gipfel in Washington war nach den Mustern leninscher Außenpolitik verlaufen, die in Brest-Litowsk den Ausschlag gaben. Die sowjetische Delegation gestand in den Verhandlungen zu, was die Kommunisten bis auf den Tag davor als unzumutbar verworfen hatten. In BrestLitowsk blieb ihr nichts anderes übrig, die Existenz der Sowjetunion stand auf dem Spiel. In Washington wurde ja aber die Menschheit verhandelt, da wäre Spielraum gewesen.

Einige Zeit werden die kommunistischen Parteien sich dabei aufhalten, die veränderte Lage zu interpretieren, sie sind keine Trotzkisten, doch hat das Ergebnis sie bereits eingeholt. Der Sieg des sowjetischen Friedenswillens in Washington hat der kommunistischen Bewegung keinen Zuwachs eingetragen. Gorbatschow reformiert nicht, er versucht Degenerationen zu beseitigen. Und die beängstigende Frage heißt: Wird hinter der Maske ein wenig Sozialismus bleiben?

Nach soviel Erfahrung gewinnt Tschernenkos Bemerkung, daß der Sozialismus sich am Anfang seiner Entwicklung befände, neue Bedeutung. Diejenigen, denen das gleichgültig war, wie diejenigen, die seine Bemerkung für aufrichtig hielten, urteilten aus derselben Position. Sie erwogen, wie nahe oder fern man dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft sei. Vom entgegengesetzten Pol aus betrachtet, macht der Satz aber eine Distanzangabe zum Kapitalismus. Der Sozialismus, der sich am Anfang seiner Entwicklung befindet, hält sich mehr in der Nähe des Kapitalismus als des Kommunismus auf. Das hatte Tschernenko gesagt.

Die List der Vernunft in jener Koalition, ihre nichtbedachte Folge, treibt nun die Sache fast von selbst in Richtung Kapitalismus. Um sich die allmächtige Wahrheit dessen, was Tag für Tag in der Sowjetunion geschieht, nicht vor Augen führen zu müssen, wird das Halleluja der klassenübergreifenden Friedfertigkeit sozialistischer und kapitalistischer Interessen schriller skandiert. Wie im Jahr 1000, als der Jüngste Tag heranzunahen schien, so ist die Erwartung auf die nicht mehr ferne nächste Jahrtausendwende hochgespannt. Was aber den mittelalterlichen Christen nie eingefallen wäre – sie wußten Himmel und Hölle, Heiden und sich selbst, gut und böse auseinanderzuhalten – , ist den Kommunisten, den in beiden deutschen Staaten zumal, zur Selbstverständlichkeit geworden: die Menschheit. Je unausweichlicher die Einsicht droht, daß Gorbatschow kein Phantom ist und die Geschichte der Sowjetunion nicht wegzulügende Schrecken in sich birgt, desto phantasiereichere Abstraktionen werden erfunden, um davon abzulenken. Die Nähe zum Kapitalismus, die Tschernenko als einen Mangel der sozialistischen Gesellschaft vorstellte, gestaltet sich in der Fortsetzung der Friedensseeligkeit als Orgie, in der die Menschheit sich verbrüdert. Historische Einmaligkeiten häufen sich, Globalitäten, Kosmisches; eine 'Neue Bereitschaft' ist über uns gekommen.

Das Wort stammt von Werner Mittenzwei, und der hat es von seiner Frau: »Wenn aber der allgemeine Weltzustand und die gesellschaftliche Kräftekonstellation sich so formiert haben, daß ein Überleben mit dem Kapitalismus erreicht werden muß, wird auch die internationale Klassenauseinandersetzung in wesentlich anderen Formen als bisher vor sich gehen müssen. Diese Formen werden von der Kooperation bestimmt sein, oder die Welt wird nicht sein.... Nunmehr ist von beiden unterschiedlichen Gesellschaftssystemen eine Neue Bereitschaft nicht nur in den zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern im politischen Denken überhaupt gefordert. Wenn die Menschheit überleben will, wird sie lernen müssen, ihren ideologischen Streit, der ja auf objektiven Interessengegensätzen beruht, auf neue Weise auszutragen. Insofern würde dann im ausgehenden Jahrhundert wirklich eine beispiellose Zäsur in der Geschichte der Menschheit zu vermerken sein.« Insofern.

»Belletristierende Ährenleser« nannte Engels solche Leute. Und was dabei herauskommt, einen »von einer eklektisch-ökonomischen Sauce angespülten Brei von allerhand Allotriis, wie sie einem Regierungsreferendarius zum Staatsexamen nützlich zu wissen sind.«

Angekommen bei der Menschheit ist das Ende der Tirade von der Allmächtigkeit erreicht. Die Menschheit löst die Internationale ab, übrig bleibt die einzelne, auf sich gestellte kommunistische Partei mit ihrer einzelnen, auf sich gestellten Wahrheit. Und nun muß man sich ein wenig umsehen, mal hören, was die Leute sagen. Auf anderen Wegen war der Pluralismus offenbar nicht zu haben.

Den staatstragenden kommunistischen Parteien öffnet das den je eigenen Weg zum Sozialismus und zum Kapitalismus. Jede sucht ihre Beziehungen und ihr Geschäft. Sie haben Staat und Organisation amalgamiert. Aber den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern, was gibt es ihnen? Herbert Mies kann nicht wie Erich Honecker die »liebe Else« (Beitz) in der Villa Hügel begrüßen, er hat ihr nichts zu verkaufen.

Auf sich gestellt, autonom, vom Vorposten des sozialistischen Weltsystems durch die Menschheit verdrängt, die sie mit herbeijubelten, haben die westlichen KPs sich unverhofft selbst zum Thema, und es hilft nicht mehr, vor dem Spiegel zu sagen: kenn ich nicht, wasch ich nicht. Niemand sonst ist da.

Konkret 04/88, S. 48

Thomas Neumann

»Partei der Menschheit«?

Nicht klampfende Kurzzeit-Genossen, sondern gestandene kommunistische Funktionäre, darunter Mitglieder des Parteivorstands, widersprechen dem »Weiter so«-Kurs der Führung Es wird spannend in der DKP

»Die Lage der Partei ist differenziert. Sie ist nicht überall gleich, sondern unterschiedlich und zum Teil widersprüchlich. Aber sie weist auch allgemeine Züge auf«.
Herbert Mies, Vorsitzender der DKP

Die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) ist vor 20 Jahren konstituiert worden. Konstituiert heißt nicht: gegründet. Nach wie vor galt zu dieser Zeit und gilt heute in der Bundesrepublik das Verbot der 1918 gegründeten »Kommunistischen Partei Deutschlands« (KPD). Die Möglichkeit, 1968 eine andere kommunistische Partei zu konstituieren, ergab sich aus der 'Wende' der bundesrepublikanischen Außenpolitik. Die damals regierende »Große Koalition« aus SPD und CDU/CSU bereitete eine Politik geregelter Beziehungen zu den sozialistischen Staaten Europas vor. Die einzige Konzession, die sie innenpolitisch zu diesem Zweck machen mußte, war die Legitimierung des organisierten Kommunismus, nicht die Aufhebung des Verbots der KPD.

Es konstituierten sich in Folge mehrere kommunistische Parteien in der BRD. Sie alle hatten Zulauf aus der Studentenbewegung, von den 68ern. Zum Teil waren ihre Gründer der Studentenbewegung entsprungen. Einzig die DKP – nicht ganz einzig, der nie beachteten KPDO erging es ähnlich – rekrutierte ihre leitenden Leute mit ganz wenigen Ausnahmen aus den Reihen 'gestandener' Kommunisten. Sie verfügte über einen gut ausgebauten und wohlhabenden Apparat.

Es gelang der DKP auch, in der Öffentlichkeit als die eigentliche kommunistische Partei zu erscheinen, weil sie als einzige den »realen Sozialismus« der DDR und der UdSSR anerkannte und jeden innen- und außenpolitischen Entwicklungsschritt der beiden Staaten uneingeschränkt unterstützte. Sie zog die antikommunistische öffentliche Aufmerksamkeit der BRD an sich und nahm einen gewissen Aufschwung. Ihre Mitgliederzahl stieg vorübergehend. Sie hatte Einfluß unter den Intellektuellen, den Arbeitern aber blieb sie fremd.

Das bereitete ihr den ersten Konflikt. Ihre fast ausschließliche Konzentration auf die Verteidigung des »realen Sozialismus« machte sie unaufmerksam gegenüber innenpolitischen Veränderungen in der Bundesrepublik. So bemerkte sie zu spät die Verschiebungen in der Interessenlage der oppositionellen Bewegungen im eigenen Land und war mehr als konsterniert, als die »Grünen« auftauchten. Sie reagierte darauf mit zwei ideologischen Kurskorrekturen. Sie anerkannte den mit der Vergangenheit verglichen relativ guten Lebensstandard der Arbeiterklasse in der BRD und stellte das bei ihrer Propaganda in Rechnung. Die neue Sprachregelung hieß, das in der Bundesrepublik »Erreichte zu verteidigen«. Das Parteiabzeichen wird seitdem auf schwarz-rot-goldnem Hintergrund getragen. Zum anderen schloß sie sich der grünen Stimmung an und nahm Teil an der Anti-Kernkraft-Bewegung. Das brachte sie in Widerspruch zur Kernkrafteuphorie der DDR und der Sowjetunion und in die Verlegenheit, bundesrepublikanischer Kernkraft abzusprechen, was sozialistischer zugesprochen wurde: Sicherheit. Diese ideologische Unklarheit ihrer Argumentation wurde von großen Teilen der Mitglieder nicht getragen. Das Parteibild des realen Sozialismus kam in Unordnung.

Es hat lange gebraucht, bis die Parteiführung sich ihren Widerspruch eingestand. Erst im vergangenen Jahr schrieben in den »Marxistischen Blättern« ihr Chefredakteur Robert Steigerwald und Steffen Lehndorff vom Parteivorstand: In der zweiten, Hälfte der siebziger Jahre wandelte sich »das ; Klima in der Bundesrepublik. Ein wesentliches Moment unserer Politik, nämlich die unmittelbare Interessenvertretung, wurde auch Allgemeingut anderer Kräfte. Und für uns wurde es schwerer, unmittelbare Interessenvertretungspolitik erfolgreich zu betreiben – für uns ebenso wie für die anderen aufgrund der Krise. Gleichzeitig entwickelte sich aber im Zuge der Krise und der Veränderung in der Produktivkraftentwicklung und der Klassenstruktur ein neues oppositionelles Potential in der Bundesrepublik, festgemacht an zwei Bereichen oder Bewegungen: Anti-AKW-Bewegung und Frauenbewegung. Und dieses neue oppositionelle Potential entwickelte sich zwar nicht völlig, aber zunächst weitgehend an uns vorbei. In Verbindung damit der politische Aufstieg der Grünen und ein zurückbleibendes Interesse an uns. (...) Diese Probleme hätten zu einer sehr ernsten Schwächung der Partei geführt, wenn nicht, angestoßen vor allem durch die Friedensbewegung, ein wichtiger Teil der Partei sich der Politik in Bewegungen – zunächst in der Friedensbewegung, aber dann (in Verbindung damit) auch unter Nutzung neuer Möglichkeiten innerhalb der Gewerkschaften – zugewandt hätte. So ist es praktisch zu der Situation gekommen, daß es diese Schere gibt zwischen wachsendem politischen Einfluß einerseits und stagnierender und zurückgehender Organisationskraft andererseits.«

Die Konzentration auf die Abrüstungsverhandlungen verdeckte die Schwäche aber nur. Die DKP gewann vorübergehend Selbstsicherheit, weil sie mit ihrem starken Apparat innerhalb der Friedensbewegung ihren Platz behaupten konnte. Dafür

verzichtete sie auf alle gesellschaftstheoretischen Auseinandersetzungen, die in der Friedensbewegung stattfanden. Entsprechend wuchs die ideologische Unsicherheit.

Als 1982 Kohls Regierung die sozialliberale Koalition ablöste, wurde das Dilemma offenbar. Die DKP-Führung glaubte, die sogenannte Wende werde zu einem Ausbruch der Empörung führen, und stellte sich an die Spitze dieser vermeintlichen Empörung, ohne sich umzusehen.

Die Lage war also bereits desolat, als aus der SU die ersten Nachrichten über Fehler der sozialistischen Politik nach außen drangen. Seitdem aber sind die leitenden Leute nicht mehr imstande, ihre Autorität, die sich auf die authentische Auslegung der Vorgänge im realen Sozialismus gründete, den Mitgliedern gegenüber zu behaupten. Sie streiten, ein ungewohntes Bild, öffentlich über Sinn und Zweck ihrer Organisation. Weder ist der Adressat deutlich auszumachen, an den die Partei sich wendet, noch besteht Einigkeit darüber, in welcher organisatorischen Gestalt sie sich an wen wenden soll.

Steigerwald/Lehndorff schreiben: »Was den Einfluß der Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundesrepublik angeht, so ist er (wenn auch nicht ausschließlich) in hohem Maße auf eine Vielzahl von Einzelleistungen zurückzuführen, während die Organisationskraft der Partei alles in allem in jüngster Zeit stagniert oder sogar teilweise zurückgeht. Das ist ein Widerspruch in der Entwicklung der Partei, den man auf den Begriff der 'Individualisierung' der Politik bringen kann«.

Darauf antworten zwei andere Mitglieder aus dem Apparat des Parteivorstandes, Uwe Eichholz und Gerd Schumann: »Grundsätzlich in Frage gestellt bzw. überhaupt nicht erwähnt bleiben die wichtigsten aktuellen und zukünftigen Aufgaben der Grundorganisation der DKP – also das A und O der Entwicklung und Umsetzung unserer auf die Arbeiterklasse orientierten Massenpolitik.«

Steigerwald/Lehndorff registrierten: »Wir werden sehr dramatische Veränderungen während der nächsten 10/15 Jahre in der Struktur der Arbeiterklasse erleben. Die alten Hochburgen der Arbeiterklasse, die sog. Schornsteinbetriebe, werden gerade auch durch den Einsatz modernster Technologien erheblich ausgedünnt. Es wird neue Kernbereiche der Arbeiterklasse und dadurch auch der Arbeiterbewegung geben.«

Ein Vertreter der Öffentlichkeitsarbeit im Parteivorstand (Uli Gellermann) hält ihnen entgegen: »Wenn es 'neue Kernbereiche der Arbeiterklasse' geben werden sollte, stellt sich für mich die Frage, wann und ob der jetzt existierende Kern uns nicht noch sehr lange begleitet und in ihm selbst strukturelle Veränderungen vorgehen.«

Ein wieder anderer Vertreter des Apparats, Friedemann Schuster, verantwortlich für die politische Bildung der Partei, fragt gar nicht mehr nach den verschiedenen Kernen der Arbeiterklasse und welcher die DKP in Zukunft begleiten wird. Für ihn sind die Kommunisten Führer der Menschheit: Mit der im »Kommunistischen Manifest« genannten »Zielsetzung wurden die Kommunisten zu den Verfechtern der Interessen nicht nur einer Klasse; sie wurden zu den entschiedensten Wahrnehmern der Menschheitsinteressen. Ihre Partei, die Kommunistische Partei, wurde als die Partei der Arbeiterklasse zugleich zur globalen Menschheitspartei. Heute können die Kommunisten, schöpfend aus der erkenntnistheoretischen, aus der politischen, aus der moralischen Kraft des Kommunistischen Manifests, eindringlich fordern: Menschen wirkt zusammen, um eurer Überleben zu sichern!«

Auch Steigerwald/Lehndorff sehen den Kern der Arbeiterklasse in dieser Richtung wandeln: »Wir müssen uns mit unserer Hauptaufgabe identifizieren, Vorkämpfer für das Überleben der Menschheit zu sein! 'Vorkämpfer' sein heißt mehr, als nur 'mitgehen'. Es muß heute bedeuten: Gemeinsam mit anderen in der ersten Reihe gehen. Da wird es besonders spannend: Wie kommen wir dann in die erste Reihe?«

Die Frage, wie man in die erste Reihe kommt, ist eine Organisationsfrage. Die war bislang unumstritten, ist jetzt aber eine der sogenannten offenen Fragen geworden. Der Leiter des »Instituts für Marxistische Studien und Forschungen« (IMSF), Heinz Jung, schrieb dazu: »Die Konzeption der bolschewistischen Partei neuen Typs, die in jener harten revolutionären Kampf- und Umbruchperiode geboren werden mußte, kann nicht unbesehen für die gegenwärtige Umbruchperiode übernommen werden. Dies zeigen die praktischen Verhältnisse völlig eindeutig – etwa in der Frage der konkreten Gestaltung des demokratischen Zentralismus, der Verbindlichkeit von Organisationsprinzipien und Mitgliedschaften usw.«

Das war das Schärfste und rief den Vorsitzenden auf den Plan: Herbert Mies. Er antwortete, ohne den Namen des Autors zu erwähnen: »Weder die Geschichte der deutschen kommunistischen Bewegung, weder unsere eigenen nationalen Erfahrungen noch die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung und die Erfahrung unserer Bruderparteien liefern irgendeinen Hinweis dafür, daß es von Vorteil für die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterbewegung wäre, die von Lenin entwickelte Konzeption der Partei neuen Typs, ihre Gültigkeit auch für die heutige Zeit, zu relativieren. Im Gegenteil: Alle Erfahrungen sprechen dafür, daß es richtig, notwendig und von Vorteil ist, an dieser Konzeption festzuhalten und sie schöpferisch auf die heutigen Kampfbedingungen anzuwenden.«

Konkret 04/88, S. 50

Malte N. Castillo

Chappi ohne Dose

Kaum haben sie ihren »Kürbiskern« eingehen lassen, wollen die westdeutschen Kommunisten eine neue Kulturzeitschrift gründen. Seit einiger Zeit kursiert in der DKP ein Papier, das die Konzeption der Zeitschrift beschreibt und Schlimmes erwarten läßt

Sprachkritik gilt den westdeutschen Kommunisten als obszön, zumindest aber als unerlaubt luxuriös. Immer wieder wird, wer sprachliche Schlampereien bemängelt, auf das Primat des Inhalts verwiesen. Der Sprachkritiker hat Glück, wenn er nur als »elitärer Feingeist« bezeichnet wird; hat er aber Pech, dann heißt er »bürgerlicher Intellektueller« oder gar »Sektierer«. Egal, ob er Glück hat oder Pech, »bäh« ist er in jedem Fall, taugt höchstens noch als sogenannter Bündnispartner und wird deshalb behandelt, wie es einem armen Irren gebührt: Man streichelt ihm den Kopf, damit er das Maul hält.

Zugegeben, sagen die Kommunisten, diese oder jene Rede, jener oder dieser Artikel sei vielleicht stilistisch nicht sonderlich schön, das tue aber nichts zur Sache, denn jeder wisse ja, was gemeint sei. Die Form, sagen sie (womöglich unter Berufung auf Brecht), sei das eine, das zu Vernachlässigende. Der Inhalt aber, sagen sie (womöglich unter Berufung auf den Hund), sei das andere, das Wesentliche. Die Käufer von Kathreiner-Kaffee wußten es, und die Käufer von Chappi wissen es wieder: Auf den Inhalt kommt es an.

Nun gibt es zwar Kathreiner-Kaffee ohne Packung und Chappi ohne Dose, aber einen Inhalt ohne Form gibt es nicht. Wer etwas sagt, sagt es, ob er will oder nicht, in einer bestimmten Form. In seiner Sprache – nicht nur dort – materialisieren sich die Gedanken des Sprechers. Der Satz »Hauptsache, man weiß, was gemeint ist«, ist in der Hauptsache ein Irrtum. Denn wir wissen nur insofern, was der Sprecher gemeint hat, als es sprachlich zum Ausdruck gekommen ist. Gesprochen wird aber nicht nur mit Worten. Ein Redner hat die Möglichkeit, durch Mimik, Stimmfall und Gestik seine Worte zu korrigieren. Ein Schreibender hat diese Möglichkeit nicht. Ein Schreibender ist auf die Worte angewiesen, die ihm zur Verfügung stehen. Und wir, als seine Leser, sind es ebenfalls. All seinen Witz und seinen Ernst, all seine Gedanken und Gefühle, kurz, alles, was uns der Schreibende mitteilen will, muß er in Worte fassen. Nun hat aber Sprache die Eigenschaft, daß sie mehr sagt, als sie bedeutet. Will uns der Schreibende also etwas Bestimmtes sagen, dann dürfen seine Worte nicht etwas Unbestimmtes bedeuten. Wenn er »Baum« meint, darf er nicht »Pflanze« sagen, und wenn er »der Apfelbaum in meinem Garten« meint, darf er nicht einfach »Baum« sagen.

Und weil Sprache mehr sagt, als sie bedeutet, ist sie auch verräterisch. Denn wie man sich bettet, so liegt man, und wie man spricht, so denkt man. Will uns der Schreibende also etwas verschweigen, so muß er aufpassen, daß seine Worte ihn nicht verraten. Daß er schöne und kluge Gedanken hat, glaubt man ihm nur, wenn seine Worte nicht häßlich und dumm sind. Andersherum: Indem er sich bemüht, schöne und kluge Worte zu schreiben, zwingt er seine Gedanken, weniger dumm und häßlich zu sein. Der Ton macht die Musik; die Form bestimmt den Inhalt. Oder hat da jemand »Dialektik« gerufen?

Bis Ende 1987 hatten die westdeutschen Kommunisten den »Kürbiskern«, eine Zeitschrift, wie es im Untertitel hieß, für »Literatur, Kritik, Klassenkampf«. Das Quartalsblatt zeichnete sich in den letzten Jahren vor allem durch seine Mutlosigkeit und durch fehlende Leser aus. Die DKP beschloß, den »Kürbiskern« zu begraben, weshalb das Redaktionsmitglied Klaus Konjetzky in der vorletzten Nummer sein Bewerbungsschreiben an die FAZ veröffentlichte.

Bald soll eine neue Kulturzeitschrift erscheinen. Ein künftiger Redakteur des künftigen Journals hat ein zehnseitiges Papier »Zur Konzeption der neuen Zeitschrift« vorgelegt. Eine Konzeption ist »die einem Werk, Programm zugrundeliegende Auffassung, Idee« (Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache, Berlin/DDR 1984). Schauen wir uns an, welche Auffassungen und Ideen dem geplanten Werk zugrunde liegen. Der Autor schreibt: »Die Schaffung einer den ganzen Kulturbereich umfassenden Zeitschrift ist nicht nur eine Anpassung an unsere Möglichkeiten im Bereich der Publizistik. Dies ist die zeitgemäße wirksame Lösung auf die veränderten Bedingungen für unsere Kulturpolitik hin.«

Um zu verstehen, was der Autor uns mitteilen will, müssen wir wissen, was die einzelnen Worte bedeuten. Reduzieren wir den ersten Satz auf sein Skelett, so heißt er: »Die Schaffung einer Zeitschrift ist eine Anpassung.« Diese sieben Worte sollen den ganzen Satz tragen. Schnell stellen wir fest, daß sie dazu nicht taugen. Denn wir wissen ja, daß eine Zeitschrift nicht geschaffen, sondern gemacht wird: von Autoren und Redakteuren, von Fotografen und Grafikern, von Setzern und Druckern. Um sich selber zu erhöhen, sich gottgleich zu machen, benutzt der künftige Redakteur das Wort »Schaffung«. Mit einer Lüge will er sich unantastbar machen. Damit wir seine Absicht nicht durchschauen, hat er sie in einem Satz versteckt, den wir nicht verstehen können. Wir wissen nicht, was ein »ganzer Kulturbereich« ist. Wir wissen nicht, wie eine &itschrift diesen »umfassen« kann. Wir haben keine Ahnung, was der »Bereich der Publizistik« ist und welches »unsere Möglichkeiten« darin sind.

Werden wir durch den zweiten Satz klüger? Dort heißt es über die geplante Zeitschrift: »Dies ist die zeitgemäße wirksame Lösung auf die veränderten Bedingungen für unsere Kulturpolitik hin.« Eigenschaftsworte sind Zauberworte. Ob sie mehr sind, ob sie der Präzisierung dienen, merkt man, wenn man sie wegläßt und sich anschaut, was dann noch übrig ist: »Dies ist die Lösung auf die Bedingungen für unsere Kulturpolitik hin.« Dieser Satz ist, wie schon der vorhergehende, ein Nullsatz. Es gibt keine »Lösung auf für hin«. Der Satz ist ohne Sinn, ein Nonsens. Der Autor spekuliert darauf, daß die Leser seines Textes mit dem Kopf nicken, wenn er behauptet, die angebotene Lösung sei »zeitgemäß« und »wirksam«. Mehr hat er nicht zu bieten. Ein paar Absätze später heißt es: »So angelegt, muß die Zeitschrift ein wirksames Mittel sein für die Akzeptanz der DKP als nationale Kraft. Dafür ist die Kulturpolitik ein zentrales Feld.« Das heißt im Klartext: »Kulturpolitik ist ein Feld für ein Mittel für die Akzeptanz der DKP als Kraft.«

Undsoweiter, undsoweiter. Erst soll ein »objektiv größeres Gewicht subjektiv aufgearbeitet werden«, dann will der Autor eine »Initiative ins Leben stellen« und schließlich »Entschlossenheit und Zusammenschluß nachhaltig inspirieren«. Auch das: Zauberworte, nichts als Zauberworte. Wofür betreibt der künftige Redakteur einen solchen Aufwand? Warum gibt er sich soviel Mühe, über seinen Nonsens einen nebulösen Konsens bei den Lesern zu erzielen? Lassen wir ihn erst noch einmal selbst zu Wort kommen, bevor wir darüber nachdenken:

»Es kann nicht darum gehen, mit der Gewichtung von Diskussionen Pluralismus zum Prinzip zu machen oder auf diese Weise dem 'Vorwurf' der DKP-Nähe ausweichen zu wollen. Die Zeitschrift ist ein offensives Mittel des Kampfes um den anerkannten Platz der Kommunisten im demokratischen Spektrum. Sie hat den Beweis zu erbringen, daß Kommunisten eine für viele wichtige, weil interessante und offene Zeitschrift machen können. Mit ihr stellen sich die Kommunisten dem Dialog mit anderen Positionen und bringen authentisch ihre eigene Position ein. Nicht jedes Wort im Dialog ist inhaltlich unsere Politik. Aber daß wir andere Ansichten zu Wort kommen lassen, gehört zu unserer Politik. Wir beweisen damit Dialogfähigkeit, unser aktives Interesse am Dialog, den Nutzen des Dialogs mit uns. Das kräftigt das Bündnis, das führt neue Kräfte an die Partei heran.«

Die Hauptworte der eben zitierten Passage sind »Angst« und »Schwäche«. Obwohl keines der beiden Worte in dem Text vorkommt, sagt uns doch jede Zeile, daß der Autor schwach ist und sich fürchtet. Er will nicht diskutieren, er will verhindern, daß »mit der Gewichtung von Diskussionen Pluralismus zum Prinzip« gemacht wird. Er will nicht den Dialog, er will »Dialogfähigkeit beweisen«. Er schreibt nicht, daß es gut und nützlich ist, mit anderen zu reden, er will anderen »den Nutzen des Dialogs mit uns« beweisen. Er schreibt nicht, daß wir schwach sind, daß wir stärker werden müssen, sondern er benutzt die Worte »Kampf«, »aktiv« und »Kräfte«. Wie es wirklich um uns steht, verrät er uns ungewollt, indem er schreibt: »Die Zeitschrift ist ein offensives Mittel des Kampfes um den anerkannten Platz der Kommunisten«. Warum aber sollte man um einen »anerkannten Platz« kämpfen müssen, noch dazu mit offensiven Mitteln? Der Autor ist schwach und hat Angst, daß seine Leser es merken.

Seine Sprache entsteht nicht aus dem Wunsch, die Wirklichkeit zu beschreiben, sondern aus dem Zwang, einer Nomenklatur zu gehorchen. Seine Sätze sind Barrikaden gegen die Wirklichkeit, seine Sprache ist entrealisiert. Trotzdem verweist sie – wie jede Sprache – auf die Realität des Sprechers. Das heißt in diesem Fall: Der Sprecher sagt denen, die ihm in Zukunft sein Gehalt bezahlen sollen, die Worte, von denen er vermutet, daß sie sie hören wollen. Auch sein Text ist ein Bewerbungsbrief. Seine Sprache ist eine Sklavensprache. Der Autor will nichts sagen, er will etwas signalisieren: Seht her, ich bin euer Mann.

Wer sich im Wald fürchtet, beginnt zu pfeifen, und wer sich schwach fühlt, plustert sich auf. Weil unser Autor weiß, daß Schwäche und Furcht schlechte Argumente in einem Bewerbungsbrief sind, tut er dicke mit seinen Worten. Er spricht eine Sprache, die man nicht versteht, weil sie gar nicht zu verstehen ist. Das heißt, der Autor will seine Leser einschüchtern. Er will seine Angst auf die Leser abwälzen. Er versucht, aus seiner Sklavensprache eine Herrensprache zu machen.

Eine von Kommunisten gemachte Kulturzeitschrift wäre ein nützliches Ding. Die Setzer einer solchen Zeitschrift müßten setzen und ihre Drucker drucken können. Ihre Grafiker müßten etwas von Grafik und ihre Fotografen etwas von Fotografie verstehen. Ihre Autoren müßten schreiben können und ihre Redakteure müßten Bescheid wissen über die Sprache, das Denken und die Wirklichkeit und wie die drei sich zueinander verhalten.

Die Verhältnisse sind so, daß man ihnen eine starke kommunistische Partei an den Hals wünscht. Wer stark werden will, muß seine Schwächen kennen.

Konkret 04/88, S. 52

Nachrichten

Ökosuizid

DPA meldete es unter der Kennung bas301 4 vm 177: Mit einer Amokfahrt durch die Stadt Gießen hat ein 28jähriger Mann auf seine Kündigung reagiert. Anschließend trank er bleifreies Benzin und wartete auf die Polizei.

Stark übertrieben

Die im baden-württembergischen Landtag vertretenen Parteien warnen vor einer Verharmlosung des Nationalsozialismus und Antisemitismus an Schulen. Grund für die Besorgnis ist eine Untersuchung, die zwei Gymnasiasten in Zusammenarbeit mit der Universität Passau erarbeitet haben. 7,4 Prozent der mehr als 4.000 befragten baden-württembergischen SchülerInnen halten Berichte über die Ermordung von sechs Millionen Juden während des Dritten Reichs für »stark übertrieben«. 32,9 Prozent der Befragten vertraten überdies die Meinung, daß man aufhören solle, von der Ermordung der Juden zu sprechen, denn auch andere Völker hätten Massenmorde verübt.

Frauen selbst schuld?

Fast ein Drittel aller Mädchen wird in nur vier Berufen ausgebildet, und zwar in Berufen die von jeher für Frauen vorgesehen waren. Nach einer Studie der Bonner Industrie- und Handelskammer hatten Frauen im vergangenen Jahr vor allem Friseuse, Verkäuferin, Bürokauffrau oder Arzthelferin gelernt. Dagegen seien viele der Lehrstellen, die speziell Mädchen in technischen Berufen angeboten worden seien, nicht besetzt worden.

Freiwillig im Nervengas

Empörte Reaktionen in der britischen Öffentlichkeit hat ein Bericht ausgelöst, wonach Dutzende von Freiwilligen zu militärischen Versuchszwecken Nervengas ausgesetzt wurden. Das Verteidigungsministerium bestätigte eine Veröffentlichung der »Mail on Sunday«, daß die Tests der Entwicklung von Gegenmitteln und Schutzkleidung dienen sollten. Laut »Mail on Sunday« mußten die Freiwilligen aus den Reihen der Armee geringe Dosen der Nervengase Sarin und Soman einatmen. Jeder erhielt rund 100 Pfund (300 Mark) als Entschädigung. Nach Ansicht unabhängiger Experten ist das Risiko für die Versuchspersonen jedoch größer als der angebliche Nutzen für die nationale Sicherheit.

Wut macht nicht satt

Nach Angaben der Nationalen Bürgermeisterkonferenz der USA hat sich unter den Obdachlosen des Landes besonders die Zahl von Familien mit Kindern in der jüngsten Vergangenheit drastisch erhöht. Sie ziehen tagsüber an der Seite der arbeitslosen Eltern durch die Straßen, warten in Büros von Wohlfahrtsorganisationen und essen in Suppenküchen. »Sie sind Amerikas Investition in das Elend, die schätzungsweise 500.000 Kinder, die ungebildet, ungesund und mit Wut auf die Gesellschaft aufwachsen«, schrieb die Zeitschrift »U.S. News and World Report«.

Wie in Echt

»Versuchen Sie es noch einmal – vielleicht gewinnen Sie diesmal«. Mit diesem Slogan wirbt eine amerikanische Firma für ein Kriegsspiel mit dem Namen »Vietnam 1965-1975«. In der Spielanleitung sind verschiedene Szenarien beschrieben, die nachgespielt werden können: Zum Beispiel ein Gesamtszenario des Vietnamkrieges von 1965-1975. Die dafür vorgesehene Spieldauer kann über 100 Stunden betragen. Für weniger ausdauernde SpielerInnen können auch Teilabschnitte des Krieges nachgespielt werden, die dann nur eine Spieldauer von sechs Stunden benötigen.

Angst vorm Frieden

Wenn die Amis wirklich mel von dannen ziehen, gibt's nicht nur mehr Frieden, sondern auch Arbeitslose. Deshalb sorgt sich der Wormser SPD-Bundestagsabgeordnete Florian Gerster schon frühzeitig und fragt die Bundesregierung angstvoll: »Kann die Zahl der derzeit bei den US-Streitkräften beschäftigten rd. 24 000 deutschen Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz auf längere Sicht gehalten werden?« Friedrich Voss, CSU-MdB aus Düsseldorf und als Strauß-Vertrauter im baden-württembergisch geführten Verteidigungsministerium tröstet den Sozi: »Aufgrund der ständigen Kontakte zwischen dem

US-Hauptquartier und der Bundesregierung geht die Bundesregierung davon aus, daß es in absehbarer Zeit zu keiner wesentlichen Änderung der Beschäftigtenzahlen kommen wird.«

Intoleranz

Ein hohes Maß an Intoleranz gegenüber Ausländern bescheinigt eine vergleichende Umfrage in allen EG-Ländern den Bundesdeutschen. Nur 28 Prozent sprachen sich hierzulande für ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht von EG-Bürgern aus (gegenüber 42 Prozent im EG-Durchschnitt). Ein Wahlrecht bei Kommunalwahlen, in den Niederlanden schon längst eingeführt, will nur jeder vierte Bundesbürger den Zuwanderern aus anderen EG-Staaten vorbehaltlos einräumen. Das ist der absolut niedrigste Wert in der gesamten EG.

Kein Einwanderungsland

Daß die BRD kein Einwanderungsland sein soll, ist bekannt. Weniger bekannt sind die Hindernisse, über die Ausländer stolpern können, wenn sie Inländer werden wollen: Das Bundesinnenministerium prüft zunächst einmal, ob der Einbürgerungswillige sich auch ordentlich der deutschen Kultur zugewandt hat. Dafür braucht er im allgemeinen zehn Jahre, wobei ihm der Wehrdienst unter den Nazis gerne angerechnet wird, das Wohnen im Ausländerghetto jedoch nicht. In einer Emigrantenorganisation sollte er sich in dieser Zeit nicht blicken lassen, sondern sich stattdessen einer einwandfreien Lebensführung befleißigen, denn nicht nur Kaufhausdiebstähle, sondern auch Alkoholsucht, Arbeitsunwilligkeit und ähnliche Fehlentwicklungen der Persönlichkeit schließen die Einbürgerung grundsätzlich aus.

Aber selbst wenn er sich in diesem Sinne als guter Fast-Deutscher erwiesen hat der fest auf dem Boden der FdGO steht, heißt das noch nicht, daß er nun auch ein amtlich beglaubigter werden kann: Staat oder Gesellschaft müssen ein Interesse daran haben, und außenpolitische Belange dürfen dem nicht entgegenstehen. Der Wunsch des Bewerbers hingegen ist unerheblich. Spätestens mit der Einbürgerung muß er schließlich aus seiner bisherigen Staatsbürgerschaft ausscheiden. Die Rückkehr ins Herkunftsland wird ihm damit fast unmöglich gemacht. Aber wo kommen wir hin, wenn es neben deutschen Deutschen auch türkische Deutsche gibt?

Geldstrafe, was sonst

Die südafrikanische Zeitung »Daily Mail« berichtete, daß nach Aussagen des Verteidigungsministeriums bislang nur 26 Anzeigen gegen Militärangehörige untersucht worden seien, die in den Townships eingesetzt waren und dort mordeten, vergewaltigten oder schwer mißhandelten. Ein Soldat, der wegen Vergewaltigung vor Gericht stand, erhielt eine Geldstrafe von 80 Rand.

Die Medizin verbieten

Forschung an menschlichen Embryonen ist nach Ansicht der Bundesärztekammer für den medizinischen Fortschritt notwendig. Wie ihr Präsident Karsten Vilmar sagte, sei die Freiheit der Forschung in Gefahr, wenn das juristische Netz zu eng geknüpft werde. Man könne Forschung an menschlichen Embryonen nicht schlechthin verbieten. Dann müßte man die Medizin verbieten, denn sie betreibe ja auch Forschung an Menschen, und nur dadurch sei medizinischer Fortschritt möglich. Einen Mißbrauch in der Gentechnik halte er in der Bundesrepublik für »derzeit praktisch ausgeschlossen«. Dennoch seien gesetzliche Regelungen notwendig, um einen möglichen Mißbrauch zu verhindern. Dies gelte zum Beispiel für die »verbrauchende Forschung an Embryonen« . Hier müsse verhindert werden, daß Embryonen eigens zum Zweck der Forschung hergestellt würden, so daß »der Tod des Embryos als Folge des Forschungsprojekts unweigerlich und gezielt eingeplant ist«.

Kasten >radikalauer von Winfried Thomsen< auf Seite >53<

Wer war Frau Adenauer? Kohls Leih-Großmutter.

Schwarz-Schilling hinterläßt, worauf er kräht: Kom-Post.

Olympia: was, eine so kleine Schreibmaschinenfirma kann s0 viel Sport bezahlen?

Der TÜV entdeckt Ungereimtheiten? Ist der jetzt auch schon für Lyrik zuständig?

Geißler & Süssmuth haben entdeckt: die Kohle ist alle. Nun aber mal schnell Frauen fördern.

Was ist ein Philippsburger? Zwischen zwei Reaktorhälften eingeklemmter TÜV.

Dieser Sare: erst überrollt er sich selbst, und dann will er's nicht gewesen sein.

Konkret 04/88, S. 54

Peter Dahl

Bodenlos, nicht konstruktiv

Die Justiz der Weimarer Republik sperrte ihn ein, die Nationalsozialisten peinigten ihn zu Tode, bundesdeutsche Christ- und Sozialdemokraten schmähen sein Andenken, liberalen Historikern und Journalisten bleibt er verhaßt: Vor 50 Jahren erlag Carl von Ossietzky seiner KZ-Haft

»Immer suchen ist nicht schön.«
Kurt Tucholsky

Am 4. Mai 1938 starb der Publizist, Pazifist, Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky. Zum Fünfzigsten werden die bundesdeutschen Feuilletons einiges zu feiern und zu gedenken finden. Der Herausgeber der *Weltbühne,* in der die wesentlichen Köpfe der Weimarer Republik schrieben; der Mann, der sich, obwohl gewarnt, weigerte, vor den Nazis ins Ausland zu fliehen; der KZ-Häftling, der den Friedensnobelpreis erhielt.

Es ist ziemlich ohne Risiko, vorauszusagen, was die Mehrzahl der zu erwartenden Gedenkartikel zeigen wird: daß nämlich Ossietzky unserem Kulturbetrieb unverdaulich im Magen liegenbleiben wird, in jenem großen Magen, der es gewohnt ist, alles Vereinnahmte in gleichbleibender Konsistenz auszuscheiden.

Ossietzky ist nicht zu vereinnahmen. Nicht von den kuscheligen Friedensfreunden, nicht von Liberalen, Sozialdemokraten, Sozialisten oder Kommunisten. Und schon gar nicht von einer Journaille, die sich gern auf Kraus, Tucholsky, Polgar... und eben Ossietzky beruft, die aber von dem Bleistiftstummel, mit dem Ossietzky zu redigieren pflegte, auf ein Nichts zusammengestrichen worden wäre. Und: Ossietzky ist nicht zu vereinnahmen von der gängigen Vergangenheitsbewältigung in diesem Land, mit welcher Faschismustheorie auch immer sie ausgestattet ist. Denn der Republikaner Carl von Ossietzky, der ein Opfer der Weimarer Republik wurde, widerlegt die Legende, die Weimarer Republik sei das Opfer des Nationalsozialismus gewesen – und nicht seine Ziehmutter.

Einige in der Bundesrepublik haben immer von der Gefahr gewußt, die von diesem Carl von Ossietzky auch für diese unsere Demokratie ausgehen könnte, nähme man ihn öffentlich und vorbehaltlos zur Kenntnis. Der Bundestagsabgeordnete und jugendpolitische Sprecher der CDU, Dietrich Rollmann, 1965 anläßlich einer Gedenkstunde für Ossietzky in Hamburg: »Wir alle können es uns nicht mehr leisten, Pazifisten als Vorbilder für das heutige Deutschland herauszustellen. Es kommt vielmehr darauf an, in unserem Volk den Willen zur Verteidigung mit der Waffe zu stärken.« Die CDU-Studentenorganisation RCDS 1975 (Heiner Geißler war ihr schon entwachsen): »Carl von Ossietzky und die vielen kleinen Ossietzkys der zwanziger Jahre haben mit ihrem Haß auf die politische Mitte und den Weimarer Staat Hitler den Weg in die Reichskanzlei erst geebnet.«

Als die Gründer der Oldenburger Universität 1973 beschlossen, die Hochschule nach Ossietzky zu benennen, verhinderte das ein sozialdemokratischer Wissenschaftsminister zuerst mit dem Argument, Namensgebungen seien nicht mehr zeitgemäß, später mit der Einrede, Ossietzky solle als Galionsfigur für eine Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mißbraucht werden. Studenten haben den Namen *Carl-von-Ossietzky-Universität* weit sichtbar an den Bibliotheksturm der Uni gemalt; offiziell darf sie immer noch nicht so heißen. Und immer noch schwelt der Streit zwischen der Oldenburger Bezirksregierung und einer Initiativgruppe um die Errichtung einer Gedenkstätte für die Emslandlager, wo Ossietzky physisch zugrunde gerichtet wurde.

Ungewollt, aber immerhin, habe Ossietzky die »Aushöhlung und Auflösung« der Republik von Weimar betrieben, schreibt der als liberal geltende Historiker Hans-UIrich Wehler. Der Tucholsky- und Ossietzky-Kenner Fritz J. Raddatz, der den Objekten seiner Forschung auf dem Frankfurter Hauptbahnhof begegnet ist, meint, Ossietzky fehle das »konstruktive Element« für die politische Wirklichkeit. Noch pragmatischer – nein, noch opportunistischer: Ossietzky beherrschte die »Mittel des politischen Handwerks nicht«, seine politischen Forderungen seien letztlich »bodenlos« gewesen – so Rudolf Augstein.

In der Nacht nach dem Brand des Reichstags, dem 27. Februar 1933, wurde Ossietzky von den Nazis ins Polizeigefängnis am Berliner Alexanderplatz gebracht, dann in die Konzentrationslager Sonnenburg und Esterwegen. Aber schon vorher, während der Weimarer Republik, war er zu Gefängnis verurteilt worden – als Herausgeber der *Weltbühne.*

Die Herausgeberschaft des »Blättchens« hatte Ossietzky 1927 von Kurt Tucholsky übernommen. Siegfried Jacobsohn, der Gründer, war 1926 gestorben; Tucholsky hatte sich mit der ihm zugefallenen Rolle des »Oberschriftleitungsherausgebers« nicht anfreunden können. Mit durchschnittlich 12.000 Exemplaren war die *Weltbühne* kein Massenblatt. Sie war exklusiv und offen zugleich und besaß einen gewissen Einfluß. »Durch tausend Netzkanälchen laufen aus dieser Quelle Anregungen, Weltbilder, Tendenzen und Willensströmungen ins Reich,« schrieb Kurt Tucholsky, und: »Die *Weltbühne*

verzichtet bewußt auf ein starres Dogma; bei uns wird diskutiert.« Béla Balàsz charakterisiert die *Weltbühne:* »Es war Platz in der kleinen Zeitschrift.«

Von Ossietzkys Arbeit als Herausgeber hieß es bisher gelegentlich – fußend auf Berichten seines Mitarbeiters und Konkurrenten Kurt Hiller – seine politische Konzeptionslosigkeit habe die Wirkung des Blattes beeinträchtigt. Eine neue Ossietzky-Biographie von Elke Suhr* verdeutlicht, daß Ossietzkys publizistische Stärke gerade im Offenhalten des Blattes bestand, verbunden mit seinem Anspruch an Qualität. Selbst Hiller mußte einräumen: »Immerhin ist Meinungsfreiheit ohne Linie besser als falsche Linie ohne freie Meinung.« Ossietzky, der die von Jacobsohn begonnene Umwandlung einer Theaterzeitschrift zu einem politischen Forum – zu *dem* liberalen und radikalen Forum der Weimarer Republik – vollendete, hat diese Entwicklung selbst bedauert: *Heute ist alles mit Politik und Ökonomie vollgestopft, und aus einem Refugium der Schönheit ist ein Depot aller Sorgen geworden. –*

Die *spornende und peitschende Kraft verhöhnter und gemiedener Außenseiter* beschwor Ossietzky 1927 in der *Weltbühne,* und seine politische Laufbahn war bis dahin genau die eines politischen Außenseiters. Freidenker und Freimaurer, als organisierter Pazifist Sekretär der *Deutschen Friedensgesellschaft* – bis deren interne Prinzipienstreitereien ihn abstießen. Ins *Tagebuch* schrieb er den Pazifisten, was auf heutige Grüne gemünzt scheint: D*er deutsche Pazifismus war immer illusionär. . . Der Pazifismus muß politisch werden und nur politisch. Die notwendigste Idee unserer Zeit darf nicht zum Steckenpferd kleiner Prinzipienjockeys werden.*

1924 gründete Ossietzky zur radikaldemokratischen Verteidigung der Republik gegen die aus der Kaiserzeit überkommenen Mächte nicht nur die *Republikanische Partei,* sondern auch zwei Parteizeitungen. Er stellte sich selbst als Reichstagskandidat auf, blieb jedoch ebenso erfolglos wie seine Partei. Daraufhin »zieht (er) sich in den Schmollwinkel des Journalismus zurück«, schreibt Elke Suhr. *Hoch die Bagatelle!* wird sein Motto als Redakteur bei Stefan Großmanns *Tagebuch..*

Als G*eisel für das Wohlverhalten der Arbeitermassen* sah Ossietzky die SPD in der Regierungsverantwortung, die am 1. Mai 1929 auf demonstrierende Arbeiter schießen ließ und die kommunistische Tageszeitung *Rote Fahne verbot. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß außerordentliche Maßnahmen gegen eine extreme Linke mit rapider Geschwindigkeit nach Rechts zu rücken pflegen. Aus dem Kommunistengesetz wird bald ein Republikanergesetz geworden sein. Heute drischt man noch Kommunisten. Morgen werden ganz Andre an der Reihe sein.*

Und die Kommunisten? *Die deutsche Kommunistenpartei ist nicht mehr bewegliche Apostelgemeinde, sondern Kirche. Wir glauben aber nicht mehr an Kirchen, auch nicht, wenn sie Gott gestürzt und durch Karl Marx ersetzt haben.* Trotzdem ist bei der Reichspräsidentenwahl 1932 Ossietzkys *Weltbühne* die einzige bürgerliche Zeitung, die für den kommunistischen Kandidaten Ernst Thälmann eintritt. Die SPD unterstützt Hindenburg, die *große alte Null. Os*sietzky ist sicher, daß sich SPD und KPD um eine Republik schlagen, die es bald nicht mehr geben wird. *Primgeiger ist derFaschismus... Mitten im fallenden Kapitalismus befindet sich die Arbeiterschaft in der Defen*sive.

Auch in diesem unter dem Elefantentritt des Faschismus zitternden Lande den Mut zur eigenen Meinung behalten, ist Ossietzkys Ziel für die *Weltbühne.* Aber ständig schwebt über ihr die Verbotsdrohung; auch Ossietzkys Handlungsfreiheit ist eingeschränkt. Auf Anraten seines Anwalts nimmt er ein Gedicht von Tucholsky aus dem Blatt. Der – schon in Schweden – beschwert sich; Ossietzky druckt gegen den Rat des Anwalts.

Im Mai 1932 geht Carl von Ossietzky ins Gefängnis. Die Verurteilung wegen Landesverrat erleichtert es später den Nazis, Ossietzkys KZ-Haft zu rechtfertigen; der Prozeß ist ein Skandal, der deutsche Kontinuität vom Kaiserreich über Weimar bis zur nationalsozialistischen Herrschaft zeigt. Ankläger ist der Reichsanwalt Paul Jorns, der dafür gesorgt hat, daß der Mord an Rosa Luxemburg niemals völlig aufgedeckt worden ist, und der später Richter an Freislers Volksgerichtshof wurde. Der Richter, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, war in zahlreichen Fememord-Prozessen dafür verantwortlich, daß die Führung der Reichswehr aus allem herausgehalten wurde. *Das Reichsgericht ahnt den Herrn von Morgen.*

Es ging um einen Artikel, *Windiges aus der Deutschen Luftfahrt,* der 1929 in der *Weltbühne* erschienen war. Walter Kreiser hatte den durch den Versailler Vertrag verbotenen Aufbau einer Luftwaffe offenbart. Die Prozeßeröffnung verzögerte sich, weil die Reichsregierung auf die Genfer Abrüstungsverhandlungen Rücksicht nehmen mußte; eine Verurteilung wäre eine Bestätigung des Wahrheitsgehalts der in der *Weltbühne* aufgestellten Behauptungen gewesen. Das Urteil erging schließlich in einer Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit: eineinhalb Jahre Gefängnis wegen Landesverrat. *Ich gehe nicht aus Gründen der Loyalität ins Gefängnis, sondern weil ich als Eingesperrter am Unbequemsten bin.*

Der *Weltbühne-Prozeß* und Ossietzkys Zeit in der Haft sind jetzt in einem von Stefan Berkholz herausgegebenen Buch** dokumentiert, das bisher unveröffentlichte Briefe aus der Haft und die Gefängnisakte der Strafanstalt Tegel enthält.

Aus jeweils eigenem Interesse setzen Weihnachten 1932 NSDAP, KPD und SPD eine Amnestie durch. Mit Blick auf Ossietzky sorgen die Sozialdemokraten dafür, daß auch »Literarischer Landesverrat« darunter fällt. Als Ossietzky aus dem Gefängnis kommt, scheint die politische Situation geändert. Die Nazi-Partei hat zwei Millionen Stimmen verloren und steht vor einer inneren Zerreißprobe. Die NSDAP habe abgewirtschaftet, glaubt Ossietzky, die Reichswehr mit General von

Schleicher werde ihre Diktatur errichten: *Das Prinzip ist immer das gleiche. Es heißt immer Autorität und Militarismus gegen Demokratie, Sozialismus, Republik, es heißt immer Herrenschicht gegen Volk.*

Im Februar 1933, unmittelbar vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, spricht Ossietzky vor dem Schutzverband Deutscher Schriftsteller: *Die Flagge, zu der ich mich bekenne, ist nicht mehr die schwarz-rot-goldene Flagge dieser entarteten Republik, sondern das Banner der geeinten antifaschistischen Bewegung. Und ich, der Pazifist, reihe mich nun ein in das große Heer, das für die Freiheit kämpft.* Nur: Diejenigen, die jetzt noch zum Widerstand bereit sind, machen kein *Heer* mehr aus.

Goebbels, dieser *hysterische Zappelwisch von Volkstribun,* hat täglich die Liste seiner prospektiven Opfer vervollständigt – nach dem Reichstagsbrand, morgens um halb vier, holt die Gestapo Ossietzky. Freunde hatten ihn zur Flucht aus Deutschland gedrängt; Freunde haben auch erklärt, daß Ossietzky grundsätzlich zur Flucht bereit gewesen sei, aber die Wahlen im März habe abwarten wollen.

Aus dem Gestapo-Gefängnis kommt er in die Festung Sonnenburg. Die Gestapo plant, ihn im Reichstagsbrand-Prozeß anzuklagen. Für ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus verspricht man Ossietzky die Freiheit. Im Februar 1934 wird er in das KZ Esterwegen im Emsland verlegt.

Mithäftlinge berichten über einen literarischen Zirkel, den Ossietzky hinter der Baracke 7 unterhalten hat. Aber die schwere Arbeit im Moor und die Mißhandlungen ruinieren seine Gesundheit. Er wird in das Krankenrevier eingewiesen. Einige Mithäftlinge wollen gesehen haben, daß ihm dort Tuberkulosebakterien eingeimpft wurden.

Freunde bemühen sich im Ausland darum, Ossietzky für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Sie versäumen die Antragsfrist für 1934 und bemühen sich weiter für 1935. In Norwegen versucht der Emigrant Willy Brandt, sozialdemokratische Abgeordnete für Ossietzky zu gewinnen; der von Ossietzky bewunderte Dichter Knut Hamsun protestiert gegen das »Getue« um einen »Landesverräter«. Die deutschen Auslandsvertretungen alarmieren das Auswärtige Amt; unter dem außenpolitischen Druck des NS-Regimes lehnt das Nobelkomitee den Kandidaten Ossietzky ab. Für 1935 wird der Friedensnobelpreis nicht vergeben.

Die Kampagne geht weiter und erreicht 1936, im Jahr der Olympischen Spiele in Berlin, ihren Höhepunkt. Ossietzky wird – todkrank – in ein Berliner Polizeikrankenhaus überführt und wenige Tage vor der Entscheidung des Nobelpreiskomitees offiziell freigelassen, aber im Krankenhaus weiter von der Gestapo überwacht.

Göring persönlich versucht Ossietzky zu überreden, den Preis abzulehnen. Mal brüllt er, mal verspricht er die Freiheit und eine Staatsrente. Ossietzky widersteht. Er darf zur Preisverleihung (zum ersten Mal in der Geschichte des Nobelpreises) nicht ausreisen, um den Geldpreis bringt ihn ein betrügerischer Rechtsanwalt. In Norwegen wettert Hamsun gegen die »Schändung« des Nobelpreises; die schwedische Familie Nobel distanziert sich von der Entscheidung für einen »Landesverräter«. Hitler verbietet »für alle Zukunft« die Annahme des Nobelpreises und stiftet einen »Deutschen Nationalpreis«.

Carl von Ossietzky stirbt am 4. Mai 1938, in der TBC-Abteilung eines Krankenhauses. Tucholsky hatte ihn einen »Märtyrer ohne Wirkung« genannt – und ist doch Jahre vor ihm aus dem Leben gegangen. Der norwegische Journalist Finn Lie, der Ossietzky kurz vor dessen Tod besucht hat, berichtet: »Er wußte gewiß, daß er eine Waffe war. Und er wußte natürlich auch, daß er mit dem Einsatz seines Lebens gespielt hat.«

* Elke Suhr: Carl von Ossietzky. Eine Biografie 336 Seiten, ca. 30 Abbildungen., Verlag Kiepenheuer & Witsch, 39,80 Mark.

** Carl von Ossietzky – 227 Tage im Gefängnis. Briefe, Texte, Dokumente. Herausgegeben von Stefan Berkholz. 320 Seiten, mit Fotos und Faksimiles. Luchterhand Literaturverlag, 32 Mark.

Konkret 04/88, S. 57

Diedrich Diederichsen

Die Winterschlacht

Am Schauspielbaus Bochum hat Frank-Patrick Steckel die »deutsche Tragödie« inszeniert, die der frühere Expressionist und spätere DDR-Kulturminister Johannes R. Becher 1941/42 im Exil in Taschkent geschrieben hat – quasi live zur realen Winterschlacht um Moskau. Ein berechenbares Stück?

Heiner Müller hat irgendwo gesagt, daß die Deutschen Moskau nicht einnehmen konnten, weil in der Sowjetunion eine andere Zeit herrschte. Den sieggewohnten Krad-Schützen, die am Anfang von Bechers »Winterschlacht« 100 km vor Moskau stehen, dämmert Ähnliches. Geschwindigkeit scheint plötzlich etwas anderes geworden zu sein als die Division von Raum durch Zeit. Es bedarf gar nicht der immer wieder ausgerechnet irgendwelchen Nazis in den Mund gelegten Berichte über unerschrocken heldenhaft, mit einem »Lang lebe Stalin« auf den Lippen in den Tod gehende Partisanen, um uns diese politische Relativitätstheorie verständlich zu machen: Die Deutschen stießen auf dne historische Raumkrümmung. Der eroberte und blutbesudelte geographisch meßbare Raum ließ sich nicht mehr dividieren durch die nicht mehr als Tage und Nächte und Stunden und Sekunden in Reih und Glied antretende Zeit.

Ich war nicht dabei. Wie ich seit über zehn Jahren nicht im Theater war. In Bochum herrscht eine andere Zeit als in Düsseldorf, Köln oder Hamburg. Die wenigen

Minuten zwischen Ankunft und Premiere bei McDonalds: Diesen Jugendlichen mit Exciter-T-Shirt und trotz WINTERLICHER Temperaturen nichts drüber außer der Matte gibt es nördlich von Dortmund und südlich von Duisburg nicht. Wo gibt es noch Theater? Wo gibt es Krieg?

Eingeschlossen in die fünfzehnte Reihe, genau in der Mitte, Menschen vor, hinter, über und neben mir, deren gedrängte unbewegliche Präsenz von den Rändern nach innen, also auf mich hin, zunimmt, so daß ich eingeschlossen bin in der ganz und gar an deren Zeit des Theaters, und alle meine Sinne haben nur einen einzigen Fluchtweg: das Bühnenbild, das mit allereinfachsten Mitteln, mit Fluchtlinien und kameramäßiger Beleuchtung den Blick ansaugt, um ihn in die Eingeschlossenheit des Krieges zu sperren: ein panischer, fünfzehnminütiger klaustrophobischer Anfall. Dazu ist das Theater also gut. Panische, klaustrophobische Anfälle nützen eben nur der Diskussion des Krieges. Das Theater ist die geeignete Stätte der Diskussion des Krieges. Seinen Niedergang verdankt es vermutlich der Verdrängung des Krieges, der kalten Friedenszeit in Mitteleuropa and so on.

So wie jedes Kunstwerk auch verherrlicht und verharmlost, was es nur darzustellen und zu diskutieren vorgibt, so verharmlost und verherrlicht zum Beispiel jeder Kriegsfilm den Krieg. Von dieser Selbstverständlichkeit schreiten wir zu der Behauptung, daß man zwischen guten und schlechten Kriegsfilmen unterscheiden kann. Die guten handeln von auswegloser Eingeschlossenheit, von der kleinen unlösbaren Aufgabe, von G. W. Pabsts »Westfront 1918« bis zu Kubricks »Full Metal Jacket«, die schlechten blenden zurück zur Heimat, führen die Figuren plötzlich auf Vertrautes zurück, wie eine Psychologie der Soldaten. Aber der Soldat hat keine Psychologie, er ist ja ganz woanders, aus der Familiengeschichte gnadenlos in die Weltgeschichte katapultiert. Auch Becher blendet jeden zweiten Akt in die Heimat zurück, wo sein Stück und auch die gute Inszenierung, die sparsam und sachlich zu retten versucht, was zu retten ist, auf das Niveau eines stalinistischen Herbert Reineckers, und das ist noch ein Kompliment, abrutscht. Sicher hat jeder Soldat irgendwo eine Familie, aber sein vollkommen unvermittelbar von ihr Abgetrenntsein macht mindestens jeden modernen und ganz besonders diesen Krieg aus. Er kann nicht zu Weihnachten nach Hause gehen und den Faschismus als vulgärfreudianischen Familienroman zu Ende diskutieren.

Wer von dem ehemaligen DDR-Kulturminister ein berechenbares stalinistisches Stück erwartet, sieht sich mehrfach getäuscht. Becher ist in jeder Beziehung nicht koscher, was diesem Stück Vor- und Nachteile beschert. Er ist seiner Zeit voraus und dann wieder hoffnungslos hinter ihr her, verliert sich in triefenden Monologen, die den alten Expressionisten verraten, und ist plötzlich jeder beschränkt vulgärmarxistischen 50erJahre-Lesart der Geschichte um gut zwei Jahrzehnte voraus, wie in dem eingangs geschilderten Problem der Zeitkrümmung. Aber dann liest er den Faschismus als Schande gegen Deutschland, trotz pflichtgemäß erwähnter sowjetischer Helden, seien vor allem die Deutschen seine Opfer. Wir haben uns an Deutschland schuldig gemacht, die Russen zeigen uns den Weg zurück zum guten und zum neuen Deutschland. Danke! Aber kann es nicht sein, daß die Russen nicht lieber auf diese Funktion verzichtet und ihren Bevölkerungsbestand um 20 Millionen höher gehalten hätten? Negativ fixiert auf den Faschismus in seinem Exil in Taschkent, wo er das Stück 41/42 quasi live zur Schlacht um Moskau geschrieben hat, kehrt Becher dessen Prämisse einfach um. Nicht am deutschen Wesen soll die Welt genesen, sondern das deutsche Wesen soll an der Welt genesen. Daß diese dabei in Flammen aufgeht, ist ihm eigentlich ebenso scheißegal wie seinen Gegnern.

Rührenderweise verteilt er dabei Zensuren an die deutschen Landsmannschaften. Der Schwabe ist ein Spießer, der sich an der Front an Fotos von selbst vorgenommenen Hinrichtungen aufgeilt, der Bayer – Becher stammt aus München – ist

dagegen der eulenspiegelige Stabskoch, der ständig der gesamten Nazi-Brut subversive Zweideutigkeiten sagt. Die einzige unangenehme Figur im Frontpersonal, der für seine ganz und gar unpassenden Clownereien vom Premierenpublikum natürlich den meisten Beifall erntet (der allerdings die schönste Rechtfertigung für die Diktatur des Proletariats, ja für Stalinismus und Bürokratie in der DDR ausspricht: Dieses Volk verdient keine Freiheit, seine einzige Fähigkeit ist der Gehorsam, also braucht es den Befehl zu Frieden und Menschlichkeit). Der preußische Nazigeneral läßt einen Funken vom »anderen Deutschland« aufglimmen, wenn er die sowjetischen Partisanen mit den Befreiungskriegern vergleicht, an die Befehlsverweigerung des York von Wartenberg sich erinnert, nur monologisierend zwar und dann doch dem Führerbefehl sich beugend aber immerhin.... Fast alle Nazis werden so im Laufe des Stückes nach und nach exkulpiert.

Im Mittelpunkt steht ein Muttersöhnchen, das erst im letzten Akt sein Mitläufertum aufgibt (und zum MANN wird, wie es paradoxerweise gerade seine Mutter von ihm verlangt, die ihn daran bislang hinderte), und sein Freund Nohl, eine ganz eigenartige und bestimmt nicht als Zugeständnis an pädagogisch-didaktische Absichten ins Stück gebrachte Figur: Nohl ist Architekt, als einst glühender Nazi hat er sich von seinem Vater losgesagt, seinen besten Freund verraten und vom Aufbau einer neuen, antiindividualistischen Welt geträumt, ein Strasserianer, ein linker Nazi als Kommunist auf Abwegen, der als mehrfach ausgezeichneter Soldat noch vor dem Einsetzen der Handlung alles begriffen hat und im dritten Akt desertiert. Mit ihm, der von Anfang an die Analysen des Autors vorträgt, dessen Monologe auch sprachlich die gelungensten sind, holt Becher auch noch den gefallenen Expressionisten, die ästhetizistische Künstlertype, den Doktor Benn heim in den Konsens des guten, andren, neuen Deutschland, ja stellt ihn an die Spitze der Bewegung, denn Avantgarde bleibt Avantgarde.

Diese optimistische Lesart der Avantgarde, wo Leninsche Avantgarde militärische Avantgarde – Nohl steht ja als erster mit seinem Krad vor Moskau – und künstlerische Avantgarde zusammenfallen ist zu gleichen Teilen Wunschdenken des Expressionisten Becher wie eine in der Linken gerne vergessene richtige Einsicht. Der Avantgardist im weitesten Sinne ist wie Müllers »Lohndrücker« derjenige, an dem sich die Richtigkeit eines Systems, die Gefahren einer historischen Lage zuerst und am krassesten entscheiden. Er wird der erste, fürchterlichste und glühendste Faschist, aber er versteht auch als erster diesen Irrtum. Er wirft als erster die Flugblätter, die zur Desertion aufrufen. Er wird später mit Sollüberfüllungen das Lohnniveau der Brigade drücken. Diese extreme Version des bürgerlichen Individuums ist zugleich Revolutionär und Decadent, die sich beide gegenseitig erst möglich machen, ist der beste Sozialist und darum auch sein schlimmster Feind.

Becher reflektiert dieses Problem nicht, er liefert durch diese schwierige, in die konventionelle Lesart nicht passende Figur nur eine weitere Bruchstelle für sein hinten und vorne nicht stimmiges Stück. Diese Unstimmigkeit ist dessen großer Vorteil, der Grund, dieses Stück zu spielen: Es legt die Unfertigkeit, Unabgeschlossenheit jeder intelligenten linken Diskussion des deutschen Problems in der adäquaten Form nieder. Es weiß, wenn auch nicht zu genau, davon, wieviel »linke Energie« (Brecht) im Faschismus steckte, und besteht darauf, daß die Zeit keine Wunden heilt. Denn Zeit vergeht hier schon mal gar nicht. Im zweiten Akt läuft der von einem Radiorecorder festgehaltene erste noch einmal am Volksempfänger in der Heimat ab. An der Front prosten sich die Offiziere eins ums andere Mal zu: »Auf den zweiten Akt der Schlacht um Moskau!« Zu dem es nie kommt. Nachdem der letzte deutsche Soldat zusammengebrochen ist, tritt ein Offizier der Roten Armee vors Publikum und erklärt den Deutschen die Deutschen. Diesem köstlichen, panisch-kindlichen Kunstgriff Bechers wird in der Bochumer Inszenierung noch eins draufgesetzt. Der Offizier spricht russisch, das heißt: Die Deutschen können ihn nicht verstehen. Damit wird die Zeit endgültig 1942 angehalten, die Erlösung durch die sowjetische Besatzung, die wie jede Erlösung natürlich keine Lösung ist, hilft uns nicht, die Illusion bleibt unangetastet. Die komischen grünen Figuren irren weiter durch die ins Nichts führenden Fluchtlinien, sagen sich ihre mal hochtrabenden Kitschsentenzen, mal selbstquälerischen Analysen auf und verrecken. Da wo das Theater sich übernimmt, wo es die Illusion, die ihm keiner mehr abnimmt, noch auf die Abstraktion von der Illusion ausdehnen will, scheint es zu funktionieren, da wo es wildbunte Live-Unterhaltung bieten will, wird es sich einsargen lassen können.

Wir werden mit zwei Behauptungen entlassen: Weil sie falsch gedacht haben, konnten die Deutschen auch den Krieg nicht gewinnen. Moralisch falsch und strategisch falsch ist ein und dasselbe. Das nenne ich, in einem wiederum anderen strategischen Sinne, heute, strategisch korrektes Wunschdenken, also eine richtige Maxime, unabhängig davon, ob sie sich an den echten und den metaphorisch sogenannten Kriegen beweisen läßt, nur so kann man die notwendigen Kämpfe führen. Die zweite ist ein auf das Schlußbild projiziertes Mao-Zitat: Ein unpolitischer Mensch ist ein Mensch ohne Seele. Und in der Gewißheit, daß »Seele« hier wie er einer der notorischen Übersetzungsfehler bei Übertragungen aus dem Chinesischen ist, sehe ich einmal mehr im Mißverstandenen, im Übersetzungsfehler, in der unvollendet auf dem Höhepunkt der Ausweglosigkeit bei größtmöglicher Hitze abgebrochenen Auseinandersetzung, wie sie dieses Stück vorführt, die Chance des richtigen Gedankens.

Konkret 04/88, S. 60

Lothar Baier

Der Effekt Le Pen

Die Medien lieben ihn, die etablierten Parteien ben□ t□ en seinen Erfolg □ nd die liberale Intelligen□ □ ntersch□ t□ t seine Bede□ t□ ng: Der F□ hrer des rechtsradikalen Front National, Jean-Marie Le Pen, marschiert

Jean-Marie Le Pen, der Vorsitzende _ des Front National, ist ein in den ~ Rundfunk- und Fernsehstudios häufig und gern gesehener Gast. Telegen im landläufigen Sinn ist der massige Bretone gewiß nicht, der sein lädiertes linkes Auge wie einen Orden mit sich herumträgt. Auszeichnung für die tapfer, aber nicht unversehrt überstandenen Saalschlachten der Kampfzeit in den sechziger Jahren. Was die Medien an Le Pen schätzen, ist seine Fähigkeit, vor Kamera und Mikrophon das Rollenspiel zu durchbrechen und den Lärm zu veranstalten, nach dem sich die Interviewer sehnen, den sie aber selbst nicht machen dürfen.

Der KP-Chef Georges Marchais ist ebenfalls in der Kunst geübt, im Studio Initiative und Wort an sich zu reißen, aber weil er es nun schon seit fünfzehn Jahren tut, langweilt er das Publikum. Man gähnt nur noch, wenn Marchais mit seinem normannischen Akzent den gepflegt fragenden Interviewer unterbricht, um auf die sinkende Kaufkraft der französischen Arbeiterklasse aufmerksam zu machen. Beim KP-Chef weiß man immer schon, was jetzt kommt, während der Chef des Front National, der erst seit ein paar Jahren am Fernsehbildschirm auftaucht, mit Überraschungen aufwarten kann. Statt soziale Fakten aufzuzählen, zieht er lieber über die persönlichen Eigenarten seiner politischen Gegner her und produziert dabei jene sogenannten 'petites phrases', die den Medien so teuer sind. Die *petite phrase* ist eine politisch nichtssagende Äußerung, deren Inhaltsleere die Kommentatoren dazu herausfordert, durch Interpretationskunst das hinter dem Nichtssagenden freizulegende Gesagte herauszufinden. Die *petite phrase* ist für den Politiker eine Art Münze, an deren Umlaufgeschwindigkeit er ablesen kann, welcher mediale Wert ihm zuerkannt wird. Jean-Marie Le Pen ist in wenigen Jahren zu den höchst taxierten Meistern des 'kleinen Satzes' geworden. Ein Beispiel für seine Produktion:

Nachdem Premierminister Chirac im Sommer 1987 die amerikanische Popsängerin Madonna im Hôtel de Ville empfangen, sich von ihr einen ihrer Slips hatte schenken lassen und für die Fotografen mit dem Walkmanhörer auf den Ohren posiert hatte, zog Le Pen in 'France-Inter' über den großen Rivalen im rechten Lager her. Die Geschichte mit Madonnas Slips genüßlich auswalzend, rügte er die linkischen Annäherungsversuche des Premierministers bei der Jugend. Le Pen gebrauchte dabei ein deutsches Wort, das in Frankreich so gut verstanden wird wie das Wort 'Blitzkrieg': Er tadelte Chiracs krampfhaftes Bemühen um »l'Anschluss« der Jugend.

Chirac als Hitler, der die Jugend ins Reich heimholen will; auf diese Weise hatte Le Pen den ihm angehängten Verdacht, es insgeheim mit den Nazis zu halten, rhetorisch auf die anderen abgewälzt, ohne sich dem Risiko einer Verleumdungsklage auszusetzen. Ist »Anschluß« etwas anderes als die Übersetzung des völlig unschuldigen, vielgebrauchten Ausdrucks 'branchement'?, könnten Le Pens Anwälte im Streitfall argumentieren. Wer Le Pen dagegen als Nazi oder Rassisten angreift, zieht vor Gericht sehr oft den kürzeren. Die im Land wieder zu Ehren gelangte Totalitarismustheorie erleichtert es dem Chef des Front National ungemein, sich unter Berufung auf den herrschenden Konformismus vom Ruch der ideologischen Einseitigkeit reinzuwaschen. Auf die zu Beginn des Barbie-Prozesses an ihn gestellte Frage, was er von der Verteidigung des SS-Offiziers Barbie durch den linksradikalen Anwalt Jacques Vergès halte, gab Le Pen die schnelle Antwort: »Das ist nichts weiter als der Hitler-Stalin-Pakt.«

Seit Le Pen am letzten Aprilsonntag des Jahres 1987 im Kreis seiner im bretonischen La Trinité sur Mer versammelten Anhänger verkündet hatte, daß er 1988 französischer Staatspräsident werden will, hat sich der Unterhaltungswert seiner Auftritte noch um einen politischen Koeffizienten erhöht. Man hörte ihm nicht mehr nur zu, um den Kitzel schlagfertiger Verruchtheit zu empfangen, man mußte ihm nun aus streng politischen Gründen zuhören, denn es galt zu erfahren, was von seinem Eintritt ins Spiel um die Wählerstimmen zwischen erstem und zweitem Wahlgang zu erwarten ist. Kurz nach dem Ende der Sommerferien 1987 war er Gast der beachteten, von Radio Luxemburg ausgestrahlten politischen Sendung 'Le Grand Jury RTL-Le Monde'. Die Spätnachrichten der anderen Rundfunkstationen meldeten noch am selben Abend des 13. September: Le Pen greift die anderen Kandidaten an. Eine typische Null-Nachricht, denn ein Kandidat kandidiert, um seine Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Aber über Le Pen schweigen die Medien auch dann nicht, wenn es nichts Neues zu melden gibt.

»Le Pen wettert gegen die 'a-nationalen' Kandidaten«, überschrieb *'Liberation'* am Tag danach ihren Bericht über das Medienereignis. François Mitterrand, Jacques Chirac und Raymond Barre mußten sich vom Chef des Front National vorhalten lassen, nicht wie Le Pen zu reden, das heißt »das Nationale nicht in den Vordergrund der Beschäftigung zu stellen«. Der Präsidentschaftskandidat der Kommunistischen Partei, André Lajoinie, wurde als »antinationaler« Kandidat eingestuft. Sonst gab es für 'L*iberation'* wie für die anderen Tageszeitungen nichts Nennenswertes von Le Pens Sonntagsrede zu berichten.

Im Lauf des Tages nach der RTL-Sendung muß in den Redaktionen das Tonband noch einmal abgehört worden sein, oder es dauerte einen Tag, ehe eine Botschaft Le Pens durchdrang, die nicht dem Medienthema Präsidentschaftskandidatur galt. Am Dienstag erfuhren die Leser von *'Libération'* daß der gegen seine Konkurrenten anstänkernde Le Pen seine »Sollbruchstelle« erreicht hat. Am Mittwoch hieß die Schlagzeile auf der Titelseite: »Nach den Äußerungen Le Pens über die Gaskammern: Die Abfuhr.« Hatte sich die Zeitung am Montag noch damit begnügt, Le Pen mit eine *rpetite phrase* zu zitieren, die sich über Raymond Barre als den »Stummen aus dem Serail« lustig macht, so druckte sie am Dienstag eine Passage des Interviews ab, in der sich der Doppelabgeordnete der Pariser Nationalversammlung und des Straßburger Europaparlaments über die Historiographie des Zweiten Weltkriegs verbreitet: »Alles, was wir über die Geschichte der Kriege wissen, lehrt uns, daß gewisse Tatsachen strittig waren und daß darüber debattiert wurde. Es hat fünfzig oder sechzig Jahre gedauert, ehe man genau wußte, wie die *'Lusitania'* untergegangen ist. Mich fasziniert die Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Mir stellen sich dabei eine Reihe von Fragen. Ich sage nicht, daß es keine Gaskammern gegeben hat. Ich selbst habe sie nicht sehen können. Ich habe mich nicht speziell mit der Frage befaßt. Ich glaube aber, daß das ein Nebenumstand ('point de détail') der Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist.«

Dieser 'point de détail', der nicht weit entfernt liegt von Ernst Noltes 'rein technischem Vorgang der Vergasung', erreichte die Gemüter erst mit Zeitverzögerung, dann aber erhitzte er sie gewaltig. Drei Tage nach der Radiosendung hagelte es Presseerklärungen, die Le Pens Äußerung verdammten. Am schwersten taten sich dabei Politiker der Regierungskoalition aus RPR und UDF, da ihre Parteien in einer Reihe von Regionalparlamenten auf das Wohlwollen des Front National angewiesen sind. Jean-Claude Gaudin zum Beispiel, der Fraktionsvorsitzende der UDF in der Pariser Nationalversammlung, ist 1986 mit den Stimmen der Le-Pen-Partei zum Präsidenten des Rats der Region Provence-Côte d'Azur gewählt worden und braucht die Unterstützung der Rechtsradikalen, wenn er 1989 das noch von den Sozialisten gehaltene Rathaus von Marseille erobern will. Gaudin fand die Äußerung Le Pens »inakzeptabel und unannehmbar«, fügte aber hinzu, daß »eine politische Äußerung nichts mit einem Konsens zu tun hat, der auf regionaler Ebene bestehen kann«. Jacques Chirac und Raymond Barre – der einmal gesagt hat, daß es »die Freiheit ist, was ihn mit Le Pen verbindet« – hüllten sich in Schweigen. Eindeutig fielen dagegen die Kommentare aus den Reihen der sozialistischen und kommunistischen Opposition aus: »Le Pen hat sich als Faschist entpuppt«, sagte der ehemalige Premierminister Laurent Fabius. Antirassistische Organisationen wie die Liga für Menschenrechte sprachen von »Rassismus und Antisemitismus«. Hatte es erst eines mit Verspätung aufgenommenen Interviews bedurft, um diese Erkenntnis ans Licht zu bringen?

In dem Lärm, den Le Pens 'point de détail' auslöste (begleitet von einer Diskussion über die Semantik von 'point' und 'detail'), spiegelt sich die erstaunliche Hilflosigkeit wieder, mit der die französische Öffentlichkeit dem im Europa der achtziger Jahre einzigartig erfolgreichen Auftreten einer neuen rechtsradikalen Partei begegnet. Wer es wissen wollte, für den war Le Pens Antirassismus niemals ein Geheimnis. Ältere Zeitgenossen erinnern sich gut an einen jungen Le Pen, der hinter Banderolen hermarschierte, auf denen »Tod den Juden und Freimaurern« zu lesen war. Als Inhaber des Verlags SERP, der unter anderem Schallplatten mit Naziliedern vertrieb, ist Le Pen wegen Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda verurteilt worden. Verurteilt wurde er in erster und zweiter Instanz wegen antisemitischer Äußerungen über französische Journalisten jüdischer Herkunft.

Worüber also war das Publikum sosehr erstaunt, als die franco-kanadische Journalistin Denyse Beaulieu in großer Aufmachung enthüllte, was sie als Begleiterin von Le Pens Stab auf einer Propagandareise im Sommer 1987 erfahren hatte: daß Le Pens ganze Umgebung vom Zweiten Weltkrieg besessen ist, daß der Chef die Académic Française für einen jüdisch kontrollierten Verein hält und daß er lieber eine deutsche als eine arabische Invasion erleben möchte? Das Erstaunen über den Rassisten, Antisemiten und Nazi-Nostalgiker Jean-Marie Le Pen galt der eigenen Verleugnung, so wie Yves Montand sie 1984 bei seinem antikommunistischen Fernsehkreuzzug dem Publikum empfohlen hatte: »Le Pen, das ist alles Folklore.«

Weil es ein wenig beruhigender Gedanke ist, eine Partei in die Parlamente einziehen zu sehen, deren unumstrittener Gründer und Chef geistig im Dritten Reich zuhause ist, verschafft man sich mit dem folkloristischen Bild wieder Ruhe. Mit zehn Prozent Wählerstimmen für einen Front National, der lediglich in der keltisch-gallischen Vergangenheit stochert, Jeanne d'Arc verehrt, mit dem katholischen Integrissus liebäugelt und die Immigranten ein bißchen einschüchtert, kann man leben. Die ausländerfeindlichen Tiraden klingen häßlicher, als sie gemeint sind, denn im Fernsehen konnte man sehen, daß Le Pen einen schwarzen Hausdiener beschäftigt. Antisemitismus? Im Februar 1987 meldeten die Zeitungen, daß Le Pen in New York auf Einladung Jack Torcyners, Mitglied des Exekutivrats des Jüdischen Weltkongresses und Vertreter der israelischen Herut-Partei in den USA, mit zwei Dutzend prominenten amerikanischen Juden gespeist hat. Nach Israel selbst drängt es ihn auch, nur hat es mit einer Einladung nicht geklappt, obwohl ein respektabler Mann, der frühere Mitarbeiter General de Gaulles in der Londoner Exilregierung, Jacques Soustelle, alles versucht hat, die israelische Regierung von den lauteren Absichten Le Pens zu überzeugen. An seiner Stelle reisten mehrere Abgeordnete des Front National nach Tel Aviv, unter anderen Pascal Arrighi aus Marseille, der um Verständnis für die antiarabische und anti-islamische Position seiner Partei warb: »Wenn sich die französische Immigrationspolitik fortsetzt, wird Marseille in fünfzehn Jahren wie Beirut

aussehen... Die Lehre der Imams in Frankreich ist gefährlich, und der Islam ist gewiß eine Gefahr für Frankreich wie für den Rest der Welt.«

Wie schwer es der Öffentlichkeit fiel, sich vom Bild einer Partei zu trennen, die nichts weiter als das provinzielle, baskenmützentragende und mit der Trikolore beflaggte Frankreich repräsentiert, zeigt die Zeitverzögerung, mit der Le Pens antisemitisches coming-out zur Kenntnis genommen wurde. Als schließlich nicht mehr zu übersehen war, daß sich der Chef der Zehn-Prozent-Partei in kaum verhohlener Form die Thesen des Auschwitzleugners Robert Faurisson zu eigen macht, der bis dahin als Haupt einer verlorenen Sekte galt, wurde das Steuer herumgerissen – aber nur, um sogleich wieder ruhige Gewässer aufzusuchen. Kaum war der Schock verdaut, verschaffte er sogar ungeahnte Erleichterung. Endlich hat er laut gesagt, was er bisher im Verborgenen dachte: »Die Maske ist schließlich gefallen, und Jahre der sprachlichen Inszenierung und semantischen Anpassung waren umsonst... Innerhalb weniger Minuten ist er wieder zu dem rechtsextremen Rassisten geworden, der er in Wahrheit immer geblieben war«, schrieb Chefredakteur Serge July am 16.9. in seinem Leitartikel für *'Libération'* Im wöchentlich erscheinenden Erbauungsblatt aller rechtdenkenden Franzosen, dem *'Nouvel Observateur´* brach Herausgeber Jean Daniel in der Woche nach dem 'point de détail' in verhaltenen Jubel aus: »Le Pen hat der politischen Gesellschaft einen ungeheuren Dienst erwiesen. Er hat sich selbst aus dem nationalen – und im übrigen internationalen – Minimalkonsens ausgeschlossen, der sich gegenüber dem Nazi-Phänomen herausgebildet hat. Er wird heute eindeutig abgelehnt, nachdem er gestern noch heimlich umworben wurde. Künftig werden sich die Linke und die Rechte nicht mehr gegenseitig beschuldigen, mit dem Chef des Front National zu kollaborieren, so wie sie es unvorsichtigerweise oft getan hatten. Die verschiedenen Strömungen der Rechten brauchen seine Bürgschaft nicht mehr, wenn sie sich, und sei es nur auf lokaler Ebene, um seine Wähler reißen.«

So war an einem schönen Septembertag des Jahres 1987 die politische Welt wieder in Ordnung. Le Pen, der sein Geschäft, wie Jean Daniel einräumt, bis dahin erfolgreich betrieb, disqualifiziert sich wundersamerweise selbst. Seine Anhänger und Wähler, tödlich erschrocken über den Abgrund der Infamie, der sich bei ihrem Idol auftat, zerstreuen sich in alle Winde oder kehren reumütig zu den anständigen Parteien zurück. Der Front National, nichts weiter als ein Spuk, der an einem Septembersonntag des Jahres 1983 begann, als 17 Prozent der Wähler von Dreux in der Normandie ihre Stimme bei der Kommunalwahl für Kandidaten Le Pens abgaben, und an einem Septembersonntag 1987 zu Ende war. »Das Detail, das tötet«, überschrieb Serge July seinen Leitartikel. Die Meinungsumfrage, das in Frankreich konkurrenzlos hochgeschätzte Präzisionsinstrument zur Erkenntnis der politischen Wirklichkeit, schien die Nachricht vom Waterloo des Front National kurz danach zu bestätigen. »Herr Le Pen im Abwind«, überschrieb *'Le Monde'* am 4.11.1987 einen Bericht über eine vom Institut SOFRES im Oktober veranstaltete Umfrage. »Das Image des Front National und seines Chefs verschlechtert sich ständig weiter in den Augen der Öffentlichkeit«, lautet die beruhigende Kernaussage. Der Vergleich mit einer SOFRES-Umfrage vom Mai 1987 zeigt in der Tat, daß Le Pens Ideen nach dem 'point de détail' deutlich weniger Zustimmung finden: Erklärten sich im Mai 1987 noch 24 Prozent der Franzosen mit ihnen einverstanden, so waren es im Oktober nur noch 18 Prozent. Nur 2 Prozent der Befragten sind demnach mit Le Pen der Meinung, daß es sich bei den Gaskammern um einen »Nebenumstand des Zweiten Weltkriegs« handelt. Der Prozentsatz derjenigen, die dem Präsidentschaftskandidaten Le Pen im April 1988 ihre Stimme geben wollen, ist von 9 auf 8 gefallen. Also nur noch eine Frage der Zeit, bis der Front National auf das Ausmaß des rechtsradikalen Vereins zurückschrumpft, das er nach seiner Gründung im Jahr 1972 besessen hatte.

Aber der 'Abwind' für Le Pen dauerte nur zwei Monate. Laut einer vom Institut Louis Harris im Dezember 1987 veranstalteten und am 8. Januar 1988 im Wochenmagazin *'I]Express'* aufgeschlüsselten Umfrage hatten sich die Le-Pen-Wähler soweit von ihrem Schock erholt, daß 10 Prozent der Befragten erklärten, dem Präsidentschaftskandidaten des Front National beim ersten Wahlgang am 24. April die Stimme geben zu wollen, was einem Anstieg in der Wählergunst um 2 Prozent innerhalb von zwei Monaten entspricht. Das 'Detail' hatte also keineswegs getötet. Hält man die Momentaufnahme der Oktoberumfrage gegen das Licht, entdeckt man nämlich die eine oder andere Einzelheit, die auf eine höchst lebendige Unterströmung im oberflächlich ruhigen Gewässer hinweist. Nur in einem Nebensatz hatte *'Le Monde'* eine Information untergebracht, die alles Gerede über die abnehmende gesellschaftliche Virulenz des Phänomens Le Pen dementiert: 55 Prozent der Franzosen sind danach der Ansicht, daß der Chef des Front National der einzige Politiker ist, »der laut sagt, was viele Franzosen leise denken«. Eine Mehrheit der Franzosen bestätigt damit, daß Le Pens Werbekampagne aus dem Jahr 1984, dem Jahr, in dem der Front National 11 Prozent der Stimmen bei den Wahlen zum Europaparlament erhielt, langfristige Spuren hinterlassen hatte. »Ich sage nur, was Sie denken« (»Mes idées? Les vôtres!«) hatten damals überall im Land aufgehängte Le-Pen-Plakate verkündet. Und eben diese Botschaft nimmt man Le Pen mehrheitlich ab – auch wenn man ihn nicht unbedingt als Staatspräsident oder Minister sehen möchte.

Jean Daniel und andere rechtschaffene Leitartikelschreiber machen sich und ihren Lesern etwas vor, wenn sie einen »nationalen Minimalkonsens« beschwören, aus dem sich Le Pen unwiderruflich entfernt haben soll. Dieser Minimalkonsens ist nichts anderes als ihr eigenes, künstlich hergestelltes Produkt, das sie in ihren angenehmen Pariser Büros mit der gesellschaftlichen Realität im Land verwechseln. Warum geben im Oktober 1987 nur ganz wenige (I Prozent) in einer Umfrage zu erkennen, daß sie mit Le Pen Zweifel an der Vernichtung von Millionen Juden in

Gaskammern hegen? Weil im Jahr des Barbie-Prozesses sämtliche Medien die Botschaft über das Land verstreuten, daß man nur dann ein guter Franzose ist, wenn man im Verein mit dem Lyoner Schwurgericht die Nazis verurteilt und das Schicksal der jüdischen Opfer beklagt. Selbst zu den verurteilten Verbrechern war die Lektion durchgedrungen: Als zur Zeit des Barbie-Prozesses ein zu lebenslänglicher Haft verurteilter junger Mann, der seine jüdische Vermieterin erstochen hatte, ins Gefängnis von Nizza eingeliefert wurde, wurde er von seinen Mithäftlingen krankenhausreif geschlagen.

Um die gleiche Zeit wurde ebenfalls in Nizza ein Tunesier auf der Straße erschlagen. Von einem feindseligen Empfang der Täter durch ihre Mithäftlinge hat man nichts gehört. Der Vater eines der Täter erklärte in aller Öffentlichkeit, daß er die Motive seines Sohnes verstehe und billige. Laut der Oktoberumfrage stimmen immerhin 26 Prozent der Franzosen mit Le Pens Haltung gegenüber den Immigranten überein. Daß man die Araber anständig behandeln soll, war kein Bestandteil der Fernsehlektion gewesen, die dem Publikum andererseits eingebleut hatte, daß die Handvoll Mitstreiter des Auschwitzleugners Faurisson zum allerschlimmsten zählt. Im Prozeß wurde ein Zeuge der Verteidigung gefragt, ob er denn an die Existenz der Gaskammern glaube, und gab zu seinem Glück die gute Antwort. Ganz Frankreich wußte zu diesem Zeitpunkt, wie die richtige Antwort heißt, mit der man sich auf die gute Seite schlägt. Mit den Arabern war das nicht so einfach, zumal ein algerischer Anwalt mit auf der Verteidigerbank saß und mit Ausfällen gegen den Staat Israel den Zorn der guten Seite auf sich zog. Diese Monate hindurch aufgebaute Konditionierung mit einem lebendigen, stabilen, um die bewußte Ablehnung des Antisemitismus und des Rassismus herum gebildeten gesellschaftlichen Konsens zu verwechseln, ist ein schwerer journalistischer Fehler, geboren aus dem Omnipotenzwahn der Medienmacher: Eine andere Welt als die, deren Bilder und Überschriften sie selbst machen, können sie sich nicht vorstellen.

Die Medien in Frankreich haben das Phänomen Le Pen gewiß nicht hervorgebracht. Aber sie wirken an seinem Fortbestehen mit, eben weil sie, in der Überschätzung ihrer eigenen Effekte, den Effekt Le Pen unterschätzen – obwohl sie selbst ihm pausenlos unterliegen. Im Sommer 1987 zum Beispiel schienen die Zeitungen und Magazine auf einmal, wenn auch mit großer Verspätung gegenüber den Medien der Nachbarländer und der USA, die politische Sprengkraft des Themas AIDS entdeckt zu haben. Jean Daniels *'Nouvel Observateur'* erschien mit einer AIDS-Titelgeschichte, ebenso und fast gleichzeitig die anderen Magazine, *'Libération'* veröffentlichte ein umfangreiches Dossier, in dem sich unter anderen die bekannte Literaturwissenschaftlerin und Psychoanalytikerin Julia Kristeva mit der Notwendigkeit beschäftigte, einen »neuen erotischen Code« aufzustellen. Doch nicht die journalistische Sensibilität für gesellschaftliche Unruhe hatte diese Titelgeschichten und Dossiers entstehen lassen, sondern der Effekt Le Pen.

Der Chef des Front National war es gewesen, der das Thema auf Fernsehhöhe gehoben hatte. Le Pen hatte in einem Fernsehinterview nach Art des bayerischen Staatssekretärs Gauweiler die Internierung der AIDS-Infizierten gefordert, was noch nicht weiter aufgefallen wäre, wenn er die Forderung nicht mit einer neuen Wortschöpfung versehen hätte. Da man in Frankreich keine international gebrauchte Abkürzung ins Land läßt, ohne sie zu nationalisieren, da AIDS in Frankreich SIDA heißt, fiel es Le Pen nicht schwer, die von ihm erträumten Infizierten-KZs mit dem beruhigenden Neologismus »Sidatorium« schmackhaft zu machen, so als käme es ihm auf die pflegliche Behandlung der Kranken an. Für die Infizierten erfand er ebenfalls einen neuen Namen, »les sidaîques« – woraus feine Ohren sogleich eine versteckt antisemitische Anspielung heraushörten, da »sidaîque« phonetisch nahe bei »judaîque« liegt, dem Schriftwort für jüdisch, in dem aber auch der »Judas« mitklingt. Kaum waren »Sidatorium« und »sidaîque« in die Welt gesetzt, brach ein Sturm der Entrüstung los und endete in begriffsloser Indignation, wofür dieser in *'Le Monde'* veröffentlichte Kommentar des Wissenschaftsautors Jacques Ellul typisch ist:

»Monsieur Le Pen behauptet, Christ zu sein und eine christliche Gesellschaft wiederherzustellen. Ich sage, seine Haltung gegenüber den AIDS-Kranken ist zutiefst unchristlich. Und die Benutzung der Krankheit und des Todes zu politischen Zwecken ist ein Skandal vor Gott. Wenn die Franzosen noch würdig sind, Republikaner und Demokraten genannt zu werden, müßte dieser Mißbrauch von AIDS sie unwiderruflich vor Ekel ernüchtern und Le Pen allein in seiner Schande dastehen lassen.«

So funktioniert der Effekt Le Pen: Die guten Geister entrüsten sich, und während sie sich entrüsten, steigt, wie im Fall des »Sidatoriums«, Le Pens Popularitätskurve steil an, bis auch der letzte Entrüstete begreift, daß Le Pen etwas getroffen hat, was die Leute tatsächlich beschäftigt, wonach man sich ebenfalls dazu bequemt, sich des Themas anzunehmen, natürlich auf liberale, sachliche, demokratische Weise.

Während sich Leitartikler entrüsten, Historiker die Stirn in Falten legen und Soziologen Organigramme erstellen, ist die junge Journalistin Anne Tristan in die Gesellschaft hineingestiegen, in der Le Pen sein Echo findet. Sie hat sich nicht einfach am Tresen von Bahnhofsbüffets umgehört – was jedem flüchtigen Beobachter gelingt – und rassistische Äußerungen aufgeschnappt. Sie hat sich, als arbeitslose Stenotypistin verkleidet, für ein halbes Jahr in einem der nördlichen Außenbezirke von Marseille niedergelassen, in denen der Front National Rekordergebnisse erzielt. Anne Tristan hat sich im lokalen Parteibüro des Front National vorgestellt und mit antikommunistischen Reden soviel Vertrauen erworben, daß sie als Parteimitglied aufgenommen wurde. Sie wollte jedoch nicht die Spionin spielen, die, sensationelle Enthüllungen aus dem Innern des Le-Pen-Apparats im Gepäck, aus der rechtsradikalen Kälte in die liberaldemokratische

Stallwärme zurückkehrt. Sie wollte die Lebensbedingungen der Le-Pen-Anhänger teilen, um herauszufinden, wie der wachsende Einfluß Le Pens in großen Teilen der Gesellschaft zustande kommt.

Der Erfahrungsbericht, den Anne Tristan unter dem Titel :`*Au Front'* im Herbst 1987 veröffentlichte, ist die niederschmetternde Erzählung aus einer Welt der Verlassenen*. Es ist weniger das materielle Elend, die Armut unter den Arbeitslosen, die Wohnsituation in den heruntergekommenen Sozialbaufestungen, was die Bewohner des Marseiller Nordens beim Front National Zuflucht suchen läßt; es ist ihr »mal de vivre«, das Gefühl, am Leben selbst zu leiden, von Gott und der Welt im Stich gelassen zu werden. Keine Partei, keine Gewerkschaft, kein Pfarrer läßt sich in diesen Ghettos blicken, die einmal Bastionen der Kommunisten waren. Wenn ein sozialistischer Abgeordneter sich einmal dazu bequemt, seinen Wahlkreis aufzusuchen, war der Abgeordnete des Front National schon fünfmal da. »Le Pen hat da leichtes Spiel zu behaupten er sei in direktem Kontakt mit dem Volk, er kann ohne Mühe behaupten, die Regungen der Nation zu kennen. Niemand macht es ihm streitig.«

Die Le-Pen-Anhänger, mit denen die Autorin gelebt und gearbeitet hat, fühlen sich von der Gesellschaft ausgeschlossen und ertragen ihre Lage nur, indem sie selbst andere ausschließen, die Immigranten vor allem, worin sie der Front National bestärkt. Daher die Empfindung, in Le Pen einen politischen Führer zu haben, der ausspricht, was sie selbst denken, auch wenn seine Anhänger ihm keineswegs in allen Punkten folgen, wie es Anne Tristan aufgefallen ist:

»Man begegnet vielen Vorbehalten, die Leute wiederholen ständig 'Wir sind keine Rassisten', und sie sagen das nicht aus Berechnung, sie wollen nicht als Rassisten gelten, wollen keine Rassisten sein.« Aber die Leute in ihrem Wohnbezirk schlucken die martialischen Parolen des Front National, weil sie in ihm zugleich eine Alltagskultur finden, die über ihre Misere hinwegtröstet, die Nachbarschaftsbeziehungen stiftet und mehr im Festefeiern als in politischer Schulung besteht. Deshalb, sagt Anne Tristan, »habe ich weniger Wut auf Roland, Alessandro, Véronique und die anderen Parteimitglieder, mit denen ich aktiv war, als auf all jene, die das aus Blindheit oder kleinlicher politischer Berechnung zugelassen haben.«

Das sind für die Autorin in erster Linie Politiker der nichtkommunistischen Linken. Sie haben alles dazu getan, daß die schwer angeschlagenen Kommunisten noch schneller von der Bildfläche verschwinden und damit die von den Kommunisten unterhaltene Alltagskultur austrocknet, doch nichts an deren Stelle gesetzt. In den ganzen sechs Monaten ist ihr in ihrem Wohnviertel kein linkes Plakat, kein Flugblatt, kein Aufruf zu einer Versammlung begegnet. Am schlimmsten findet die Journalistin, daß die defensive Haltung der Linken die Banalisierung der Sprache Le Pens nach sich zieht. »Fängt man bei der Linken nicht an, uneingestanden Wahrheiten in diesen Reden zu finden? Haben nicht viele führende Politiker der Linken eingeräumt, daß die Immigration trotz allem ein Problem darstellt? Warum betrachtet man die gesellschaftlichen Probleme häufig unter diesem Blickwinkel? So daß man in den Cafés und den Läden immer weniger Leuten begegnet, die das Gegenteil dessen zu sagen wagen, was der Front National sagt.«

Unterdessen pflegt man im *'Nouvel Observateur'* weitab von irgendwelchen Sozialbaughettos den »nationalen Konsens«. Bernard Stasi, einer der liberalen Politiker des Regierungslagers, gibt der sozialistischen Opposition den guten Rat, gegenüber Le Pen den Mund nicht zu weit aufzumachen, da sie sich seinerzeit nicht zu schade gewesen sei, mit der »französischen Filiale eines der größten Unternehmen des Totalitarismus in der Geschichte« zu kooperieren – gemeint ist die KPF. Eine Woche nach dem 'point-de-détail' Interview stellte sich der Präsidentschaftskandidat der Kommunisten, André Lajoinie, dem Chef des Front National in einem vom 5. Fernsehprogramm übertragenen Streitgespräch; Lajoinie, der kein begnadeter Redner ist, schlug sich jedoch erstaunlich tapfer, brachte Le Pen mitunter zum Poltern und Schwitzen, aber da Lajoinie Kommunist ist, durfte er für die dem Anti-Totalitarismus verpflichtete *'Libération'* letzten Endes auch nicht besser gewesen sein als sein rassistischer Gegner. Der bedächtig abwägende Historiker Michel Winock schließlich findet in einem »gewissen Gauchismus«, der von einem »multikulturellen Ganzen« träumt, keine bessere Alternative zum National-Populismus Le Pens: »Während die einen das Problem durch Ausschluß lösen, lösen es die anderen durch die Verneinung einer nationalen Gemeinschaft.« Der liberal-demokratische Historiker hält die Immigration ganz selbstverständlich für ein Problem: Das lepenistische Vorverständnis ist offensichtlich schon weit in die Mitte vorgedrungen. Anne Tristan vermerkt mit Erstaunen, wie sehr sich die Medien bereits an die Größenordnung der Gefolgschaft gewöhnt haben, die der Chef des Front National versammelt. Als sie nach sechs Monaten im Sommer 1987 das Marseiller Ghetto verließ, klapperte Le Pen gerade die Feriensträndе Frankreichs ab, um die Urlauber vor AIDS und Arabern zu warnen. »Ich war von der Veränderung der Sprache überrascht. Die Journalisten schrieben, daß er hier 'nur' 2000 und dort 'nur' 1800 Leute zusammenbrachte. Das 'nur' gab mir einen Stoß.«

Was das Phänomen Le Pen unter anderem zum Vorschein bringt, ist eine schwere Störung der Selbstwahrnehmung. Das Bemerkenswerte an ihm fällt offensichtlich kaum mehr auf, auch nicht im Vergleich mit anderen europäischen Gesellschaften: Deren Protestwähler laufen zwar allen möglichen Programmen, nur nicht dem des Rassenbürgerkriegs nach. Daß es nicht weiter auffällt, hängt mit der Umwandlung der Öffentlichkeit in eine PR-Abteilung der Firma Frankreich zusammen. Da PR-Abteilungen im wesentlichen Erfolge zu melden haben, können die Medien den Effekt Le Pen auch nur in den quantitativen Kategorien der Umsatzentwicklung erfassen: daher das 'nur' vor den 2000 Zuhörern am Ferienstrand. Im Januar 1988 ging es jedoch wieder aufwärts, da waren in Nizza 7000 auf den Beinen, als Le Pen das

Programm seiner angestrebten Präsidentschaft erläuterte. Fürs Fernsehen stieg Le Pen dazu ins winterliche Mittelmeer und präsentierte sich mit neuem look, den Pfadfinderhaarschnitt gegen eine Frisur ausgewechselt, die, wie 'France-Inter' den Hörern erläuterte, an Ronald Reagan denken läßt.

Die Anne-Tristan-Zitate entstammen einem Interview, das die Autorin einer neuen linken Zeitung mit dem Namen *Politis* für deren im Oktober 1987 erschienene Nullnummer gegeben hat.

Dieser hier gekürzte Text erscheint vollständig Ende April in: Lothar Baier: Firma Frankreich. Eine Betriebsbesichtigung. Verlag Klaus Wagenbach, 160 S., ca. 16,50 Mark

**Erscheint Mitte April unter dem Titel »Von innen« bei Kiepenheuer + Witsch, 220 S. 22 Mark*

Konkret 04/88, S. 64

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Daß deutsche Professoren, die Geisteswissenschaftler voran, in der Regel kein Deutsch können, damit sollten Profis eigentlich vertraut sein. Nicht so offenbar da, wo man im »Spiegel« den Essay betreut. Ulrich Becker, Soziologe in Bamberg, in Nr. 9/88: »Wir müssen in die 'Niemandssteuerung' der dahinjagenden, wissenschaftlich-technischen Entwicklung durch Veränderung ihres Selbstverständnisses und ihrer politischen Gestaltung Steuerrad und Bremse einbauen...« Rhrrr... Gibt schon mal Nullkommasieben Punkte Abzug wegen Gewuschels. Aber nun erst: »Das setzt als minimalen ersten Schritt die Wiederbelebung der Lernfähigkeit, der Irrtumsfähigkeit voraus.«

Ja, das kommt davon, Profs, wenn man das Tu-Wort nicht ehrt. Daß am Ende die Begriffe nur noch dumm herumstehen.

*

Carmen, Carmen, Carmen, und noch immer kein Ende...

Bei Olympia. Aus dem 4. Stock. Durchs Telefon. Macho-Bubi gegen Pipi-Püppi. Nein, dann doch lieber gleich mit Emmerich Kálmán: »Denn Deine Leidenschaft/ist stärker noch als Gulaschsaft!«

*

Wie ich ihn liebe, diesen neuen Typ Frau über vierzig: frisch getrennt, aber nicht untergekriegt, Blessuren zu ersten Zügen von Charakter im Gesicht sublimiert, verwegen neu die Frisur, verwegen das neue Make up, stämmig bis in die nicht mehr ganz astreine Bandscheibe steht sie (»in den Ring, Welt!«) da und sagt: Es gibt keine interessanten Männer mehr; es gibt nur noch interessante Frauen. – Nun gut, man kann sich nicht zerreißen. Aber müssen die andern deshalb gleich so hundsmiserabel sein?

*

Stell dir vor, sagt Freund Ludwig F. und deutet auf die kalte Frikadelle, die ich eben erstanden habe Nähe Hans-Albers-Platz, stell dir vor, der sie gebacken hat, hat sie, diese Krankheit, von der eben soviel die Rede ist... und schneidet sich in den Finger. Das Blut tropft hinein und... Ja, sage ich, und dann knetet er sie, wie wir es gelernt haben: also erstmal unter die linke und dann unter die rechte Achsel damit, und dann noch einmal hineingespuckt... Ja, und dabei schmeckt sie doch ganz unschuldig, einfach nach Kerzentalg, mit einem kleinen Aroma von schweißigen Füßen dazu, zugegeben. Und nun doch lieber mit dem Rest unter ein Auto, wo er dich doch schon mal so grau ansieht. Morgen wird eine Lilie an der Stelle sprießen. – O um das wahre 'wahre Leben' in Hamburch, auf St. Pauli auf der Reeperbahn. . . !

*

'Talkshow' aus Berlin mit Lea Rosh; die zwar wie immer hübsch anzuschauen ist, wie ein Weihnachtsbaum vor Karstadt, mit all ihrem Lockenschnee, den Klunkern, den Farben, dem Lametta; aber der von ihr mittlerweile erreichte Grad an Unentbehrlichkeit beim Verwalten von Dummerhaftigkeiten nagt unerbittlich auch an ihrer Intelligenz (Perdinci! Sieht man ihn ja richtig nagen, den Grad!).

Thema? 'Nationalstolz'. Und da hätte man ja nun mal daran erinnern können, daß die Mehrheit der Europäer ihren Nationalstolz bis heute da primo aus der Tatsache bezieht, unter größten Opfern die Deutschen verjagt zu haben; fragen können, warum Todo Cotugno, Italien, singen kann: »Ich bin ein Italiener...mein Präsident war Partisan«, während ein Reinhard Mey, zumindest in Dritten Programmen, mittlerweile doch wohl eher welk aussähe, sänge er mit ähnlich lässigem Stolz: »Mein Präsident (Lübke) hat KZ's gebaut«, oder auch nur: »Russen (Weizsäcker) gekillt« oder »Kriegsverbrecher in Nürnberg verteidigt«.

Aber darum, daß eurowide Selbstverständliches zur Sprache komme, wurden Talkshows nun mal nicht erfunden...

Gut, Noelle-Neumann, da kann man (»Stolz ja, Arroganz nein!«) nichts erwarten; da wartet nur alles auf Autobiographisches mit dem Titel »Mein Leben zwischen BdM und BdI«... Aber fast schlimmer noch die Jungen, wie sie sich mit 'Europa' und damit, daß doch jeder erstmal Mensch sei und bleiben müsse, aus ihrer Geschichte stehlen.

*

Wenn einer sich weder auf gute Verse noch auf gute Musik versteht, was kann der schon machen? Na was schon? Lieder. Einfach zwei Zumutungen zusammenpacken: schon wird ein 'Hamburger' draus.

Nichts gegen ausländische Liedermacher; man versteht so schön die Texte nicht. Auch ist gewiß, als Mensch, Peter Maffay ein durchaus redlicher Stoffel. Aber leidliche Politik in Ost und West wünscht man sich manchmal anfallartig aus keinem andern Grund mehr als dem, daß sie uns von unseren Liedermachern erlöste, dumm, wichtigtuerisch, sentimental, wie sie

sind, ungenaue Gedanken, ungenaue Gefühle, keine Präzision und also auch keine Ekstase, all diese theologisch verschleimten Drei-Tage-Bärte, Klampf- und Krampfhudler, triefäugige Weinerlichkeit...

Freilich (wie es sich anfühlt, das Wort, wie alte FAZ's hinter Tapeten!) freilich: es muß auch der Zorn über das Unrecht nicht notwendigerweise kunstvoller sein als das Unrecht selbst: aber wenn schon das die Wecker und Maffay, die Biermann, Krawczyk, Mey und Konsorten ins Recht setzt, warum dann überhaupt noch *einzelne* Liedermacher? Warum dann auf die nächste Demo nicht jeder mit seiner eigenen Gitarre, jeder mit seinem eigenen saudummen Lied?

Das Öd-Pussy Hagen, Nina, eh ichs vergesse: immer gerade so kreischend high und frei, als habe sie sich eben auf einer Kommunion im Rheingau an einem Gläschen 'Liebfrauenmilch' zuviel verschluckt...

Pardon, Franz, mein lieber, bester.

*

Unvergeßlich von allen Animiermelodien der Eishockey-Olympiade die aus Liszts '3. Ungarischer Rhapsodie'. Unsterblich geworden Ende der 40er Jahre in der Liedfassung des unvergeßlichen Peter René Körner: »Einmal/das ist doch keinmal/und so ein netter kleiner Seitensprung/der hält so schön die Herzen jung...«

*

Eine ehemalige Pornodarstellerin und Prostituierte bietet am 11.2. 'Pro und Contra' auf in Sachen Gesetzesreform wg. Pornografie. Materielle Entbehrung (keine Lehrstellen für Mädchen, fehlende Zeitarbeitsplätze für Frauen) habe sie diesen Schritt tun lassen, sagt sie. Das arme Mensch. .. Daß sie das Beste und Geistlichste, was sie hat, ihren Körper nämlich, mit 18 Jahren als einen alten Putzlappen hat hergeben müssen, weil das Geld für die Scheibletten aufs Brot gefehlt hat.

Tut mir leid, Schwestern, aber für rnich hat *hier,* in der Republik, die soziale Indikation der beschriebenen Art, die Prostitution betreffend, den Argumentationswert von Erfrierungen, die sich kleine Afrikaner beim Spielen in Kühlschränken geholt haben. Es ist einfach eine Riesenheuchelei. Und eine Verhöhnung der Frauen, die woanders tatsächlich aus Not auf den Strich gehen müssen.

Apropos, mal hergehört, Alternativszene: Gehört man eigentlich schon zu den Vernichtern ältester weiblicher Arbeitsplätze, wenn man noch nie bei einer Prostituierten war, einfach weil einem körperliche Ausschweifung eine viel zu andachtsvolle Sache ist, als daß man sie in Geldgeschäfte verwickelt sehen möchte? Oder kommt unsereins da noch mal davon?

*

Was den Fall Rinser erst zum Fall gemacht hat, war das selbstgerechte Ableugnen, bzw. Verharmlosen von Irrtümern, die sie in einem Alter beging, in dem die in einem bourgeoisen Elternhaus erlittenen Milieuschäden in der Regel umso freimütiger sich zu bekennen wagen, als sie sich auf der emotionalen Höhe des Zeitgeists fühlen können. Das ist heute nicht anders. Nur, daß die politischen Folgen solch' zeitgenössischen Bekennermuts noch nicht endabgerechnet sind.

Unter Kram fand ich dieser Tage einen Ausschnitt aus der Frankfurter Studentenzeitung 'Diskus' von 1957 (58?) mit einem ausführlichen Bericht zu 'Nacht und Nebel', einem der ersten Filme über die deutschen Vernichtungslager, den ich damals in einer Veranstaltung der christlichjüdischen Gesellschaft sah. Nein, kein Grund, sich dessen zu schämen, wirklich nicht. Aber dann doch zum Schluß dies: »Nachrichten, wie sie kürzlich über Bautzen, über Algerien durch die Presse gingen, 'beruhigen' darüber, daß die Methoden der Unmenschlichkeit nicht milder, aber auch nicht schlimmer geworden sind... Der westliche Kolonialismus, die bolschewistische Ideologie – der Teufel hat viele Gesichter...«

Immerhin, da hatte sich damals, dreiundzwanzigjährig, das Kind eines gläubigen NS-Haushalts doch schon bis zu dem Punkt weggerobbt, wo heute Liberale sich wohlfühlen. Trotzdem: dieses unterschwellig pochende Verlangen, sichs mit der hausgemachten Kriminalität eine Spur bequemer zu machen, in dem man auch anderer Leute ungesühnte Schuld anmahnt, versöhnlich, versteht sich; ist doch (Teufel nochmal!) allen Lastern ein allgemein Menschlich-Martialisches immer und ewig gemein...

Nochmal: Sich schämen? Wohl nicht. Aber doch den Kopf schütteln über das seltsam altkluge Bürschchen, das man mal war.

*

Wo das Positive bleibe? Hier ist es, zum Schluß. Frohbotschaft: Endlich sieben Programme! Und endlich die konkrete Chance, ganz von der Nadel runter zu kommen. Denn nun gibt es keine 'guten' Filme, keine 'ernsten' Sendungen mehr, die man glaubt, auf keinen Fall verpassen zu dürfen. Keine Notwendigkeit herrscht mehr, wo der Mangel behoben ist. Reich ist der Tisch gedeckt. Und per Fernbedienung stellen sich die schönsten Fast-Food-Menus zusammen: Hier drei Minuten lang ein blödes Gesicht, hier für vier Minuten Dumdum-Dummis Rede-, resp. Schußwechsel, ein Komiker auf die Schnelle hier, ein Indianer da, da ein Stück Revue und hier eine Prise Werbung. Nichts ist auf einmal mehr wichtig. Und alles ist nur noch Fernsehn. Lässig zur Hand ist der Überfluß; und schon ist alles überflüssig. Adieu, Scheibe, adieu, ihr schönen Zeiten der

Not, als man sich noch wegen eines besonderen Films, einer bestimmten Sendung vor dir einfand. Adieu, ihr Leidenschaften, als, Schirm!, du noch begehrenswert warst, so wie du dich rar machtest!

Nun nur noch dies flackernde Möbel; und manchmal die Katze, wenn sie mit der Pfote zu den Präriehunden rauflangt...

Konkret 04/88, S. 66

Franz Lerchenmüller

Geben ist seelischer

Es geht um Geld. Um Geld, das jemand freiwillig herausrückt, um Menschen zu unterstützen, die er bemitleidet, oder um die Verwirklichung einer Idee zu fordern, die er für richtig hält: um Spenden also. Damit auch um den, der spendet und um den, der das Geld erhält, das Spenden-Opfer

Der bundesdeutsche Spendenmarkt heißt mit gutem Grund so: 20.000 oder 40.000 Organisationen, keiner weiß das so ganz genau, versuchen, ein Stück vom jährlich drei bis vier Milliarden Mark schweren Kuchen zu ergattern. Das eigentliche Geschäft machen natürlich die Großen, straff durchorganisierte Wohltätigkeitskonzerne wie etwa das Deutsche Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt oder die Hilfswerke der Kirchen; der Konzentrationsprozeß ist in vollem Gang.

Gebettelt wird an der Haustür und im Nobelrestaurant, per Direct-mailing oder Anzeigen, möglichst kombiniert mit PR-Kampagnen in den Medien, bevorzugt vor Weihnachten. Gebettelt wird um Geld vor allem, aber auch um Altpapier, Kleider oder Brillen (und wer würde nicht gern die Entsorgung des eigenen Haushalts mit dem erhebenden Gefühl der Großzügigkeit verbinden?). Gebettelt wird für Soldatengräber, Schwarzstörche, Blinde, Betriebsbesetzer, Missionare, Kinderdörfer, Altenheime und »Die Neue«, Leprakranke, Krebsbekämpfung, Klose und Kiep.

Der dabei übliche Datenhandel, die oft überhöhten Verwaltungskostenanteile und die Fälle von schlichtem Betrug sollen hier allerdings so wenig interessieren wie das Hauptmotiv aller Spender, die Steuerabzugsfähigkeit, und so wenig wie der Skandal, den der Normalfall darstellt: daß die Einwohner eines der reichsten Länder der Erde freiwillig Geld hinblättern für Leistungen zur Sicherung ihrer Gesundheit und ihres sozialen Schutzes, die zu erbringen selbstverständlich Aufgabe des Staates wäre, wäre er, wie sie unermüdlich nachbeten, »ihr« Staat.

Hier soll nur die Rede sein von den Spendern und Spenden für die Dritte Welt; von Geld, das ausgegeben wird, ohne daß der Spender irgendwann selbst materiellen Nutzen davon erwarten kann: 123,6 Millionen am »Tag für Afrika« 1985, 157,2 Millionen für Misereor 1983,140 Millionen für Brot für die Welt 1984/85, 14,8 Millionen für terre de hommes (tdh) 1986, oder auch je 1,5 Millionen für die Hilfsaktion Vietnam 1984, 1985, 1986.

Was man so liest: Täglich sterben auf der Erde 40.000 Kinder, vielleicht auch ein paar Tausend mehr, noch keine fünf Jahre alt, an Hunger oder Durchfall; 2900 Millionen Dollar, vielleicht auch ein paar mehr, werden am selben Ort in der gleichen Zeit für Waffen und Munition ausgegeben. Fakten, die sehr wohl geeignet sind, den Gefühlshaushalt des feinnervigen europäischen Humanisten für kurze Zeit durcheinanderzubringen, besonders wenn sie illustriert werden mit Fotos von Müttern mit vertrockneten Brüsten oder von Kindern, die unter Zeitungspapier schlafen.

Ein vages Gefühl streift das Gemüt des Bundesbürgers, »irgendwie« mit dafür Verantwortung zu tragen, daß auf fast der gesamten südlichen Hälfte der Welt Unterernährung, Krankheiten und Wohnungsnot den Alltag bestimmen; dne unklare Angst, daß die dort dahinvegetierenden Menschenmassen doch einmal Wege finden könnten, zurückzuschlagen. Denn nur als Rache an ihm selbst – indische Atombomben auf europäische Städte, Sprengstoffexplosionen im überfüllten Kaufhaus – , nur als Vergeltung kann er sich deren Befreiung denken.

Eine so von Angst und Schuldbewußtsein gleichermaßen geprägte Stimmungslage bildet die Voraussetzung, daß Mitleid aufkommen kann, die exklusive seelische Regung derer, die nicht mitleiden müssen. Es beginnt die Suche nach Ablaßventilen. Etwas tun. Irgendetwas. Beten. Büßen. Wenigstens einem Kind die Tränen trocknen. Sich freikaufen aus der vermeintlichen westlichen Komplizenschaft. Spenden. Sammeln. Spenden.

Gespendet wird heute vor allem für den Aufbau und die Weiter|ührung unterschiedlichster Projekte in der Dritten Welt, für die Hirsemühle in Obervolta, den Bau von Wasserrückhaltebecken und Fischerbooten, die Entwicklung angepaßter Landwirtschaft und Technologie, die Ausbildung von Gesundheitshelfern und den Rechtsbeistand für Verfolgte des Apartheitregimes. Der hohe Anspruch, mit solchen Projekten »Hilfe zur Selbsthilfe« zu leisten, der auch als Antwort auf den Vorwurf gedacht war, die Dritte Welt sei für Almosengeber ein Faß ohne Boden, – diesen Anspruch zu verwirklichen stieß von Beginn an da auf Grenzen, wo Teilnehmer eines Projektes sich politisierten und damit die Arbeit der jeweiligen Hilfsorganisation bei der Regierung des Gastlandes in Mißkredit brachten. Dann macht, so Walter Skrobanek, Südostkoordinator bei tdh »die Notwendigkeit, sich den konservativen Regierungen gegenüber taktisch zu verhalten (.. .) aus politischen Initiativen solche, die sich mehr in die Sozialfürsorge abgedrängt sehen«. Inzwischen aber erzwingen schon die sich kontinuierlich verschlechternden Lebensbedingungen in der Dritten Welt häufig, daß das Geld, das zum Aufbau von Genossenschaften oder zur Schulung kritischer Mitarbeiter gedacht war, einfach dafür ausgegeben werden muß, das nackte Überleben der Betreuten zu sichern.

Daß die Gründe für diese Verarmung in weltwirtschaftlichen Strukturen liegen, daß der Zustand der Welt nicht ohne Begriffe wie Gewinntransfer, Windfall-profits oder Umschuldungsverhandlungen und nicht ohne Namen wie Bayer, Rheinmetall, Nestlé erklärt werden kann, ist für viele Spender und Funktionäre längst keine Frage mehr. Einige

Organisationen haben darauf reagiert und betreiben in ihrer Öffentlichkeitsarbeit nun nicht mehr nur Stimmungsmache, sondern liefern ein Stück politischer Aufklärung. In den »Öffentlichen Einmischungen« zur letzten Bundestagswahl, einer Anzeigenserie, die sich scharf von den üblichen Bettelkampagnen abhob, nahm terre des hommes beispielsweise Stellung zu Rüstungsexport und Flüchtlingen in der BRD, führte unter dem Stichwort »Beihilfe zum Hunger« aus, welche Folgen die subventionierte Zuckerproduktion der EG für philippinische Familien hat, oder was die Auflagen des IWF für Frauen in peruanischen Volksküchen bedeuten.

Es gibt Broschüren und Faltblätter, in denen steht, daß die Entwicklungsländer 1985 für ihren Export in die Bundesrepublik im Schnitt 1,3 Milliarden DM weniger als im Jahr zuvor erhielten, aber zwei bis drei Prozent mehr für Industrieprodukte ausgeben mußten, daß die Kaufkraft der Rohstoffpreise im Herbst 1986 mehr als vierzig Prozent unter ihrem Niveau zu Beginn der siebziger Jahre lag, daß allein der letzte große Preissturz bei Kaffee die Länder Zentralamerikas 722 Millionen Dollar kostete.

Doch Fakten, die eigentlich keinen Zweifel daran lassen können, wie aussichtslos es ist, mittels einiger Modellprojekte grundsätzliche Änderungen wirtschaftlicher Strukturen zu erreichen, sind den barmherzigen Brüdern und Schwestern nicht Anlaß, ihre bisherige Sammelei in Frage zu stellen und aufzugeben, sondern Ansporn, sich noch tiefer in sie zu stürzen. Stur beharren sie auf ihrer Lieblingsidee vom »Tropfen auf den heißen Stein«.

Schlimmer: Keiner von ihnen will wahrhaben, daß sie gesellschaftliche Verhältnisse, gegen die sie behaupten anzugehen, geradezu feststampfen, nicht so sehr, weil sie tatsächlich wesentlich zur Verbesserung der Lebensbedingungen boitragen könnten, sondern durch ihr von den Kanzeln hier wie dort gepredigtes idealistisches Evangelium: Fangen wir irgendwo an, setzen wir Zeichen und sie ändert sich, die Welt! Reichen wir uns die Hände, Bruder Aufsichtsratsmitglied aus Frankfurt und Schwester Kindernutte aus Bangkok, solidarisch, frohen Mutes – und gewaltfrei!

Auf der Strecke bleibt die Erkenntnis Jean Zieglers, daß »die einzige Antwort auf die ungelösten Probleme«, wenngleich »im Augenblick ein Wunschtraum«, »ein weltweiter Aufstand der Unterdrückten« ist. Hinfällig wird die Konsequenz, im eigenen Land die Opposition gegen den Staat zu stärken, der so munter mitmischt bei der Produktion von Hunger und Unterdrückung.

Die Linke weiß es besser. Linken kommt Mitleid nicht unter. Linke mögen es markiger, sie pflücken Kaffee in Nicaragua und kaufen Waffen für El Salvador. Oder genauer: Linke kauften Waffen für El Salvador. Denn inzwischen hat dort die Guerilla gesiegt, Duarte ist mit dem letzten Flugzeug davon, die Regierung der nationalen Befreiung hat als erste Maßnahme eine Bodenreform verkündet und den europäischen Genossen für ihre ausdauernde, unerschütterliche und konsequente Hilfe durch die Jahre ausdrücklich gedankt.

»Befreiungskämpfe bleiben in Mode« wußte sogar der »Vorwärts«. Geld fließt in die Gegenden, in denen es am lautesten knallt, oder zu den Bewegungen und Parteien, deren Public-relations-Agenturen in Europa am besten funktionieren. Der Konjunkturverlauf: ganz früher Algerien, gestern Vietnam, Chile, Portugal, El Salvador. Heute Nicaragua (– ?? –), Südafrika. Morgen Brasilien, Indonesien, Mexico? Oder die Bundesrepublik? Aber wer denn da? Der DGB, die Fundis, die RZ?

Nichts da. Gesucht sind aufrechte Helden, wie aus Legenden und mit sauberen Händen, lachende Kämpfer und tapfere Märtyrer mit echt sozialistischer Ausrichtung. Die El-Salvador-Begeisterung hier im Land, die immerhin runde vier gesammelte Millionen lang anhielt, wurde empfindlich gedämpft, als die Genossin Comandante Ana-Maria aus der Führung der FPL ermordet wurde, angeblich auf Geheiß des Genossen Comandante Marcial aus eben jener Führung der FPL, der sich kurz darauf selbst umbrachte. – Vietnam, nach dem Sieg durch die Euro-Brille ohnehin nur als grauer, langweiliger und verschlossener Schemen wahrnehmbar, hat sich, nicht wahr, durch seine Umerziehungslager und den Einmarsch in Kambodscha die moralische Berechtigung, als Almosenempfänger aufzutreten, selbst entzogen. Nur noch ein paar Unentwegte, von der Hilfsaktion Vietnam etwa, halten daran fest, von der Plackerei der Bevölkerung dort, den Ungezieferplagen und Wirbelstürmen zu berichten und Antibiotika, Gemüsesamen oder auch eine komplette Nähnadelfabrik hinzuschicken.

Und was ist mit der bundesrepublikanischen Ausgabe der Internationalen Solidarität, wenn es um PLO, Polisario, ETA oder IRA geht? – Je näher die Gewalt an die heimische Zweizimmerwohnung rückt, desto größeren Abstand suchen hiesige Unterstützer. Nichts für ungut – aber seine gesponserten Stellvertreter weiß man doch lieber in angemessener Entfernung kämpfen. Abgesehen davon ist es in der Linken nicht populär, vorbehaltlos Geld herauszurücken für Menschen, die es brauchen, weil sie irgendwo auf der Welt aus dem ursprünglichsten aller Gründe – damit ihr Hunger ein Ende hat – töten und sterben.

Einiges muß geboten werden für das bißchen Klimpergeld: Kaffee, Bastmatten, Lackdöschen oder bunte Dias, eine/n von »vor Ort«, Lieder zum Mitklatschen und Faustheben, Empanadas, Tortillas, Tacos... – exotisches Futter und viel Gefühl und zumindest die Illusion, selbst unersetzlich für den internationalen Befreiungskampf zu sein. Denn daran lassen die vor gekränkter Eitelkeit triefenden Leserbriefe keinen Zweifel, die in der TAZ der Ankündigung des nicaraguanischen

Tourismusministers folgten, in Zukunft statt der Zusatzbelastung »Brigaden« vermehrt devisenstarke Pauschaltouristen ins Land holen zu wollen: Internationale Solidarität – das heißt für die Linke in der Bundesrepublik derzeit vor allem Besserwisserei, Selbstbeweihräucherung und Kompensation der Bedeutungslosigkeit im eigenen Land.

Konkret 04/88, S. 72

Christel Dormagen

Ödiwessi

Loriots erster Kinofilm hatte am 9. März zeitgleich im Westen und im Osten Berlins Premiere. Je eine Berlinerin aus West und Ost waren für KONKRET dabei

Wahrscheinlich können sie es nie allen recht machen. Und wenn sie es dann allen recht machen, ist es erst recht verkehrt. Das ist das Los der Komiker. Oder vielleicht doch eher die Falle für intelligente Lachlustige?

Einer meiner Lieblingswitze ist der, den Heiner Müller jüngst in einem Interview zitierte. Kommt ein Mann nach bewegter Nacht ins Badezimmer, guckt in den Spiegel, sagt: Kenn ich nicht, wasch ich nicht! So ist es auch mit dem Ödipussi-Film. Man kennt alles. Und man lacht hingegeben. Wenige von uns können sich wahrscheinlich verkneifen, jemandem Loriot-Szenen nachzuerzählen: die begnadete mit dem Spaghetti oder die mit Dr. Müller-Lüdenscheid und der Ente in der Badewanne... Und wenn der andere überhaupt Loriot kennt, wird es immer funktionieren. Beide lachen in Erinnerung: der eine an die Szene, der andere an sein Loriotbild – dieses Gesicht mit der sorgfältig inszenierten Spießermimik.

Davon hat der Film die Fülle. Szenenstichworte sind etwa: Loriot als Slipkäufer- als Skrabblespieler mit alten Damen; als Stoffverkäufer; als Verliebter mit Evelyn Hamann natürlich; als Hotelgast; als Vereinshuber- als Ikeaschrankbauer; als Restaurantgast. Und vor allem, Titelstichwort, Loriot als ältliches Mamasöhnchen. Da braucht man noch nichtmal eine Filmszene zu sehen, um schon vorweg zu lachen. Allein die Vorstellung!

Und alle Episoden sind wunderschönster Loriot, wie man ihn kennt. Er hat, mit absoluter Sicherheit, jede Situation nicht im Griff. Und indem man guckt, sieht man sozusagen alle erinnerten Loriots gleich mit. Das erhöht die Lachbereitschaft. Nichts Neues also?

Doch: Neu ist die Streckung zu Filmlänge. Und im nachhinein weiß ich gar nicht mehr, worauf ich da so gespannt war; vielleicht hatte ich doch eine richtige Kinogeschichte erwartet. Die kann es aber bei solcherart Witz gar nicht geben. Trotzdem sind die Episoden hübsch und plausibel auf einer ansatzweisen Handlungsschnur aufgefädelt: Der Möbel- und Stoffverkäufer Paul »Pussi« Winkelmann ißt bei Mama, wohnt aber schon allein (»andere Jungs wohnen doch auch zuhause«, sagt Mama); er verkauft Schränke; er lernt die Rollenspielpsychologin Frau Dr. Tietze kennen; man mag sich; besucht wechselseitig die Schreckenseltern; fährt nach Italien...

Nichts Besonderes also; wie im Leben halt. Nicht wie im richtigen Leben ist allerdings, daß Pussi aus all seinen Ungeschicken unlädiert hervorgeht. Nach den Gesetzen des Marktes müßte z. B. sein Laden längst pleite sein. So blöd wie er ist, ist er doch nicht der Blöde.

Neu ist auch, daß Loriot alias von Bülow einen Körper hat, der sich in längeren Kameraeinstellungen durchs Bild bewegt: Loriot geht die Straße entlang, eine Treppe rauf, durch eine Hotelhalle. In meinem Kopf war er bislang eingesessen als regloser Sofabesitzer; als einer, der immer irgendwo steht, sitzt, hockt – der Körper passiv-unbewegt, das Gesicht in die jeweils inkarnierten Stellungen verzogen. Und da Loriots Witz ja vor allem einer der präzisen Wortsetzung ist, sind die Bewegungsszenen auch die am wenigsten gelungenen. Er zappelt da ein wenig zu jugendlich rum, wenn er in seinem schön-schrecklichen hellen Italienanzug über den Flugplatz wedelt oder immer wieder vergeblich eine Coladose wegzukicken versucht. Da sind andere besser.

Aber wenn Loriot mit konzentriertem Ernst seine Wörter und Sätze kaut, schluckt und spuckt, ist das jedesmal zum Lachen. Für mich und für alle. Und wenn er beim Möbelvorführen die Schublade nur mit geduldigem Hinundherruckeln herauskriegt, erkennen wir alle die Situation wieder und lachen uns schlapp, wie er sie so kunstvoll selbstvergessen vorführt. Ich glaube, man kann gar nicht nichtlachen als gebildeter Mittelständler. Und ich hätte noch gut so weiter im Kinosessel sitzen können, bis ich müdegelacht wäre. Ohnehin fängt der Film irgendwo in einem imaginären Mittendrin an und hört ebenso beiläufig auf.

In einer Kritik stand: »Loriots Humor ist menschlich, er denunziert nicht, das befreiende Lachen über Schwächen ist keine Schadenfreude« . Das war als höchstes Lob gedacht; und doch kann man einem ambitionierten Komiker wohl nichts Schlimmeres sagen. Vor solch gütigem Schwachsinn – ohne Schadenfreude kann man, glaube ich, gar nicht lachen – steht allerdings Loriots Können und das seiner wunderbaren MitspielerInnen. Fast nur ältere Herrschaften, mit zum Teil berühmten Namen, die es erschreckend gut verstehen, ihre Gesichter und Körper derart in dösige Haltungen sacken zu lassen, daß man fürchtet: Die sind so!

Ansonsten beißt wirklich nichts. Zeitlose Episoden eines zeitlosen Themas, daß sogar vorfreudianisch schon zum Lachen gereizt haben müßte. Politik oder nur Zeitgenössisches kommen nicht vor. Alles ist nett und nie daneben. Es gibt keine frauenfeindlichen Witze; und selbst sexuelle Anspielungen, ohne die offenbar kein Humor der Welt auskommt, halten sich

an der Grenze des Dürftigen. Das Kino war entsprechend rappelvoll – einmal quer durch alle Altersstufen. Man muß ihn einfach lieben.

PS. Eine kleine Irritation hat der Film dann doch hinterlassen. Während des langen Abspanns, voller achtungsheischender Namen, stand ich schon halb im Sitz, versuchte, lachtränenverschmiert, Tasche, Handschuhe, Schal zu halten und gleichzeitig im Steh/Schau/Gehen mich in den verdrehten Mantel zu winden, ohne vorne, hinten, seitwärts Augen anzustechen und Hüte wegzuhauen... Plötzlich erstarre ich im Gewurschtel und sehe mich vorne auf der Leinwand, gewissermaßen überlebensgroß verdoppelt als Loriot: diesem Prisma millionenfacher Gemeinplätzigkeit.

Konkret 04/88, S. 74

Maja Winterstein

Ossipussi

Gelächter und Beifall satt auch in Berlin/Hauptstadt. Loriot als Wiedervereiniger durch gesamtdeutschen Humor?

Vicco von Bülow alias Loriot ist in der DDR kein Unbekannter. Dies nicht nur, weil das ehrenwerte Palais Bülow nahe der Berliner Charité als viktorianisch-vornehm anmutender Club der Künstler des anderen deutschen Staates fungiert. Lesungen im »tip« (Theater im Palast), TV-Auftritte, Buchveröffentlichungen, Ausstellungen machten den gebürtigen Brandenburger auch an Spree und Saale zu einem Begriff. Dem leicht nöligen Charme, mit dem der sich gern dezent links-liberal gebende Lustgewinnler den Macken des allzu Menschlichen nachspürt, erliegen die in Satire und Komik nicht gerade verwöhnten Sachsen, Mecklenburger, Thüringer seit längerem.

Außerdem kommt Loriot übrigens keine Ausnahmestellung zu . Bundesdeutsche Ulk-Importe gehören zum DDR-Alltag. Auch Otto, Didi Hallervorden und Mike Krüger albern regelmäßig durch die Kinos des Landes. »Otto – der Film« brachte es in kürzester Zeit auf Rekordbesucherzahlen, man spricht von 3 Millionen allein in einem Sommer. Da lockern sich auch Lachmuskeln politischer Prominenz. Horst Pehnert, als stellvertretender Kulturminister in Sachen Kino die Nummer I in der DDR, gilt als ausgesprochener Fan. Erst kürzlich bescherte er rund 6000 jungen Leuten, die sich während einer einwöchigen Jugendfete im Palast der Republik zwischen Discotheken, Rockkonzerten und Talkshows tummelten eine mitternächtliche Sondervorführung von Ottos zweitem Leinwandopus, das erst im kommenden Jahr durch die Kinos der sozialistischen deutschen Republik flimmern wird.

Aufs Flimmern verstehen sich die Verantwortlichen des staatlichen Progress-Film-Verleihs. Dem drohenden Besucherrückgang gehen sie erfolgreich mit Massenstarts weltweiter Kinohits zu Leibe. Erst diesen Februar weilten Verleihvertreter und DEFA-Händler in Los Angeles, um neue Verträge abzuschließen. Wer zudem die DDR-Händler während der 38. Berlinale erlebt hat, der weiß, daß man es da nicht mit Amateuren zu tun hat.

Professionell aufgezogen wurde auch die Weltpremiere von Loriots erstem Spielfilm »Ödipussi« am 9. März um 17.00 Uhr im Berliner »Kosmos« an der Karl-Marx-Allee – mit rund 1000 Sitzplätzen einer der größten und repräsentativsten Filmpaläste der DDR-Hauptstadt, der mit seinem 60er-Jahre-Look noch etwas vom spröden Charme vergangener Kino-Seligkeit hat. Da war nun alles, was Film-Premieren so glanzvoll macht: eine mittlere Fan-Gemeinde vor dem Kino, Stars und andere Prominenz im Parkett, rauschender Beifall und eine Flut freundlicher Worte, nicht zu vergessen das anschließende Stehbankett im kleinen Kreis.

Vorweg – wie sich das gehört – gabs eine Pressekonferenz. Loriot und seine Crew waren via Checkpoint Charly per Charterbus im Grand Hotel in der Friedrichstraße gelandet, im orchideengeschmückten Salon wurde die gutgelaunte »Ödipussi«-Familie von einem halben Hundert Journalisten erwartet. Fotografen und TV-Kameras standen sich wie immer im Weg, ein Tohuwabohu wie es hierzulande allenfalls die Sportprominenz erlebt.

Vertreter bonnhöriger Medien sahen ihre große Stunde gekommen: wenn schon keine Wiedervereinigung, dann doch wenigstens ein bißchen deutsch-deutsche Gefühlsduselei. Denn als Vertreter eines seit 1154 beurkundeten germanischen Adelsgeschlechts sollte der Vater des TV-Köters »Wumm« den idealen Anlaß bieten.

Die Frage nach dem angeblich zweifelsfreien deutsch-deutschen Humor konnte und wollte Loriot zweifelsfrei allerdings nicht beantworten. Natürlich gebe es Späße, die international verstanden würden. »Aber genauso gibt es Witze, die ich in der Bundesrepublik nicht mache«, da sie keiner verstünde, »und umgekehrt« . Eine Abfuhr erteilte er auch jenen »Wessis«, die irgendwelche Geheimnisse höherer Art hinter der Wahl des Premierenortes vermuteten. Der 64jährige (zum Interview übrigens ohne Blacky-Fuchsberger-Perücke erschienen, die er im Film ja trägt) hatte eine simple Erklärung parat. Der Grund sei vor allem seine alte Liebe zu Berlin, dem Ort seiner Kindheit, und die Überlegung, daß der Film ohnehin von der DDR zur Aufführung erworben sei. Warum also soll man ihn nicht dort zeigen. Weiteres Insistieren unterband der Filmneuling mit einem Hinweis auf seine Großmutter: »Sie sagte immer, von Geld und Politik redet man nicht.«

Daß sein Spaß, der auf den ersten Blick so freundlich und oberflächlich wirke, durchaus gesellschaftskritische Spitzen enthalte, gibt Loriot dann allerdings zu: Ja, so harmlos wie es ausschaut, sei das alles gar nicht gemeint. Abschlägig beantwortet er hingegen die etwas bissige Anfrage eines DDR-Journalisten, was ihn denn nach jahrelanger Weigerung nun doch bewogen habe, einen Film zu drehen; ob etwa doch die Gage das Ausschlaggebende gewesensei. Nein, mit Geld habe das nichts zu tun, er habe sich einfach dem liebevollen Werben des Produzenten Horst Wendlandt nicht länger entziehen können. Wendlandt, Chef der Westberliner »Rialto«, der diesen Film gemeinsam mit Günter Rohrbach von der Münchner »Bavaria« produzierte, hält sich zu der gleichen Frage ebenfalls bedeckt. Um seinen Verdienst muß der frühere Tobis-Lehrling und Atze Brauner-Zögling, der in den 50er und 60er Jahren mit Wallace-Dutzendware und Karl May-Märchen die Agonie von Papas Kino überstand, gewiß nicht bangen.

Bange sein muß auch nicht Vicco von Bülow, daß sich sein »Ödipussi« in der DDR als ungeliebtes Kind erweist. Die Uraufführung jedenfalls wurde ein Triumph.

Das Publikum amüsierte sich wie Bolle, mehrfacher Szenenapplaus – ein imposanter Schlußbeifall ließ das angereiste Filmteam strahlen.

Offensichtlich stört sich das große Publikum wenig daran, daß diesem kauzigen Komiker keine tragende Idee für eine Story einfällt, aus der heraus sich Gags entwickeln ließen. Ähnlich Otto, baut Loriot auf die Zugkraft seines Namens und bietet ein Programm bekannter Nummern: »Pussi und Mama«, »Pussi und Freundin«, »Pussi und Hefezopf« undsofort. Zwischen Slapstick à la Harry Langdon, Krach und Klamotte im Stil Jerry Lewis' und sentimentalen Beziehungskisteleien in der Art des Stadtneurotikers Woody Allen pusselt sich der Spaß knapp 90 Minuten dahin. Abgesehen von einer nicht gerade sprühenden Italien-Episode ist das alles wirklich lustig, zumal von Schauspielern serviert, die wissen, wie man Wirkung macht.

Vor allem die Damen erhielten dankbare Aufgaben. Rose Renee Roth, die sich erst jüngst durch Schamonis »Schloß Königswald« chargierte, gibt Pussis Tante Mechthild mit dem zersetzenden Gatz kindlichen Alterstarrsinns; Edda Seippel knattert mit nervigem Organ ihre Mutter Tietze herunter; Rosemarie Fendel seziert mit der Noblesse einer gebrochenen Alice-Schwarzer-Schwester den Mief urgemütlicher Vereinsmeierei.

In jenen Szenen um einen »Verein zur Interpretation der Begriffe 'Frau' und 'Umwelt' in den Karnevalsgedanken« beweist Loriot nachdrücklich sein satirisches Format. Evelyn Hamann als angebetete Diplom-Psychologin Margarethe erweist sich erneut als ideale weibliche Verkörperung seiner Art lakonischen Irrwitzes. Auch Katharina Brauren in der Rolle des tyrannischen Muttertieres erinnert an eine sanfte Variante Adele Sandrocks, triR genau den Ton, der das Publikum bei Laune hält.

An der Karl-Marx-Allee setzt der vom allgemeinen Wohlwollen sichtlich gerührte Spaßmacher noch eins drauf. Nach artigen Dankesworten beschert er noch einen Kalauer für den Nachhauseweg. Er sei glücklich über den Erfolg, aber eine Sorge bliebe doch: »Das Haus ist voll, mehr als 1000 Zuschauer, die offensichtlich schon am frühen Nachmittag die Arbeit am Aufbau des Sozialismus unterbrochen haben. Daß mir das aber nicht einreißt«, drohte er mit dem Finger und verschwand.

Sein Film dürfte in der DDR-Hauptstadt nicht so schnell aus dem »Kosmos« verschwinden; derzeit jedenfalls ist es unmöglich, ohne längeres Anstehen wenigstens im Vorverkauf eine Karte zu bekommen. Ab Mai soll der Film dann anderswo im Lande laufen.

Konkret 04/88, S. 76

Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Musikplaudertasche

Es ist ungerecht, aber das schafft ein Schriftsteller nie: Den gut ausgeschlafenen und deshalb schon wehmutbereiten Hörer bereits nach 2 1/2 D-dur-Takten = 5 sec. kraft vierer Hörner und zweier Fagotte zu verdrückten Tränen zu zwingen: Brahms, 2. Sinfonie, 1. Satz.

&

Glenn Gould dagegen hat als Klavierspieler und Musikschriftsteller so ungefähr alle Tabus verletzt – den Musiker Gould kritisch zu verletzen, ist innerhalb der seltsam-snobistischen Gould-Gemeinde ein Tabu wie sonst nur noch Zweifel an der Psychoanalyse bei der spätchristlichen Gemeinde der Psychoanalytischen es sind; sogar die Römisch-Katholischen sind da unrepressiv-toleranter.

Gleichwohl: Was Gould mit Beethovens op. 109 macht, ist purer Unfug, der nicht einmal durch seine Frechheit charmanter wird. Produktiv hörbar wird allenfalls eins: Diese tiefe, tiefe Langeweile unter den lebenslang Musik Reproduzierenden.

&

Johannes Gross war es wohl, der die löbliche Gemeinheit in die Welt setzte: Künftige Kriege seien schon deshalb nicht wünschenswert, damit es nicht abermals zu derart miserabler Antikriegskunst und Antikriegspoesie komme wie zuletzt und zu vorletzt.

Aber auch die Umkehrung hat was: Einstige Kriege waren historisch, nämlich, hegelisch gesprochen, für die Entfaltung des Geistes notwendig, auf daß immerhin drei elektrisierend schöne Musiken, nämlich Kriegsvisionen, Kriegsimaginationen, Kriegshalluzinationen, komponiert werden konnten. Ins schon fast dösig friedsam wiegende und wogende »Dona nobis pacem« des Agnus-Dei läßt Beethoven gegen Ende der »Missa Solemnis« vollends unverhofft ein klirrendes B-Trompeten-Geschmetter hineinfahren, daß wahrlich die Fetzen fliegen, daß alle pietistische Betulichkeit aufgewirbelt wird – ähnlich, nur viel leiser und leicht zu überhören, operiert der reiche Verdi im doppelten Opus maximum. Wenn im gigantischen Autodafé-Tableau des »Don Carlo« der Infant den Vater Philipp wegen Flanderns Befreiung provoziert, dann ertönt gleichsam von fern im Pianissimo ein kurzes, aber so unwiderstehlich strahlend-kriegerisches Trompeten-Posaunen-Gemisch: daß Verdi in der nächsten Oper, im Nilakt der »Aida«, nach Radames' Worten »Odimi, Aida« den superben effetto gleich wiederholt. Im – leggerissimo e staccato – Terz-Quart-Geschmetter entfernter Trompeten imaginiert der ägyptische Feldherr den nächsten Krieg gegen die Äthiopier – auch in unseren Ohren aber verbündeln sich da die schiere Freude am Klirren, Champagnerkitzeln und Fernweh zu jener fatalen Kriegslust, die da schon 1870 und dann erst recht 1914 soviel unermeßliches Leid usw. usf.

Tja, und dabei fällt es mir erst jetzt wie Schuppen von den Augen, daß die Kriegs- und Trompetenfanfarenklänge in Mahlers »Wunderhornlieder« ja noch viel waffengangfreudiger und nämlich weher, ja heimwehsüchtiger stimmen; »allwo die schönen Trompeten blasen«, hörte Mahler die Kindheit wieder, die Kindheit, welche wie die Tucholskys elektrisiert war von Marschmusik und Trompetenunwiderstehlichkeit – tja, was soll man nun aus all dem wieder lernen?

&

Wenn man genau hinhört, macht der Ton doch die Musik. In Hannes Wader hat die westdeutsche Linkskurve ihren Roger Whittaker, in Franz Josef Degenhardt ihren George Brassens, in Dieter Süverkrüp ihren Peter Horton. Wolf (»Dosenöffner«) Biermann hingegen verkörpert eher die Fehlentwicklung seiner eigenen Baureihe. Es dröhnt das Wartburg Turbo Coupé.

Da klingt einem ja sogar ein rumpliger Zweitakter wie Stephan Krawczyk noch angenehmer im Ohr.

&

Der Zeitschrift »Tempo« entnehme ich, daß die Gebrüder Ströer aus München vom Goethe-Institut mit der Leitung des offiziellen bundesgermanischen Kulturbeitrages zu den olympischen Sommerspielen in Seoul beauftragt wurden. Die Jungmusikanten aus dem Bayernland haben sich etwas ganz, ganz Modernes ausgedacht: Eine »Kunst-Disco«, eine »Kombination von Avantgarde und Nachtleben, mit neuen Drinks, ausgefallener Einrichtung und intelligenter Tanzmusik rund um die Uhr«. – Je länger ich auf das Bild der beiden fröhlichen Disco-Deppen mit ihren albernen Designer-Klamotten schaue, desto mehr verliert die Meldung an Schrecken, desto klarer wird die Logik dieser weitsichtigen Entscheidung. Genau so muß es sein! Genau so isse, unsre avantgardistische Gaudi-Kultur: fröhlich, deppert, albern, bunt und laut. Und zwar rund um die ausgefallene Uhr. Hoch die neuen Drinks! Auf geht's!

&

O-Ton Deutschrock: An sich läufts optimal. Der sound ist extrem okay. Der stage act kommt ultraheavy rüber. Auch die cats von der road crew sind echt supercool. Bis jetzt jedenfalls war der truck mit dem gear bei den meisten gigs eisenhart in time. Und die kids grooven tierisch ab, ohne Ende. Es müßten halt ein paar mehr sein, das ist das einzige Problem. Jesses Maria, wenn jetzt die motherfucker von der record company so richtig lospowern täten, promotionmäßig, volles Rohr, dann... ja dann, Herrgottsakra bzw. »Sappradie« (H. Valerien)!

&

»In München, so kommt es mir vor, gibt es jeden Tag Klavierrécitals, die meistens von Alfred Brendel bestritten werden.«

Aus: »Unsere Presse – Kultur ohne Kontur« von Urs Widmer, nachdem dieser einen Monat lang für den »Merkur« das Feuilleton der »Süddeutschen« gelesen hatte – ein sehr gescheiter, ach was: ein ganz hervorragender Aufsatz.

Was aber die Klavierkünste Brendels samt den nimmersatten Deutungsemphasen seines Hohenpriesters Joachim Kaiser anlangt: Also, zumindest einige der Schubertschen Impromptus und Schumanns »Warum?« spiele *ich* mit meinen krummen Wurstfingern schöner. Ich fürchte, ich fürchte sehr, daß dieser als Intellektueller geführte Tastenmann von Musik nur gerade so viel versteht wie Karajan.

&

Fritz Wunderlichs »Schöner Müllerin« von 1966 ist schlimmstenfalls vorzuhalten, sie sei *zu* schön gesungen für einen leidenden Wanderburschen, für einen, na von mir aus, Outcast nach frühromantischer Maßgabe; aber das ist natürlich Unsinn, die alte Schallplatte vielmehr eine säkulare Sternstunde und entsprechend »der Himmel da droben: wie ist er so weit«.

Ich denke, Franz Schubert hat, anders als bei der »Winterreise«, bei diesem Liederzyklus hörbar an einen Tenor gedacht – wenn Sie aber partout einen Baßbariton präferieren: Nicht sehr weit von Wunderlich entfernt singt 1987 der junge Olaf Bär- und D. Fischer-Dieskau sollte man im gleichen Atemzug mal endlich und schnellstens vergessen, dieses jahrzehntelange Gerücht von hochwertiger und gar (auch wesentlich eine J. Kaiser Legende) intellektueller Rezitationskunst; ihn, der den imaginären Jüngling schon als realer so manieriert-hagestolzig und pseudotief-sinnend sang, daß ich als Müllerin ihm auch den Laufpaß gegeben hätte. Bär oder Wunderlich hätte ich jederzeit genommen – aber Weiber sind halt blöd.

&

Ein mittelstarker Schachcomputer und ein passables CD-Gerät formieren die Hauptstrategien, Schriftsteller und Ähnliches definitiv von jeder Arbeit fernzuhalten und sie dem Dauerrausch sowie »einem strahlenden Kopfweh« (Kafka) auszuliefern. Nur noch geringfügige Notizen sind allenfalls die Folge. Zum Beispiel die: daß man zur Computerstellung Kgl, Dbl, Lf3, Se5, e3, f2, g3, h2 (weiß), Kg8, Da7, Sa4, Sc8, b6, e6, f7, g7, h6 (schwarz) am besten Bruckners CD-Achte unter Carlo Maria Giulini einschiebt. Und dazu einen doppelten Espresso; und Rothändle, sowieso. Wer dann, im Zuge dieser »elysischen Minuten« (Jean Paul), nicht narrisch wird, der ist für immer aus dem Schneider, der ist wirklich gefeit.

&

Dringlich aufmerksam machen möchte ich, nachdem ich auch erst heute morgen auf sie gestoßen bin, eh ich's wieder vergesse, auf die unverhofften synkopischen Streicherpizzikati in Mozarts Sinfonia Concertante op. 364, Takt 40 ff., die aus einem schon 100prozentig schönen Stück ein 102prozentiges machen. Wer war es wieder, der da gesagt hat, die kleinen Abweichungen seien es, die den Gang des großen Weltgeists bestimmten o. s. ä.? Stimmt jedenfalls genau.

&

Gottseidank war Nietzsche als Komponist hochunbegabt und hat nur wenig und Saukomisches hinterlassen. Sich vorzustellen, ihm wäre auch nur ein Fünftel des Talents von wenigstens Wagner beschert gewesen und er hätte in der Folge dessen die Welt mit Tönen vollgeschmarrt wie zu unser aller Leidwesen und mit tumult- und konkursbuchverlaglichen Spätfolgen mit Worten bis zum Gehtnichtmehr – brrr, die Krähen schrein, weh dem, der keine Heimat hat (Nietzsche hat inzwischen; gleich fünf Stück Gedichte in der großen Anthologie von Karl Carstens/Bertelsmann) – –

hübsch immerhin: Er war im Hause Richard/Cosima geschätzt; aber vor allem als – Pianist.

Das ist es, dieser Ansatz wäre weiter zu verfolgen.

Konkret 04/88, S. 78

Günter Herburger

Antworten aus florentinischem Nebel

Ein schneller Außenseiter, dessen Depressionen bei der Renovierung seines Bauernhauses, das aus 17 Zimmerchen mit 39 schiefen Fenstern bestand, wiederaufgeflackert waren, erklärte den letzten Marathon des Jahres, nachdem auch die unsichtbare, doch eindringliche Wolke 'Großer Wermut' aus dem gleichnamigen Tschernobyl über uns gehangen und Viehfutter, Rettiche sowie eßbare Froschschenkel verseucht hatte, was unsere Leukozyten noch beschäftigen würde, zu einem Trainingslauf stante pede.

Chaotischer Start vor dem Palazzo Vecchio und hinein ins noble Gassenviertel, das mit durchhängendem Weihnachtsschmuck bekränzt war. Maronibrater schliefen noch.

Links und rechts lagen in kleinen, aus altem Mauerwerk geschnittenen Schaufenstern die Textilien, kostbaren Stiefelchen und Taschen der Alta Moda, manchmal geschickt stearinbetropft, als sei ein zweiter Nachkriegsexistentialismus ausgebrochen.

Wir umrundeten den Dom, ein politischer Prachtbau, den einst die Partei der Tuchhändler gestiftet hatte. In den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts tauchten dieselben Rautenmuster in Werken russischer Konstruktivisten wieder auf.

Es ging weiter durch die Innenstadt, dann durch Torbögen, die Galerien beherbergten. Danach begannen, wie immer während eines langen Stadtlaufs, die Bezirke der Versicherungsanstalten, schließlich die Senkrechten eines Barackenbetons, aus dem fast alle Geisteswissenschaften und zivilisatorischen Erfindungen stammten. Eine Devise lief um: Ohne Ertrags- oder Paramarxismus keine Erleuchtung.

Entlang dem Fluß Arno öffneten sich in Nieselregen und sanftem Nebel tiefe Alleen, in denen wir versanken. Der schnelle Außenseiter, der sich zum ersten Mal eine langsamere Gangart gestattete, sang leise Lieder, die er während Maisernten in Kanada oder Tabakernten in Tuxaleisure gelernt hatte. Inzwischen war er Redakteur in einer Funk- und Fernsehillustrierten geworden; ein schmerzhafter Aufstieg. Er würde sich selbstständig machen.

Aus dem Hippodrom, das wir zweimal umrundeten, war das Rauschen von Sulkyreifen und das Keuchen übender Traber zu vernehmen. Auf der anderen Seite der Straße spielten Familienväter sonntäglichen Fußball im Dunst und lobten sich gegenseitig, wenn sie im nassen Laub, das auf der Wiese lag, den Ball trafen.

Zahlreiche Zwerginnen und Zwerge waren unterwegs, Bucklige und Schiefe, Inzüchtler des ehrwürdigen Stadtstaats, der bereits deklinierte, als es bei uns noch mehr Moore und Knüppeldämme als Steinpflaster für Speichenräder gab. Die Begeisterten rannten, waren gut trainiert, ihre Behinderungen hatten sie zu Innenseitern gemacht.

Dann überholte uns Markus Sheilala S., 23, ein Geher, der den Anflug eines Ziegenbärtchens auf dem Kinn besaß. Er sah aus, als wäre er aus der Münchner Montessori-Schule entsprungen, wo es einen ähnlichen Markus gab, der bei Festen als vehementer Free-Jazz-Sänger in einer erfundenen Sprache auftrat, ruckend, zuckend und um sich schlagend, daß selbst seine Eltern die Flucht ergriffen. Der Geher ging akrobatisch gelenkig geschwinder als wir liefen, so daß wir, um ihn zu erreichen, hetzen mußten, hinauf über eine Brücke, aber hinunter hängte er uns wieder ab. Nach Kilometer 20 sahen wir ihn, als wir noch auf Marathon-Pidgin mit ihm gesprochen hatten, nie mehr.

Erneut am Arno angekommen, klemmten dort Angler ihre Beute, die sie aus dem Chemie- und Drecksrinnsal geholt hatten, in Plastiktüten verpackt mit den verknoteten Schlaufen unter die geschlossenen Kofferdeckel außen an ihre Autos, als wäre die Natur Italiens rein und verschwenderisch wie einst.

Den nächsten, den wir trafen, war Kurt F., 45, ein psychopathetischer und wundersam enzymatischer Neurosenrenner, der seit Jahren, jeweils an Wochenenden, bisher etwa 125 Marathons und 110 Hundert-Kilometer-Läufe hinter sich gebracht hatte. Er wohnte in dem einzigen Allgäuer Hugenottenort, französisch ausgesprochen, Memmingén, wo er als Buchhalter in einem Geschäft für Metzgerartikel arbeitete. Kurt F. schien unzufrieden zu sein, weil, doch wir kannten solche Klagen, der Start nicht nach internationalen Regeln erfolgt war, auch hätten auf den Merkblättern die Unterweisungen in der Hauptsprache Deutsch, ein Irrtum, und an der Straße genügend Absperrungen gefehlt. Außerdem seien die ersten Kilometer über seit Jahrhunderten abgetretene und schlüpfrig gewordene Steinplatten gegangen, doch der ekstatische Buchhalter hielt trotzdem Balance gleich einem verspäteten Hölderlin.

Der Nebel, die Kronen der Weidengeschöpfe verklärend, war noch dichter geworden, die Temperaturen stiegen. Es fing zu stinken an, da vor allem in der fahlen Düsternis quittengelbe Linienomnibusse jetzt auch unterwegs waren, deren flache Kühler und bis unterhalb der Hüften zart getönte Fensterflächen einzigartige Führung einer Eleganz besaßen, die erst in ein paar Jahren in anderen Ländern nachgeahmt werden könnte; die Kolosse drängten rücksichtslos beiseite.

Zwar standen Polizisten auf Kreuzungen und regelten den Verkehr, aber aus wartenden Autos stiegen wütend gewordene Insassen und schrien, sie seien im Recht, diese pedalen Fanatiker sollten in die Campagna, besser auf die Liparischen Inseln verbannt werden, wie es früher beim Duce getan wurde, der, nicht zu vergessen, seine Karriere als Aushilfsredakteur bei einer sozialistischen Zeitung begonnen habe!

An dieser Stelle, und ausgerechnet in Italien, bemerkte ich, daß, zum ersten Mal während eines Marathons, ein Schäferhund mitlief, doch seine Zunge hing quer aus dem Maul, und der Besitzer des Tiers wurde ebenfalls schon von quälender Erschöpfung heimgesucht.

Fortdauernd hatten wir es mit Fragen, Antworten, Erzählungen zu tun, liefen noch langsamer, besonders in langgestreckten Innenkurven. Der schnelle Außenseiter sang lauter, auch zu seiner Dokumentation, sagte, er genieße, geradezu hybrid geworden, einen märchenhaften Zustand neuer Erfahrung.

Auf einem Teilstück der Stadtautobahn, die sich über Schutt, ein Zigeunerlager und die schon wieder verwüstete Ausgrabung eines vergessenen Artemistempelchens der Arno-Auen wölbte, begegneten wir, leicht einzuholen, Raimund Nowotnéssun N., 35, der nur rote Shorts und ein kurzes, rotes Leibchen trug, weshalb er fror. Er war 186 alto, wog 69 chili, günstige Werte für Langstreckler, war vor Tagen schon aus West-Berlin angereist und hatte sich, wahrscheinlich aus Furcht vor seiner Unbescheidenheit, eine Erkältung zugezogen, die als Schleimplatte auf den Bronchien ruhte.

Als es wieder hinunterging, klatschte und rief inzwischen ausgeschlafenes Publikum am Straßenrand, denn der magere, mit seinen Armen rudernde Riese war von den Knien, über die Schenkel und hinauf zu den unsichtbaren Hinterbacken, weiter über Bauch, Brust, Schlüsselbeine bis zum Hals, wo ein blau schäumender Kragen saß, wie ein Schauermann oder japanischer Freistilringer tätowiert. Selbst in seinen Augenlidern, die, wenn er sie schloß, frivol anmuteten, saßen noch unabwaschbare, minutiöse Stiche.

Vom Kinn des schüchternen Bubengesichts stand ein zweigeteilter, vietnamesisch krauser Ältestenbart ab, das Kopfhaar war igelhaft kurzgeschnitten, im Nacken hingen gelierte Punkfransen.

Raimund war freischaffender Maurer, fuhr jeden Morgen eine Stunde in der S-Bahn durch die Stadt, werkte 8 Stunden Akkord, fuhr zurück, trank Tee, schlief 2 Stunden, dann trainierte er, ob bei Sonne, Regen oder Schnee im nahen Forst, auch hinaus Richtung Lübars entlang den Grenzbefestigungen der DDR. Zum Wochenende legte er manchmal eine Biersause ein. Er aß Kartoffeln, Brot, Reis, kaum Fleisch, vor allem keine Schlimme-Augen-Wurst.

Seine Tätowierungen hatte er sich, wie er keuchend erzählte, in seiner Heimat, der Deutschen Demokratischen Republik, zugelegt, wo er dreimal im Gefängnis gewesen sei. Einmal, behauptete er, wegen naher Beobachtung einer Schlägerei; zum zweiten Mal, weil er, entgegen in seinen Personalausweis eingestempelter Innenstadtbeschränkung, eine Kneipe betreten habe; drittens, weil er seit vielen Jahren auf die beantragte Entlassung aus der Staatszugehörigkeit bestanden habe. Tätowierungen seien in Haftanstalten und Landschaftslagern der DDR das Alleräußerste an Protest.

Der schnelle Außenseiter schritt aus, ich folgte ihm, um den Schicksalen, die wir nicht haben wollten, zu entrinnen, aber folgenreich haftete allen Schatten die Regel an: Erst nach mindestens zehnmal Wissen mehr begönne Literatur.

Raimund Nowotnéssun N. hatte mit einem Benzinstift, den er an sein Oberleibchen geklammert bei sich trug, unsere Telefonnummern mit Vorwahl auf seinen Handrücken geschrieben, doch wir würden den einsamen Mann nie mehr sehen, er würde sich auch nicht melden.

Es ging zurück ins florentinische Zentrum, die Straßen wurden enger, die Außenwände der Häuser waren wie mit Buckelpest oder mit einem neuen Beulenschmiß beworfen, und es roch nach Kartoffelchips. Wir ließen nicht nach, nahmen jetzt, dem wir schon beim Start begegnet waren, einen Extremsportler, Stefan Sch., 24, in die Zange, einen Berufssoldaten, der den Austria-Cross, 749 km, in 123:55:00 Std. als einziger bewältigt hatte.

Er war Ausbilder für Fallschirmrekruten, hatte etwa 300 Absprünge hinter sich, auch aus höchster Höhe in freiem Flug mit zusammengekniffenen Armen und Beinen, war auf Vier- und Fünftausender oder noch tätige Vulkane, wie er in seinem Lebenslauf schrieb, gestiegen, hatte marschierend mehrere Dschungel durchquert, war außerdem Ultra-Triathlonist. Seine letzten Abenteuer waren Wettbewerbe in Nizza, Hawaii, New York City und hinaus zum Mount Dalamou gewesen. Nun war er erschöpft, doch erzählte im Nebel, daß er über vergangenen Sylvester, als er überraschenderweise Sonderurlaub bekommen habe, anderthalbtausend Kilometer allein durch die Hamada-Sahara geradelt sei, dieser schüchterne, junge Mann, der zur Truppe der Kampfschwimmer überwechseln würde, die gegenüber Kiel bei dem Ostseebadeort Laboe stationiert war, wo es, ähnlich dem steilen Anlauf für eine Sprungschanze, ein Kriegerdenkmal aus Backstein gab. Dort würde der Berufssoldat sich endgültig von der Erdoberfläche verabschieden. Wir verließen ihn schweren Herzens.

Der Außenseiter sagte, langsame Läufe täten weh, er sei sie nicht gewöhnt, ich solle mich endlich schneller bewegen. Mein jährlicher Trainingsaufwand zahle sich nicht aus.

Er habe recht, aber Rückenmulde, der Maxwellsche Dämon und ein Schienbeinflattern schmerzten.

Ob ich es vermeiden wolle, besser zu werden?

Langstreckenschreiben sei weitaus schwieriger und mühevoller, allerdings würde ich, wenn ich alle Bücher, die mir noch im Kopf säßen, vollendet haben könnte, einen kleinen Mischkonzern aufbauen, den ich mit einem für die Großen und für die Kleinen geräumigen Spaghettihaus eröffnete, in dem es zentnerweise Nudeln gebe, bedacht mit einer Auswahl novellenhafter Soßen, denn für Romane und Gedichte sei ich, was deren Inhalte begünstigte, kaum bezahlt worden.

Der Außenseiter stiebte davon, hinunter die Amerigo-Vespucci-Straße, wo die Brücken Carraia und Trinita über den Arno führten, und allmählich kam schon der Ponte Vecchio in Sicht, dessen wie Vogelbauer an ihm hängende Geschäfte noch geschlossen waren.

Vorher überholte, entlang einer Schaufensterfront, eine zierliche Person, Prawda Ludmilla U. L., 18, gekleidet in ein knappes Trikot aus Blochblau, die Rückseite der Schenkel mit Dreck bespritzt. Auf ihrem Kopf hielt sich ein omnibusgelber Schmetterling aus Plastik oder Natur.

Über sie hatte ich in der kommunistischen Tageszeitung »Unsere Zeit« auf der Fahrt nach Florenz ein Huldigungsinserat entdeckt:

Liebe Uschi das Leben ist hart,
aber schön ist der Kampf
für Frieden und Sozialismus
in der DKP.
Ich gratuliere dir zu
deinem Geburtstag.
Dein türkischer Genosse.

Der Genosse mochte weilen, doch Uschi sah ich vor mir in engen, schlüpfrigen Gassen, leider, obwohl ich mich anstrengte, unerreichbar eilen, so daß ich sie schließlich ziehen ließ. Von einer geöffneten Bar, vor der sich Insassen eines Asyls versammelt hatten, erhielt sie stürmischen Applaus, der, als er abnahm, noch ein wenig mir zugute kam.

Die Altersflecken nahmen zu auf Handrücken, Pausbacken und in Nacken, obgleich die Viertel wieder neuer wurden. Es ging endlos auf den Uferstraßen von Ligano della Zecca Vecchia, del Tempio und Christoforo Colombo hinaus, schließlich noch ein Stück auf der Aldo Moro, wo rechts das »Teatro Tenda«, ein kreisrundes Theater stand, in dem wir am Abend vor dem Rennen, um die Glykogendepots unserer Lebern zu füllen, auf Gutscheine dampfende Lasagna bekommen hatten, und aus Projektoren waren Dias an die Zeltwände gestrahlt worden, Gemälde des manieristischen Hofportraitisten Agnolo Bronzino (1503-1572), ernste Gesichter der Medici-Kinder Maria, Isabella, Gracia und des kleinen, dicken Giovanni, der, sichtlich vergnügt, in seiner Rechten einen Zeisig hielt, den er gerade erwürgte. Außerdem gab es noch im Stil früher Stummfilmzeit das verzweifelte Bild eines bärtigen Manns, der ein junges Rind begattete, und die Photographie des Rabens mit der Schelle auf der Brust, der sich in dem Fernsehfilm »Kaos« der Gebrüder Taviani immer wieder in die Lüfte erhob. Dort in dem historischen Getümmel hatte ich zum ersten Mal die Genossin Prawda Ludmilla Uschi Linde gesehen, gehüllt in ein fußlanges Gewand.

Auf der Manelli, vorbei am Ospidale Meyer, einer Stiftung, lieferten sich zwei sehr alte Professoren einen Überholwettstreit. Der eine Läufer war gekrümmt, der andere noch stattlich mit lohendem Haarkranz, aber sie wurden in ihrem Kampf gestört, weil vom Straßenrand immer wieder inzwischen auch schon grau gewordene ehemalige Schüler und Schülerinnen mit Kindern, gar Enkeln zu ihnen rannten und riefen, wie schön, erhaben, begeisternd es sei, daß sie, als Linguisten, noch Marathon liefen, und den beiden Professoren blieb nichts anderes übrig, als ihr Tempo zu verlangsamen, um, gerührt, sich zu bedanken.

Die letzten Kilometer führten durch die Innenstadt ins Zentrum zurück. Der Verkehr behinderte, Absperrungen waren beiseitegeschoben, auch überrollt worden, vom Dom klang verspätetes Zwölf-Uhr-Läuten. Beim erschöpfenden Finish zur Piazza della Signoria fiel mir ein, wie wir in der letzten Nacht dort umhergewandert waren und fabelhafte Gelegenheiten bewundert hatten: –

Im eleganten Renaissancesaal der Chiesa di S. Stefano gab das elfköpfige Orchester eines Mike Westbrook ein von Punktscheinwerfern effektvoll beleuchtetes Jazz-Konzert. –

Im großen Kassettensaal des Palazzo Vecchio hielt, verschanzt hinter mit rotem Samt behängten Tischen, eine Gruppe namens Neues Europa eine Versammlung ab, wobei ein Deutscher auf Italienisch die allen bisher noch unbekannten 23 Thesen Hamburger Professoren verkündete. –

Und gegenüber im kleinen Saal des Palastes führte Karlheinz Stockhausen die Etüden »Traumformel, Zungenspitzentanz, Gesang der Jünglinge, Der kleine Harlekin, Telemusik und Ave« auf. Der barbarisch weiche, doch überaus flinke,

rheinländische Komponist bediente selber die Regler seiner vielspurigen Übertragungsmaschinen.

Von diesen drei Versammlungen führten gebündelte Kabel zu einem einsam auf dem nächtlichen Platz stehenden Lieferwagen, in dem ein schlecht bezahlter Tontechniker alle Klarinettentöne, Klanggitter und Thesen satanisch mischen mochte.

Um uns zu erholen, waren wir in eine Cafébar gegangen und hatten, eine Sünde, noch Grappa getrunken. Müde, stoppelbärtige Hilfsdealer ließen sich Spinatbrote servieren, während über ihren Köpfen in einem Fernsehapparat ein sanfter Tanzporno der staatlichen Television lief, denn die RAI mußte sich gegen die Konkurrenz der Privatsender wehren.

Der schnelle Außenseiter war, nachdem er sich so lang gezügelt hatte, zum Ende des Laufs entbrannt, als ich noch den, dünkte mir, schiefen Turm des Palazzo Vecchio photographierte, der einem Werk des litauischen Bildhauers Jaques Lipchitz (1891-1973) glich. Dann aber rannte ich auch ins Ziel, das, wie könnte es anders sein, zwischen den Flügeln der Uffizien lag. (3:38:40)

Nachts im Schlafwagen nach Hause erzählten vornehm angezogene, jugoslawische Schausteller oder Meisterdiebe, daß Isny (Name meines Geburtsortes) Mahmudi, 26, ein Rauschgifthändler, der vor Wochen aus dem Münchner Gefängnis Stadelheim ausgebrochen und in einem roten Porsche ohne Kennzeichen davongefahren war, nach internationaler Fahndung in seinem heimatlichen Gebirgsdorf gestellt worden sei.

Konkret 04/88, S. 82

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Es ist die Pflicht des Kritikers

die Kritik zu machen

(Benjamin Blümchen)

Nimm diesen, K. Witt!

Du hast also, Genossin Witt, beschlittschuht, kostümiert und geschminkt, deine Kreise, Ellipsen und Sprünge mit Umdrehungen zu einer Musik aus der Konserve auf überdachtem Kunsteis im NATO-Land Kanada vollzogen. Warum? Fragen wir, das mit der Arbeitsgemeinschaft abrüstungsinteressierter Soldaten in der Bundeswehr, den Frauen, dem Kinder- und Tierschutz sowie dem Kampfbund gegen religiöse Überhandnahme verbündete westdeutsche Proletariat, uns. Und wir geben, denn was zu tun ist, können nur selber wir tun, uns die Antwort: Weil du Fräulein Witt bist und nicht die Genossin Witt. Schon fast kaum mehr entschuldbar vor der die heiligen sozialistischen Maximen bergenden Lade, doch gerade noch Schwamm über dein Kostüm, deine Schminke, deine Grimasse, deine Motorik, Dynamik, Athletik, Rhythmik und Melodik, kurz dieses aller wahren menschlichen Anmut ins Gesicht speiende, von Schiebung-beseelten Schiedsrichtern nach den beiden ersten Buchstaben des Alphabets benotete Wahnsystem namens Kunsteiskunstlauf. Aber kein Gnadenweg, nicht der schmalste, wird je kreuzen unser höchstrichterliches unanfechtbares Urteil über dein Verbrechen am real existierenden Sozialismus und an der heiligen sozialistischen Idee: Daß du in Zeiten zu-, zu- und nochmals zunehmender kapitalismusverschuldeter Verelendung der Völker und Massen, der fort-, fort- und nochmals fortschreitenden Aufrüstung des Imperialismusses, der an-, an- und nochmals anhebenden Ausbeutung und Entlebendigung der Antarktis und der in Bälde voll-, voll- und nochmals vollendeten Vernichtung des großen Regenwaldes nicht stoisch auf dem Standpunkt der die Werte des Lebens erhaltenden marxistisch-leninistisch-ökologistischen Revolution verharrst, sondern, kostümiert, geschminkt und sardonisch grinsend deine Kreise, Ellipsen und Sprünge vollziehst. Daß du, statt dem US-Kunsteiskunstlaufkapital mit der Schärfe der Kufen deiner Gleiter den Scheitel nachzuziehen, den Agenten des US-Kunsteiskunstlaufkapitals sogenannte schöne Augen machst. Daß du, statt, der Fessel Schlittschuh entledigt und bar allen Kostüms und sonstigen entfremdeten Ausdrucks, die geballte Rechte hochzuwerfen und übers Mikro via TV den Völkern und Massen die revolutionäre Botschaft zu bringen, dich im Stadion vor einer Clique an nichts anderem auf der Welt denn Kunsteiskunstlauf interessierten Mittelschichtstagedieben und -taugenichtsen verbeugst, in die Knie gehst, aufs Eis fällst. Daß du also nicht als die »Rote Katarina« in die Befreiungsgeschichte der Menschheit, sondern lediglich als die Eisprinzessin aus der Zone in die Kunsteiskunstlaufstatistik eingehen willst. Das mit der Arbeitsgemeinschaft abrüstungswilliger Soldaten in der Bundeswehr, den Frauen, dem Kinder- und Tierschutz sowie dem Kampfbund gegen religiöse Überhandnahme verbündete westdeutsche Proletariat mißbilligt dies dein den real existierenden Sozialismus und die sozialistische Idee verratende Tun und verurteilt dich in deiner Abwesenheit zu lebenslänglicher Bewährung in der Kartoffel-, Getreide- und Tierproduktion der Deutschen Demokratischen Republik.

Hands off Vergangenheit, Ann!

Mhm, Ann. Und wenn du, die du nach deinem Vornamen benannte Sichten hast, nun einfach auf der Dumpfintensiven bei zeitlosalltäglichen Feuilletondialekten wie Haut und Falten, Gurken und Milch, Kinder und Spielplatz, Weihnachten und Geschenk bliebest? Warum willst du dich denn aus dem Koma reißen? Daß du, von Ralph Giordanos Vorschlaghammer gerührt, in ein, nein, nicht bloß schwarzes, das ging ja noch, nein, in ein astronomisch schwarzes Loch fällst und dir dabei womöglich die Knie aufschlägst und die Strümpf ruinierst? Daß du dich mit der Frage quälen mußt: »Wenn ich jetzt die Brigitte Frühjahrs-Diät mach und sechs Pfund abnehm, nimmt dann auch der Nazi in mir um so und so viel ab?« Daß du im politischen Bewußtseinskraftraum die grausamsten Erkenntnisgewichte stemmen mußt, also daß wir das Nazierbe ebensowenig ablehnen können wie das Vermächtnis liebenswerterer Ahnen, weil die Nazis waren zwar liebenswert, aber liebenswerter sind dann doch der Ahne Telemann und das durch den Klopstocker Blutsonntag bekannt gewordene Altona? Nein, Ann, du mußt gar nix diesbezgl. Und auch mußt du nicht schleppen die Folgelasten nach dem Urknall des Begreifens, also dieses gehirnverschleißende Studium der Karriere der 999999 Rassenkommentators, Partisanenspezialistens, Friedenswirtschaftsführers und Landgerichtsrats eine Schrecksekunde nach der Stunde Null, diese ersparnisverzehrenden Weltreisen in die Hamburger Staatsbibliothek (Kogon, SS-Staat, Bus 102), nach Dachau, zu IG Farben (Zyklon B) Nachfolgers und zu Professor Dr. Reinhard Höhn, ehemals Spezi von SS-Heydrich und heutzutag emeritierter Rektor der Bad Harzburger Akademie für Führungskräfte, und dieses ganze sich bzw. dich und die Eltern-Quälen: Mutti, Mutti, warst du als ehrliche Antisemitin wirklich gegen den Kleinbürger Hitler? Vati, ach, Vati, warum hast

du den Juden nicht was gegen die Kopfschmerzen verschrieben? Nein, Ann, wir möchten nicht, daß du dich quälst. Hörst du, Ann! Quäl dich nicht! Überlass das uns Trauerarbeitsprofis. Was wir an Vergangenheit an einem gewöhnlichen Achtstundentag wegschaffen, da würdest du dein ganzes Leben lang dran herumbewältigen. Also lass das. Siehst doch selber, was bei rumkommt: »Das Buch verstört und befreit gleichzeitig«. Freilich, Ann, es ist um's mit meiner Apothekerin zu sagen, Verstopfung und Abführmittel in einem. Ach, Ann.

Konkret 04/88, S. 86

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Bonn sei tote Hose, heißt es, Politik werde ganz woanders gemacht. Nichts als Vorurteile traditionalistischer Schnarchsäcke! Wenn nämlich vor dem Bundestag der Abgeordnete Jochen Bauer von der Antiparteien-Partei loslegt, saust den Mächtigen mächtig der Frack:

Sehr geehrter Herr Präsident/Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

hebt er sarkastisch an, und dann kommt Schlag auf Schlag:

28 km nördlich der Insel Rhodos mündet auf türkischem Festland der Dalyan-Fluß und bildet eines der ökologisch bedeutsamsten Gebiete des Mittelmeerraums. Dort ist das einzige Brutgebiet der streng geschützten Unechten Karettschildkröte... Genau dort am Strand hat der Bau eines 620 Betten-Luxushotels begonnen, der mit 10, 7 Mio DM aus Entwicklungshilfegeldern mitfinanziert wird. Das kann nicht im Sinne des Steuerzahlers sein. Er will nicht Naturzerstörung betreiben, er will nicht Vernichtungshilfe zahlen, er will sich für die bedrohte Tier- und Pflanzenwelt einsetzen.

Sieh mal an, dieser Steuerzahler! Und ich hatte ihn immer in Verdacht, nichts anderes zu wollen als das Finanzamt bescheißen, über die Autobahn brettern und seines Nächsten Brutgebiet begehren. Dabei lechzt sein Herz nach Beendigung

der fortschreitenden Störung der Population der Unechten Karettschildkröte,... einer Art die 250 Millionen Jahre überstanden hat und vielfach als heilig verehrt wurde.

Ist das nicht ein nützlicher Hinweis für die Gottsucher unter Bauers Parteifreunden? Angesichts der angespannten Konkurrenz auf dem Jesus-Markt?

Werter Genosse Honecker, wenn Sie den Satz aus Ihrem Referat, das Sie anläßlich der Beratung des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen gehalten haben, in aller Ruhe noch einmal lesen:

Unter der Decke, die oft künstlich geglättet wird, entwickeln sich aus den Krisenerscheinungen geradezu eruptiv Konflikte, die sich in Klassen- und Massenkämpfen entladen... –

fällt Ihnen dann irgendwas auf? Nein? Nichts? Aber schon gar nichts? Sehen Sie, das freud mich.

Lange hat sie mit sich gerungen, die »Frankfurter Allgemeine«, aber schließlich siegte auch in ihrer Brust Gemeinsinn über Eigennutz, und so sagte sie denn den Umweltverbrechern blutigen Kampf an:

Kein Zweifel – das Interesse an der Umwelt wächst. Zyankali in de rMosel und Listerien im Käse, Plutonium in falsch deklarierten Fässern und Formaldehyd in Kindergärten, Katastrophe in Tschernobyl und Lagerbrand in Basel, Salmonellen im Milchpulver und Ölpest in der Bretagne – die Hiobsbotschaften wechseln in rascher Folge.

Und darum muß, ohne Rücksicht auf Inserenten und Abonnenten, durchgegriffen werden:

Soll das Leben auf der Erde langfristig eine Chance haben, müssen wir wohl oder übel einiges ändern – durch intelligente Technik, aber auch durch Verzicht. Politik kann da nur Konzepte entwickeln und in Grenzen finanzielle Anreize geben, verantwortlich handeln muß jeder einzelne.

Das leuchtet mir ein. Ich werde ab sofort meine Plutoniumfässer richtig deklarieren. Ehrenwort!

Weil ja doch keiner tut, was man ihm sagt, und nicht mal dann, wenn man sich die Mühe macht, es ihm aufzuschreiben, publiziert der Raddatz in der »Zeit« ein

Pariser Tagebuch

Leider ist es kein Beitrag zur Kampagne »Gib Aids keine Chance«, sondern kommt ganz ohne Bindestrich aus, denn es ist die Pest:

Paris ist eine späte Stadt, »A Movable Feast« wie Hemingway, der es wissen mußte, es nannte; die Nächte enden nicht, zahllose Restaurants füllen sich erst nach Mitternacht. So das im Espace Cardin nahe den Champs Elysées, wo sich hungrige Theaterleute um das reichhaltige – und preiswerte – Buffet scharen; das in weiß und grün gehaltene luftige Restaurant wirkt wie eine Voliere, in der Künstler und solche, die es gerne wären, zwitschern und flattern und ihr Gefieder spreizen: Am Tisch gegenüber der künstlerische Leiter der Folies-Bergères Michel Gyarmaty, der seine Ketten und

Armbänder und großen Ringe so selbstverständlich trägt, wie er Chiracs Protokollchef zum Essen einlädt. Am Nebentisch Françoise Sagan mit Jacques Chazot, dem Erfinder der »Marie Chantal«-Figur. Ich esse mit einem chinesischen Kunsthistoriker und einem französischen Fernsehjournalisten – und als ich zahlen will, sagt der Kellner: »Monsieur Gyarmaty hat sich erlaubt, Sie drei einzuladen. Er kennt einen von Ihnen aus dem Fernsehen.«

Genug davon. Meine Leser werden mir's nicht glauben, und seine werden's lieben, denn sie sind gegen jeden Dreck immun – wie jener Mediziner, dessen Heiratsanzeige zehn Zentimeter unter der Geschichte vom generösen Monsieur Gyarmaty abgedruckt ist:

Corrigez la fortune!

Beglückt das Solo im Konzert –

im Alltag ist es umgekehrt:

Wer möchte leben als Solist,

wenn es zu zweit viel schöner ist?

Ein Mediziner, Mitte fünfzig,

hält es deshalb für sehr vernünftig

hinauszurufen hiersein Streben,

dem Duo eine Chance zu geben.

Als Optimist mit frohem Sinn

glaubt er an seine Königin...

undsoweiter, Bildzuschriften unter Chiffre, Hochzeitsreise nach Paris, in »die späte Stadt«, wie Raddatz, der es wissen muß, es nannte, ran ans Buffet im Espace Cardin, gezwitschert und geflattert, Mitte fünfzig und doch mal ganz unvernünfzig, olala. Ich aber sage euch: Solange optimistische Mediziner unter einer Pariser Vorlage von Raddatz ihre Königin anreimen, braucht's kein Ozonloch, um die Menschheit an der Krätze verenden zu lassen.

Daß Heidegger ein nicht nur philosophisch, sondern auch praktisch gut funktionierender Nazi war, macht den neueren französischen Denkern, die so gern bei ihm abgeschrieben haben, nun doch ein wenig Kopfschmerzen. Ein Professor Pierre Aubenque, Paris, schreibt an die »FAZ«:

Die einzige Neuigkeit, falls sie bestätigt wird, besteht in der »Enthüllung«, daß Heidegger bis einschließlich 1945 seinen Mitgliedsbeitrag zur NSDAP »skrupelhaft« bezahlt habe. Ich habe mir erklären lassen, wie diese Beiträge damals erhoben wurden: Es geschah durch einen Hausbesuch des lokalen Parteiobmannes. Da die Ehefrau des beschäftigten Professors meistens die Haustür öffnete, kann man sich vorstellen, auf welch flüchtige Weise diese Formalität möglicherweise erledigt wurde.

Es wird halt so gewesen sein, wie bei dem vielbeschäftigten Führer, wo auch Eva Braun an die Haustür kam, um die Formalitäten zu erledigen. Aber darum, Herr Professor Aubenque, kümmert sich wieder mal kein Schwein.

Wissen Sie, was Public Relations sind? Das sind Public Relations: *Die Deutsche Parkinson Vereinigung e. V. (dPV), die Selbsthilfeorganisation der von der Parkinson 'schen Krankheit betroffenen Bundesbürger, hat Grund zum Feiern: In diesen Tagen konnte ihr erster Vorsitzender Hans Tauber in Schwalmstadt-Treysa (Hessen) die Gründung der 100. Regionalgruppe bekanntgeben. Damit ist die dPV mit ihren lokalen Gruppierungen beinahe flächendeckend in der Bundesrepublik vertreten. Innerhalb knapp eines Jahres wuchs die Mitgliederzahl der Vereinigung um fast 2.000 Neuaufnahmen auf insgesamt fast 7.000 Patienten an. Das rasche Wachstum ist nicht zuletzt Ina Jenninger zu verdanken,*

die als Schirmherrin die Ausbreitung der Parkinson'schen Krankheit mit fast übermenschlichem Engagement gefördert hat und nicht ruhen wird, bis in tausend Regionalgruppen hunderttausend Patienten absolut flächendeckend erfaßt sind. Wird das erst ein Grund zum Feiern.

Eine Bildzeile aus der Zeitschrift »Psychologie heute«:

Josef Stalin: Ein Leben voller Einsamkeit und Gewalt, ohne den Schutz eines liebenden Menschen.

Armer Kerl.